



Bundesministerium
für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Umwelt
Bundes
Amt 
für Mensch und Umwelt

UMWELTPOLITIK

DAS HAT ZUKUNFT



Umweltbewusstsein in Deutschland 2002

Ergebnisse einer repräsentativen
Bevölkerungsumfrage

Umweltforschungsplan des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit, Förderkennzeichen 200 17 109

UMWELTBEWUSSTSEIN IN DEUTSCHLAND 2002

Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage

Im Auftrag des Umweltbundesamtes
Auftragnehmer: Prof. Dr. Udo Kuckartz, Philipps-Universität Marburg

Berlin 2002

Herausgeber:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
Referat Gesellschaftspolitische Grundsatzfragen
11055 Berlin
E-Mail: service@bmu.bund.de
Internet: <http://www.bmu.de>

Projektgruppe:

Thomas Bauer, Heiko Grunenberg, Udo Kuckartz, Stefan Rädiker (Institut für Erziehungswissenschaft der Philipps-Universität Marburg) in Kooperation mit dem EMNID-Institut Bielefeld (Durchführung der Feldstudie)

Autoren dieses Berichtes:

Prof. Dr. Udo Kuckartz und Heiko Grunenberg
Institut für Erziehungswissenschaft
Philipps-Universität Marburg
E-Mail: kuckartz@mail.uni-marburg.de
grunenbe@mail.uni-marburg.de

Die Studie im Internet: www.umweltbewusstsein.de

1. Auflage: 2000 Exemplare

Stand: Juni 2002

Vorwort

Die vorliegenden Ergebnisse der repräsentativen Umfrage machen Stimmungen und Einstellungen zur Umweltpolitik sichtbar. Die Daten erlauben auch Rückschlüsse darauf, was sich in den letzten Jahren verändert hat. Vor allem aber zeigen sie, was in der Umweltpolitik noch besser gemacht werden kann. Obwohl es natürlich erfreulich ist zu lesen, dass Umweltschutz bei den Bürgerinnen und Bürgern nach wie vor ein zentrales Thema ist und dass die umweltpolitischen Aktivitäten Zustimmung erfahren, bedeutet das nicht, dass sich die Umweltpolitik zurücklehnen kann. Im Gegenteil! Die Bevölkerung wünscht, dass noch mehr für den Umweltschutz getan wird. Z.B. im Bereich des Klimaschutzes, dort wird ganz konkret gesagt: Deutschland soll die Vorreiterrolle im Klimaschutz übernehmen. Das freut mich persönlich sehr, denn es gibt mir ein zusätzliches Argument, mich dafür einzusetzen, dass Deutschland Weltmeister in Sachen Klimaschutz bleibt.

Besondere Aufmerksamkeit verlangt nach wie vor der Problembereich Mobilität und Verkehr. Dort waren bereits bei der Umfrage vor zwei Jahren Widersprüche zwischen der Problemwahrnehmung und dem eigenen Verhalten deutlich geworden. Deshalb wurde in diesem Jahr noch einmal nachgefragt: Obwohl der Straßenverkehr in der Bevölkerungsumfrage als das größte lokale Umweltproblem benannt wird, vor allem von denjenigen, die an vielbefahrenen Straßen wohnen, scheint sich kaum eine Trendwende zu anderen Mobilitätsformen abzuzeichnen. Es besteht also dringender Handlungsbedarf, die Belästigungen durch den Straßenverkehr, insbesondere der auch damit in Verbindung zu bringenden Probleme Lärm und Luftverschmutzung noch stärker zum Thema zu machen und zu neuen Lösungen zu kommen. Mögliche umweltpolitische Maßnahmen und Initiativen wie der Ausbau von öffentlichem Personennahverkehr und Radnetzen, die Einrichtung verkehrsberuhigter Zonen sowie die Einführung eines autofreien Tages finden große Zustimmung. Zusammenfassend lesen sich die Einstellungen zum Autoverkehr so: Weniger Nutzung besserer Autos, so lange es keine attraktiveren Alternativen gibt – die aber sehr gewünscht werden.

Hier scheint also einiges in Bewegung geraten zu sein, und es wird jetzt die Aufgabe sein, gemeinsam mit allen Interessierten nach Lösungen auf kommunaler Ebene zu suchen, denn dafür gibt es ein überraschend hohes Potenzial – nicht nur für den Bereich Mobilität und Verkehr: Fast die Hälfte der Befragten kann sich vorstellen, sich in ihrem Wohnbezirk zu engagieren. Es ist nun die große Herausforderung der Umweltpolitik und der umweltpolitischen Akteure, dieses Potenzial mit geeigneten Formen von Beteiligungsmöglichkeiten zu gewinnen. Denn wenn Staat und Öffentlichkeit sich jeweils in

ihren Bereichen verantwortlich zeigen, staatliche Verantwortung und zivilgesellschaftliches Engagement Hand in Hand gehen – und dass dafür bei einem Großteil der Bevölkerung die Bereitschaft vorhanden ist, zeigen die Daten – wird es möglich sein, die Zukunft nachhaltig zu gestalten.

Ich danke allen Beteiligten, die an der Studie mitgewirkt haben. Ich wünsche ihr große Resonanz und dass ihre Ergebnisse auch bei den zahlreichen umweltpolitischen Aktivitäten außerhalb des Bundesumweltministeriums Berücksichtigung finden.

A handwritten signature in black ink, reading 'Jürgen Trittin'. The signature is written in a cursive style with a long horizontal stroke at the end.

Jürgen Trittin

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz
und Reaktorsicherheit

Einleitung

Für die Umweltpolitik ist es unverzichtbar, möglichst genau zu wissen, wie die Menschen die Umweltsituation einschätzen und welche Werthaltungen sie in Sachen Umweltschutz haben. Eine zumindest hinreichende Akzeptanz der konkreten Maßnahmen im Umweltschutz und der dafür angewendeten Instrumente ist unabdingbar, um in der Umweltpolitik dauerhaft erfolgreich zu sein.

Im Sinne eines konsequenten Vorsorgeprinzips ist aber noch erheblich mehr vonnöten: Die Bereitschaft der Bürgerinnen und Bürger, sich zu beteiligen, ist gefordert, wenn es darum geht, die eigenen Lebensstile und das jeweilige Alltagsverhalten so zu verändern, dass weltweit eine nachhaltige Entwicklung möglich wird. Und weil dies so ist, kommt es ganz entscheidend darauf an, Umweltthemen zu kommunizieren, den Menschen nahe zu bringen, damit das Umweltbewusstsein in allen Kreisen der Bevölkerung entsteht und gefördert wird.

Diese Studie, deren Daten zu Anfang dieses Jahres erhoben wurden, zeigt, wie weit es dabei mittlerweile Erfolge gab. Die Studie belegt, dass es in Deutschland weiterhin ein hohes Umweltbewusstsein gibt. Aber: Bei der Umweltkommunikation gibt es noch viel zu tun.

Der Umweltschutz zählt – obwohl sein Stellenwert im Vergleich mit anderen Politikfeldern zurückgeht – für über 90 % der Befragten zu den wichtigsten politischen Aufgaben. Folglich ist die in den vergangenen Jahren in der Öffentlichkeit immer wieder aufgestellte Behauptung falsch, dass es mit dem Umweltbewusstsein generell bergab gehen würde. Eher gilt das Gegenteil: 69% der Befragten konstatieren, dass der größte Teil der Bevölkerung sich noch immer wenig umweltbewusst verhält, und 62% meinen, dass die Politiker noch immer viel zu wenig für den Umweltschutz tun. Fast die Hälfte der Befragten wünscht daher auch, dass Deutschland eine nationale Vorreiterrolle in der Klimaschutzpolitik übernimmt, während nur knapp über ein Drittel das Abwarten auf eine gesamteuropäische Lösung vorziehen würde.

Diese Forderung großer Bevölkerungsmehrheiten für intensiviertere Bemühungen im globalen Umweltschutz hat auch einen Hintergrund: Zwar sehen die Befragten erneut eine weitere Verbesserung der Umweltverhältnisse in Deutschland – und zwar in Ost und West, obwohl mit unterschiedlichen Gewichtungen. Aber die Einschätzungen des Zustandes der globalen Umwelt, und vor allem die Befürchtungen, dass es weitere negative Entwicklungen gibt, machen den Umweltschutz für die Menschen weiterhin zu einem zentralen Thema.

Diese Globalität der Aufgabenstellung ist es sicherlich auch, welche die in der Studie sichtbar werdenden Ambivalenzen bei den Bürgerinnen und Bürgern zu einem guten Teil erklären kann. So wird durchaus gesehen, welche ökologischen Probleme das heute dominante Verkehrsmittel, das Auto, verursacht. Aber noch immer gilt für viele die Umorientierung – weniger Auto, mehr andere Verkehrsmittel - als kaum machbar. Ein zweites Beispiel: Es gibt bei den Befragten eine sehr breite Zustimmung zu den Prinzipien der ökologischen Steuerreform. Aber die Akzeptanz ihrer aktuellen Ausgestaltung - vor allem was die Aspekte der sozialen Gerechtigkeit und die Verwendungsweisen der Einnahmen betrifft – ist nur gering. Dabei ist interessant, dass die Gruppe der besonders Umweltengagierten, deren Beschreibung in der Studie ein eigenes Kapitel gewidmet ist, ganz deutlich für eine Verwendung der Gelder aus der Ökosteuer für innovative Umweltschutzprojekte votiert.

In einigen Bereichen – zum Beispiel bei den Potenzialen für ökologische Geldanlagen oder der Einschätzung des neuen Naturschutzgesetzes - belegt die Studie weiterhin erhebliche Informationsdefizite in der Bevölkerung. Die Schlussfolgerung daraus: Die Verbesserung der Umweltkommunikation ist eine besonders wichtige aktuelle Aufgabe für die Umweltpolitik. Zur Aktivierung des zivilgesellschaftlichen Engagements ist diese ebenso notwendig wie für die Umorientierung zu nachhaltigen Konsummustern und Lebensstilen. Die Anknüpfungspunkte dafür sind, wie die vorliegende Studie uns lehrt, in der Tat vorhanden. Es gilt nun, sie konsequent aufzunehmen.



Prof. Dr. Andreas Troge

Präsident des Umweltbundesamtes

INHALT

Vorwort.....	3
Einleitung	5
Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse.....	9
1 Konzept und Methodik der Studie	15
2 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz.....	18
2.1 Die Relevanz des Umweltschutzes	18
2.2 Bedeutsamkeit umweltpolitischer Aufgabenbereiche.....	23
2.3 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz	24
3 Resonanz des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung.....	31
3.1 Bekanntheit des Konzepts Nachhaltigkeit	31
3.2 Zustimmung zu den Prinzipien des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung	32
3.3 Bürgerbeteiligung und Bereitschaft zum eigenen Engagement	33
4 Umweltqualität und Belastung durch Umweltprobleme	34
4.1 Beurteilung der Umweltverhältnisse in Deutschland	34
4.2 Wahrnehmung globaler Umweltqualität.....	36
4.3 Umweltprobleme im eigenen Wohnumfeld und in der eigenen Gemeinde	37
4.4 Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme.....	41
4.5 Wahrgenommene Fortschritte im Umweltschutz	44
5 Felder aktueller Umweltpolitik	47
5.1 Klimaschutz	47
5.2 Naturschutz	51
5.3 Ökologische Steuerreform.....	56
5.4 Dosenpfand	59
5.5 Vertrauen in Institutionen und Parteien	61
6 Problembereich Mobilität/Verkehr.....	64
6.1 Verkehrsmittelnutzung	64
6.2 Verkehrspolitische Maßnahmen.....	69
6.3 Verhalten im Falle einer Benzinpreiserhöhung	73
7 Persönliches Umweltverhalten und Zahlungsbereitschaft	76
7.1 Konsumverhalten und Verhalten im Energiebereich	76
7.2 Zahlungsbereitschaft für verbesserten Umweltschutz.....	80
7.3 Ökologische Geldanlagen.....	82

8 Informationsverhalten im Umweltschutz.....	86
8.1 Häufigkeit der Nutzung verschiedener Informationsquellen	86
8.2 Glaubwürdigkeit und Qualität der Berichterstattung.....	87
8.3 Das Internet als Informationsquelle	89
9 Die Umweltengagierten	92
9.1 Auswahlkriterien	92
9.2 Merkmale der Umweltengagierten	94
9.3 Einstellungen und umweltpolitische Positionen	96
10 Risikowahrnehmung, Zukunftsszenarien, Fortschritt.....	101
10.1 Zukunftsszenarien	101
10.2 Gefahren und Risiken.....	103
10.3 Der Fortschritt und die Zukunft des Umweltbewusstseins	105

Zusammenfassung wichtiger Ergebnisse

ZU DIESER STUDIE

Die vom Umweltbundesamt in Auftrag gegebenen Studien zum Umweltbewusstsein in Deutschland haben mittlerweile Tradition und sind zum festen Bestandteil der Umweltberichterstattung geworden. Seit Anfang der 1990er Jahre werden solche Erhebungen durchgeführt, seit 1996 in einem Zwei-Jahres-Turnus. Diese Kontinuität der Studien ermöglicht die Erstellungen von Zeitreihen und erlaubt es dadurch, Trends und Entwicklungen zu erkennen. Das macht die UBA-Studien zum Umweltbewusstsein innerhalb der sozialwissenschaftlichen Umweltforschung relativ einzigartig. Über das Zentralarchiv für empirische Sozialforschung in Köln stehen die Originaldaten den Umweltforschern verschiedener wissenschaftlicher Disziplinen für Sekundäranalysen zur Verfügung.

METHODIK DER STUDIE

Die Datenerhebung der Studie wurde im Januar und Februar 2002 vom EMNID-Institut (Bielefeld) durchgeführt. 2361 zufällig ausgewählte Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Deutschlands wurden mündlich befragt. Etwa 70% der in der Vorgängerstudie des Jahres 2000 gestellten Fragen wurden auch in diesem Jahr wieder gestellt, so dass direkte Vergleiche gezogen werden können. Zu den neu in die Studie aufgenommenen Themenfeldern gehören u.a. „Naturschutz“ und „ökologische Geldanlagen“, vertieft wurden die Themen „Klimaschutz“ und „Informationsverhalten“.

UMWELTSCHUTZ BLEIBT WICHTIGES POLITISCHES THEMA

Im Vergleich zur 2000er Umweltstudie dominiert das Thema Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit heute noch stärker die politische Agenda. Im Vergleich hierzu verblassen derzeit alle anderen politischen Themen. Dies gilt sogar für den Bereich Terrorismus und Sicherheit, bei dem man nach den Ereignissen des 11. September 2001 eine höhere Einstufung unter den wichtigsten politischen Themen vermutet hätte. Der Umweltschutz hat seinen vierten Platz in der Rangliste der aktuell wichtigsten Themen verteidigt, ist aber wie schon seit längerer Zeit nicht mehr das Top-Thema der Tagespolitik.

DER BEGRIFF NACHHALTIGE ENTWICKLUNG WIRD BEKANNTER

Der Begriff Nachhaltige Entwicklung ist jetzt 28% der Bevölkerung bekannt, d.h. mehr als doppelt so vielen Personen als vor zwei Jahren.

NACHHALTIGKEITSKONZEPT STÖSST AUF RESONANZ

Bedeutsamer als die Kenntnis des häufig eher unbestimmten Begriffs Nachhaltigkeit ist allerdings die überwältigende Zustimmung, welche die inhaltlichen Grundprinzipien des Konzepts Nachhaltige Entwicklung erreichen. Nahezu 85% stimmen dem Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen zu und 83% stimmen mit dem Ziel überein, dass wir nicht mehr Ressourcen verbrauchen sollten als nachwachsen. Die Prozentsätze sind zwar geringfügig geringer als 2000, doch weiterhin auf einem sehr hohen Niveau.

ÖKOLOGISCHE SENSIBILISIERUNG BLEIBT HOCH

Auch 2002 gilt: Die Bevölkerung ist in starkem Maße ökologisch sensibilisiert und die große Mehrheit hält die einzelnen Teilbereiche des Umweltschutzes für äußerst wichtige politische Aufgaben. Im Vergleich zu den Studien von 1998 und 2000 lässt sich teilweise eine Tendenz zur Entdramatisierung feststellen, d.h. die Gruppe der moderat urteilenden Bürger nimmt etwas zu. Offenbar ist Umweltschutz heute eine Angelegenheit, die nüchterner und mit weniger Emotionen betrachtet wird als noch vor einigen Jahren. Dies ist vor dem Hintergrund einer Umweltpolitik, die in längeren Zeiträumen und kleineren Schritten denkt, durchaus plausibel.

UMWELTQUALITÄT IN DEUTSCHLAND WIRD RECHT GUT BEWERTET

Die Umweltqualität in Deutschland hat sich in den Augen der Bevölkerung leicht verbessert, wobei weiterhin deutliche Ost-West-Differenzen fortbestehen. Während 82% der Befragten die Umweltqualität im Westen als „sehr gut“ oder „recht gut“ bewerten, sind es nur 44%, die für die östlichen Bundesländer zu einem ähnlich positiven Urteil kommen. Dies ist vor allem auf die schlechten Urteile der Befragten aus dem Westen über die Umwelt im Osten zurückzuführen.

Globale Umweltqualität schlecht bewertet

Diese Studie zeigt erneut, dass ein charakteristisches Entfernungsgefälle bei der Einschätzung der Umweltqualität besteht. Die nahe Umwelt kommt bei der Bewertung relativ gut weg, während die ferne Umwelt als belastet und gefährdet beurteilt wird. Die globale Umweltqualität wird auch im Jahr 2002 mit großer Mehrheit als „schlecht“ beurteilt.

STRASSENVERKEHR IST DAS GRÖSSTE LOKALE UMWELTPROBLEM

Der Straßenverkehr steht eindeutig auf Platz 1 unter den von den Befragten genannten Umweltproblemen in der eigenen Gemeinde. Auch auf den folgenden Rängen stehen mit Lärm und Luftver-

schmutzung Probleme, die mehr oder weniger direkt mit dem Straßenverkehr in Verbindung zu bringen sind. Die Problemwahrnehmung ist sehr von der Wohnlage abhängig: Wer an einer stark befahrenen Hauptstraße wohnt, fühlt sich signifikant mehr durch Straßenverkehrslärm und Abgase belastet.

ALLERGIEN SIND ZUNEHMENDES PROBLEM

Die Zahl der von Allergien Betroffenen ist erschreckend hoch. Für immerhin 36% gehören Erkrankungen dieser Art zum Alltag, denn sie sind entweder selbst betroffen oder ein Mitglied ihres Haushaltes ist betroffen. Allergische Erkrankungen sind heute noch stärker ein Problem als vor zwei Jahren. Gaben damals noch 51% an, dass sie niemanden persönlich kennen, der an einer Allergieerkrankung leidet, so sind es heute nur 42%, die in ihrem Umfeld gar nicht mit Allergien konfrontiert sind. Die Betroffenheit von Allergien korreliert eng mit der Ortsgröße, in Großstädten mit mehr als 500 Tausend Einwohnern ist sie am größten, in kleinen Gemeinden oder Kleinstädten mit weniger als 5000 Einwohnern am geringsten.

KLIMASCHUTZ GILT ALS WICHTIGE AUFGABE

Der Klimaschutz gehört in den Augen der Bevölkerung zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben und gerade hier sieht man in den letzten Jahren die wenigsten Fortschritte. Das Eintreten eines Klimawandels wird für höchst wahrscheinlich gehalten. Allerdings glaubt die Hälfte der Befragten, dass der Klimawandel durch entsprechende Maßnahmen verhindert werden könnte. Hier sind die Meinungen geteilt, denn die übrigen 50% glauben nicht, dass man dem Klimawandel noch stoppen kann.

DEUTSCHLAND SOLL VORREITERROLLE IN KLIMAPOLITIK ÜBERNEHMEN

Deutschland wird von den Befragten durchaus als ein Land betrachtet, das von den Auswirkungen eines Klimawandels betroffen sein würde. Nur 40% glauben, die Folgeprobleme seien in den Griff zu bekommen. Die Mehrheit der Bürger ist der Ansicht, Deutschland sollte in der Klimaschutzpolitik voran gehen und nicht auf eine europäische Lösung warten. Deutschlands Rolle bei den Klimakonferenzen wird durchaus positiv gesehen, nur 19% der Befragten sind in dieser Hinsicht unzufrieden.

DIE UMWELTENGAGIERTEN: NEUE MITTE FÜR DEN UMWELTSCHUTZ

Eine Gruppe von 20% der Bevölkerung ist besonders umweltengagiert und bildet eine Art Pressure Group für den Umweltschutz. Sie sind z.B. Mitglied einer Naturschutzgruppe oder eines Umweltschutzverbandes, spenden Geld für den Umweltschutz, sind generell zahlungsbereiter als der Durch-

schnitt. Sie fühlen sich selbst stärker durch Umweltprobleme belastet. Ihr soziodemographisches Merkmalsprofil kommt einer Beschreibung der Neuen Mitte nahe: Sie verfügen sehr häufig über einen Hochschulabschluss, sind Freiberufler, leitende Angestellte oder im öffentlichen Dienst beschäftigt. Sie wohnen seltener an befahrenen Hauptstraßen, häufiger in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Sie gehören nicht den niedrigeren Einkommensklassen an, sondern verfügen überdurchschnittlich häufig über ein mittleres bis hohes Einkommen (jedoch nicht über ein sehr hohes). Die Umweltzustände beurteilen sie schlechter als die übrige Bevölkerung. Folgerichtig sind sie auch stärker von der Notwendigkeit des Handelns überzeugt und hieraus entspringt eine kritische Einschätzung der derzeitigen Umweltpolitik, die ihrer Meinung nach weiter gehen müsste als sie es tut.

PARTEIPRÄFERENZEN DER UMWELTENGAGIERTEN

Die Umweltengagierten sind keineswegs mit den Anhängern der Grünen gleichzusetzen, denn nur etwa jede fünfte Person dieser Gruppe würde Bündnis 90/Die Grünen wählen, wenn nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre. Damit ist der Stimmenanteil der Grünen in dieser Gruppe zwar überproportional hoch, doch erreichen CDU (25,5%) und SPD (23,8%) höhere Anteile. Die FDP würde nur von 2,6% der Umweltengagierten gewählt. Im Osten sieht es anders aus, dort würden 27,3% der Umweltengagierten PDS wählen, 20% CDU, 12,7% SPD, 10,9% Bündnis 90/Die Grünen und 1,8% FDP. Mit 20% Anteil an der Bevölkerung – in den östlichen Bundesländern weniger – stellen die Umweltengagierten ein durchaus beachtliches Wählerpotenzial dar.

NATURSCHUTZ IST WICHTIGE AUFGABE

Von der großen Mehrheit der Bevölkerung wird die Natur als etwas Schützenswertes empfunden. Insgesamt ist ein hohes Maß an Sensibilisierung gegenüber dem Naturschutz festzustellen. Grundlegende positive Einstellungen gegenüber der Natur finden in hohem Maße Zuspruch. Darüber hinaus wird der Mensch klar als Feind Nr.1 der Natur ausgemacht. Nimmt der Naturschutz allerdings eine wirtschaftliche Unternehmungen behindernde Rolle ein, wird die Phalanx des Primates der Umwelt schmaler, bleibt jedoch Mehrheitsmeinung.

NEUES NATURSCHUTZGESETZ FINDET ZUSTIMMUNG

Das neue Naturschutzgesetz ist bislang nur einem Drittel der Befragten bekannt. Bei denjenigen, die das Gesetz kennen herrscht über alle Parteipräferenzen hinweg eine breite Zustimmung zur Gesetzesnovellierung, nur 6% lehnen das Gesetz ab.

ÖKOLOGISCHE STEUERREFORM WIRD UNEINHEITLICH BEWERTET

Die Ökologische Steuerreform wird von den Befragten widersprüchlich bewertet. Einerseits wird das Prinzip „Wer mehr Umwelt und Ressourcen verbraucht, der soll auch entsprechend mehr bezahlen“ von einer breiten Mehrheit (79%) akzeptiert. Andererseits wird die Ökosteuer als sozial ungerecht empfunden. Bei den umweltengagierten Personen ist die Akzeptanz der Ökosteuer größer. Ebenso steigt die Zustimmung mit steigender Bildung und steigendem Einkommen.

VERWENDUNG DER ÖKOSTEUER FÜR UMWELTSCHUTZ GEWÜNSCHT

Hätte die Bevölkerung zu entscheiden, dann würde sie die durch die Ökosteuer erzielten zusätzlichen Einnahmen für den Umweltschutz einsetzen und nicht zur Senkung der Lohnnebenkosten. Nur jeder Vierte würde die Einnahmen zur Senkung der Rentenbeiträge verwenden und nur 9% würden sie zur Senkung der allgemeinen Staatsverschuldung benutzen. In der Verwendungsfrage sind die Umweltengagierten noch entschiedener: Sie sähen am liebsten die Förderung von Umweltschutzprojekten, Investitionen in erneuerbare Energien und Maßnahmen für den Klimaschutz.

KLARE MEHRHEIT FÜR EINFÜHRUNG DES DOSENFANDS

Die Einführung des Dosenpfandes wird in der Bevölkerung stark begrüßt. 73% der Befragten befürworten dies. Nicht einmal jede fünfte Person äußert sich ablehnend. Der hauptsächliche Vorteil, den man sich von der Einführung verspricht, ist eine weniger vermüllte Landschaft.

MEHRHEIT FÜR UMWELTGERECHTE VERKEHRSPOLITIK

Obwohl mehrheitlich keine zumutbare Alternative zum Verkehrsmittel Automobil gesehen wird, werden Maßnahmen zur Eindämmung des Autoverkehrs durchgängig befürwortet. Nahezu alle klassischen Maßnahmen einer umweltgerechten Verkehrspolitik finden eine deutliche Mehrheit: Mehr als 60% sind dafür, die Innenstädte weitgehend für den Autoverkehr zu sperren; 65% sind dafür, innerorts mit Ausnahme der Hauptstraßen Tempo 30 vorzuschreiben; 83% wollen, dass mehr verkehrsberuhigte Bereiche eingerichtet werden.

LASTVERKEHR SOLL AUF DIE SCHIENE

Weitgehend einig sind sich die Bürgerinnen und Bürger auch in punkto Verkehrsplanung: 85% befürworten den Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs, 82% wünschen den Ausbau des Radnetzes und sogar 91% befinden, der Güterverkehr solle auf die Schiene verlagert werden.

ZAHLUNGSBEREITSCHAFT FÜR EINEN VERBESSERTEN UMWELTSCHUTZ

Die generelle Bereitschaft für einen verbesserten Umweltschutz höhere Kosten in Kauf zu nehmen, ist in den letzten beiden Jahren gesunken. Vor allem im Bereich der Steuern sind viele Personen nicht bereit, eine höhere Last zu übernehmen. Der entsprechende Anteil dieser Personen stieg innerhalb der letzten zwei Jahre von 40% auf 55%. Dies reflektiert sicherlich auch den in der wirtschaftlich schwierigen Situation gesunkenen Spielraum vieler Haushalte. Ungeachtet dessen ist die Zahl der Personen, die für weniger umweltbelastende Produkte höhere Preise zahlen würden oder bereit sind, Abstriche vom Lebensstandard für einen verbesserten Umweltschutz zu akzeptieren, mit etwa sechs von zehn Befragten nach wie vor groß. Produkte aus fairem Handel mit Entwicklungsländern würden sogar 67% der Befragten teurer bezahlen als die herkömmlichen Importprodukte.

ÖKOLOGISCHE GELDANLAGEN

Trotz der breiteren Diskussion um das „grüne Geld“ besitzen erst gut 2,3% der Befragten eine ökologische Geldanlage. Es zeigt sich darüber hinaus jedoch ein großes Interesse und somit auch ein großes finanzielles Potenzial, das für Belange des Umweltschutzes gewonnen werden könnte. Dazu müsste allerdings der Informationsmangel vieler Anleger und Anlegerinnen beseitigt werden, 42% haben bisher nichts von dieser Anlageform gehört. Bisherige Hauptanleger waren eher die Jüngeren, ferner die Personen mit höherem Einkommen. Den älteren und vorsichtigeren Anlegern müsste verstärkt die weite Palette der möglichen risikoarmen Anlageformen nahe gebracht werden.

MEDIEN BERICHTEN ZU WENIG ÜBER UMWELTPROBLEME

Das öffentlich-rechtliche Fernsehen, die Regionalpresse und das private Fernsehen sind die am häufigsten genutzte Informationsquellen in Sachen Umweltschutz. Annähernd die Hälfte der Bevölkerung findet, dass die Umweltberichterstattung in den Medien eher zu kurz kommt.

MIT FORTSCHRITT ASSOZIIERT MAN UMWELTSCHUTZ

Mit dem Begriff Fortschritt verbindet die Bevölkerung nicht nur technische oder ökonomische Neuerungen, sondern zuerst die Verbesserung der Umweltsituation. Dies liegt noch vor technischen Weiterentwicklungen und der Verbesserung der persönlichen und allgemeinen Lebensverhältnisse auf dem ersten Rangplatz der von den Bürgerinnen und Bürgern genannten Assoziationen.

1 Konzept und Methodik der Studie

Die vorliegende Studie ist primär als eine wissenschaftliche Untersuchung konzipiert und versteht sich als sozialwissenschaftlicher Beitrag zur Umweltberichterstattung. Sie folgt weitgehend der Konzeption der Untersuchung zum Umweltbewusstsein des Jahres 2000¹. Daten zum Umweltbewusstsein und zum Stand der Umweltkommunikation in Deutschland sind ebenso Teil der Umweltberichterstattung wie Messungen über Schadstoffe in der Luft oder Belastungen unserer Gewässer durch Chemikalien. Denn, so könnte man in Anlehnung an den Soziologen Niklas Luhmann formulieren, was die Verbesserung oder Verschlechterung von Wasser-, Luft- und Bodenqualität gesellschaftlich bedeuten, hängt entscheidend davon ab, wie diese Probleme von den Bürgern wahrgenommen werden. So kann es also sein, dass schlechte Werte gar nicht zur Kenntnis genommen werden oder auch trotz verbesserter Werte Ängste und Bedrohungsgefühle zunehmen. Insofern sind Daten zur Umweltwahrnehmung und zum Umweltbewusstsein unverzichtbar, gerade für eine Politik, die sich der anthropogenen Verursachung von Umweltproblemen bewusst ist.

Zielsetzung dieser Studie ist es, sowohl umweltpolitisch aktuelle Daten zu erheben als auch durch Wiederholung von bereits in früheren Studien gestellten Fragen längerfristige Trends im Feld des Umweltbewusstseins sichtbar zu machen. Themen der Studie 2002 sind u. a. die Umwelteinstellungen der Bürger, ihre Wahrnehmungen von allgemeinen und persönlichen Umweltbelastungen sowie die Resonanz und Akzeptanz umweltpolitischer Maßnahmen. Um eine möglichst optimale Vergleichbarkeit zu früheren Studien zu erreichen, haben wir das Design der 2000er Studie weitgehend beibehalten. Im Januar und Februar 2002 wurden insgesamt 2361 Bürgerinnen und Bürger in allen Teilen Deutschlands mündlich befragt. Die Stichprobe ist damit geringfügig größer als im Jahre 2000, als 2018 Personen befragt wurden. Die Datenerhebung wurde wiederum von TNS-EMNID (Bielefeld) durchgeführt. Es wurde ein dreistufiges Zufallsauswahlverfahren durchgeführt, wobei in den westlichen und in den östlichen Bundesländern mit jeweils 210 Sampling Points gearbeitet wurde. Insgesamt wurden 336 Interviewer bei der Durchführung der Studie eingesetzt. Wie bei sozialwissenschaftlichen Forschungsarbeiten mit einem solchen Stichprobendesign üblich, wird zum Ausgleich von statistischen Unschärfen in der Stichprobenstruktur ein spezielles Gewichtungsverfahren verwendet. Alle in diesem Bericht präsentierten Tabellen und Analysen basieren auf einem so gewichteten Datensatz.

¹ Wesentliche Ergebnisse der Studie sind publiziert in der Broschüre: „Umweltbewusstsein in Deutschland 2000. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, hrsg. vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Berlin 2000“. Im Internet findet man eine Auswahl wichtiger Ergebnisse unter <http://www.umweltbewusstsein.de>

Die Studie Umweltbewusstsein 2002 steht in einer langen Tradition sozialwissenschaftlicher Studien zum Umweltbewusstsein, die bis in die 1980er Jahre zurückreicht. Seit 1996 lässt das Umweltbundesamt wissenschaftliche Studien zum Umweltbewusstsein im Zweijahresturnus durchführen. Die letzte Studie dieser Art fand im Jahre 2000 statt. Vergleiche mit den älteren Studien lassen erkennen, wie sich die Wahrnehmung des Umweltthemas in der Öffentlichkeit im Laufe der Zeit verändert hat. Gleichzeitig hat mit dem historischen Wechsel zum Konzept der Nachhaltigen Entwicklung auch eine wesentliche Erneuerung der umweltpolitischen Leitbilder stattgefunden. Solche Verschiebungen stellen die Forschung, jedenfalls dann wenn sie Trends nachzeichnen will, vor ein prinzipielles Problem: Einerseits möchte man in den turnusmäßig durchgeführten Untersuchungen möglichst die gleichen Messinstrumente verwenden und im Interview jeweils die gleichen Fragen stellen, andererseits muss man den veränderten Gegebenheiten und der anderen Rahmung von Handlungen und Einstellungen Rechnung tragen und gefährdet hierdurch die Vergleichbarkeit der Daten über die Zeit. Das lässt sich prototypisch an der mit dem Konzept Nachhaltige Entwicklung gewandelten Bedeutung der Technik verdeutlichen. In der Vergangenheit galt eine kritische Haltung zur Technik als ein Indikator für Umweltbewusstsein und dies wurde in den entsprechenden sozialwissenschaftlichen Skalen zum Umweltbewusstsein auch so verrechnet. So wurden den Befragten beispielsweise Statements vorgelegt wie „Das meiste, das Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, schadet der Umwelt“. Heute ist es allerdings durchaus fragwürdig, ob man die Zustimmung zu diesem technikfeindlichen Statement noch wie in den 1980er und 1990er Jahren als „umweltbewusste Einstellung“ werten kann. Tut man dies dennoch, wird man der inzwischen veränderten Relation von Technik und Umweltschutz nicht gerecht. Tut man es nicht, so tangiert das die Vergleichbarkeit der Skala „Umweltbewusstsein“ mit den früheren Untersuchungen. Auch ist es keine Lösung, dieses Technik-Statement aus den Skalenberechnungen der alten Untersuchungen zu entfernen und die Skalen für die Trendreihen neu zu berechnen, denn hierdurch würde im nachhinein quasi (re)definiert was in den 90er Jahren unter Umweltbewusstsein verstanden wurde und alles, was bislang über die Daten und die Trends der Entwicklung des Umweltbewusstseins publiziert wurde, wäre damit möglicherweise hinfällig. Man kommt also nicht umhin zu akzeptieren, dass wiederholt durchgeführte Studien nun einmal in diesem Spannungsfeld zwischen Replikation und Neuerung stehen und dass es in dieser Hinsicht nur darum gehen kann, pragmatisch die best mögliche Lösung zu finden. Auf inhaltliche Weiterentwicklungen und Neuerungen zu verzichten wäre ebenso fatal wie der Verzicht auf längsschnittliche Vergleichbarkeit. Wir haben deshalb eine maßvolle Renovierung des Fragebogens praktiziert: Die Studie wurde so konzipiert, dass etwa 70% der Fragen aus der Studie des Jahres 2000 übernommen wurden. Darüber

hinaus wurde eine inhaltliche Aktualisierung vorgenommen und es wurden neue Themen und Fragestellungen in die Studie aufgenommen. Dazu zählen u.a. die Themen ökologische Gerechtigkeit, ökologische Geldanlagen, Naturschutz und Dosenpfand. Gleichzeitig wurden die Themenfelder „Klimaschutz“, „Verkehr/Mobilität“, „Lärm“ und „Informationsverhalten im Umweltschutz“ ausgeweitet, während das Thema „Umwelt und Gesundheit“, das Schwerpunktthema im Jahre 2000 war, in diesem Jahr einen geringeren Raum einnimmt.

2 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz

2.1 Die Relevanz des Umweltschutzes

Die Umweltbewusstseinsstudien der vergangenen Jahre hatten bereits aufgezeigt, dass die Bedeutsamkeit, die man in Deutschland dem Umweltschutz beimisst, sehr stark von der zeitlichen Rahmung der Fragestellung abhängt. Wenn man im Interview fragt, was hier und heute das wichtigste politische Thema ist, so landet der Umweltschutz seit geraumer Zeit nicht mehr auf dem ersten oder zweiten Platz. Je weiter weg der Zeithorizont in der Frageformulierung geschoben wird, desto mehr nimmt die Bedeutsamkeit des Umweltschutzes im Urteil der Bevölkerung zu. Fragt man also die Bürger, was nach ihrer Meinung im Jahr 2020 oder 2050 die wichtigsten politischen Themen sein werden, so kann man damit rechnen, dass der Umweltschutz weit vorne, möglicherweise sogar auf Platz 1 landet. Diese eigentümliche Abhängigkeit der Relevanzeinschätzung von der Art der gestellten Frage finden wir auch in der neuen Studie wieder. Die offen gestellte Frage nach dem aktuell wichtigsten Problem zeigt, dass Arbeitsmarkt/Arbeitslosigkeit nach wie vor unangefochten auf Platz 1 rangiert.

Tabelle 1: Die wichtigsten Probleme in Deutschland

Die Top-Ten der häufigsten Nennungen in %: (Maximal zwei Nennungen möglich)	Erhebung 2002 (in Klammern: Rangplatz Ost/West)				
	Gesamt	West		Ost	
1. Arbeitsmarkt	67	64	(1)	80	(1)
2. Soziale Aspekte/ Gerechtigkeit	20	14	(4)	31	(2)
3. Wirtschaftslage	18	19	(2)	16	(3)
4. Umweltschutz	14	16	(3)	6	(8)
5. Ausländer, Asylanten	11	9	(6)	3	(9)
6. Rentenpolitik	9	10	(5)	8	(5)
7. Sicherheitspolitische Aspekte	8	9	(7)	6	(6*)
8. Kriminalität	6	5	(8)	9	(4)
9. Vertrauensverlust in Politik	5	5	(10)	6	(6*)
10. Steuern	5	5	(9)	3	(10)

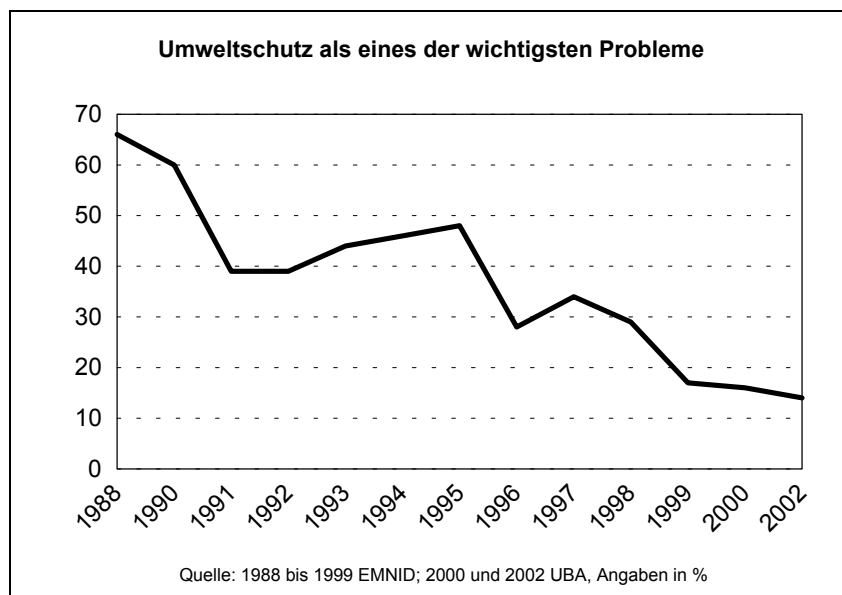
**Geteilter Rangplatz aufgrund exakt gleicher Anzahl der Nennungen.*

Frage: Was, glauben Sie, ist das wichtigste Problem, dem sich unser Land heute gegenübersteht? (Offene Frage mit maximal zwei möglichen Nennungen).

Im Vergleich zur 2000er Studie hat die Dominanz des Themas „Arbeitsmarkt“ sogar noch zugenommen, damals entfielen 58% der Nennungen auf „Arbeitsmarkt“, 19% auf den zweiten Platz „Vertrauensverlust in Politik/Spendenaffäre“ und 16% auf den dritten Platz „Rentenpolitik/Sozialpolitik“. Zu

Beginn des Jahres 2000 hatte die Parteispendenaffäre ihren Höhepunkt erreicht, hieraus erklärt sich der damalige zweite Platz des Themas „Vertrauensverlust in Politik/Spendenaffäre“, das nun wieder auf Platz 9 zurückgefallen ist. Der Umweltschutz hat seinen vierten Platz verteidigt, im Westen rangiert er sogar auf Platz 3. Erstaunlich ist, dass die Ereignisse des 11. Septembers 2001 sich nicht stärker auf die Problemwahrnehmungen ausgewirkt haben, denn nur 8% nennen „sicherheitspolitische Aspekte“ als derzeitiges Top-Thema. Die Differenzierung nach Ost und West zeigt, dass im Osten die Themen „Arbeitsmarkt“ und „soziale Aspekte/Gerechtigkeit“ deutlich noch stärker als im Westen gewichtet werden, während umgekehrt dem Umweltschutz im Osten von weitaus weniger Personen ein Top-Rang zugebilligt wird.

Die in der folgenden Grafik gezeigte Zeitreihe (1988 bis 2002) offenbart, dass die Zahl der Personen, die „Umweltschutz“ nennen, wenn man nach dem aktuell wichtigsten Problem in Deutschland fragt, seit Ende der 80er Jahre, als das Thema Umweltschutz nach dem Tschernobyl-Reaktorunfall Spitzenwerte erreichte, kontinuierlich abgenommen hat.



Es wäre allerdings ein Fehlschluss, wenn man aus dieser abfallenden Kurve auf eine geringere Wertschätzung des Umweltschutzes schließen würde. Fragt man nämlich direkt nach der Relevanz, die man dem Umweltschutz heute zumisst, ergibt sich ein anderes Bild. Für zehn politische Aufgabenbereiche wurde mit einer vorgegebenen Antwortskala („sehr wichtig“ bis „überhaupt nicht wichtig“) die Einschätzung der Relevanz erfragt. Ein Blick in die Spalte „Mittelwerte“ der Tabelle 2 zeigt, dass alle abgefragten politischen Aufgabenfelder für „sehr wichtig“ (Codierung 1) bis „eher wichtig“ (Codierung 2) gehalten werden. Auch bei dieser geschlossenen Frageform steht das Aufgabenfeld „Bekämpfung

der Arbeitslosigkeit“ unangefochten auf dem ersten Platz, 90% der Befragten halten diese Aufgabe für „sehr wichtig“, 9% für „eher wichtig“. Weitere Themen aus dem Bereich der Wirtschafts- und Sozialpolitik folgen auf den nächsten Plätzen. Im Vergleich zum Jahr 2000 erreicht der Umweltschutz nahezu das gleiche Ergebnis: 51% der Befragten (2000: 53%) halten ihn für „sehr wichtig“, 42% (2000: 41%) für „eher wichtig“ und nur 7% für „weniger wichtig“.

Tabelle 2: Bedeutsamkeit politischer Aufgabenbereiche

Angaben in %	Erhebung 2002				Mittelwert
	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	überhaupt nicht wichtig	
die Arbeitslosigkeit bekämpfen	90	9	1	0	1,11
die Wirtschaft ankurbeln	70	26	4	0	1,35
die Renten sichern	70	26	4	0	1,36
für soziale Gerechtigkeit sorgen	64	31	5	0	1,41
die Gesundheitsvorsorge sichern	63	32	4	0	1,42
den Bürger wirksamer vor Verbrechen schützen	58	35	7	0	1,50
Bildungsangebote an Schulen und Hochschulen verbessern	54	36	9	1	1,56
für wirksamen Umweltschutz sorgen	51	42	7	0	1,57
die Bürger vor terroristischen Angriffen schützen	52	34	12	2	1,63
das Zusammenleben mit Ausländern regeln	39	45	14	2	1,79

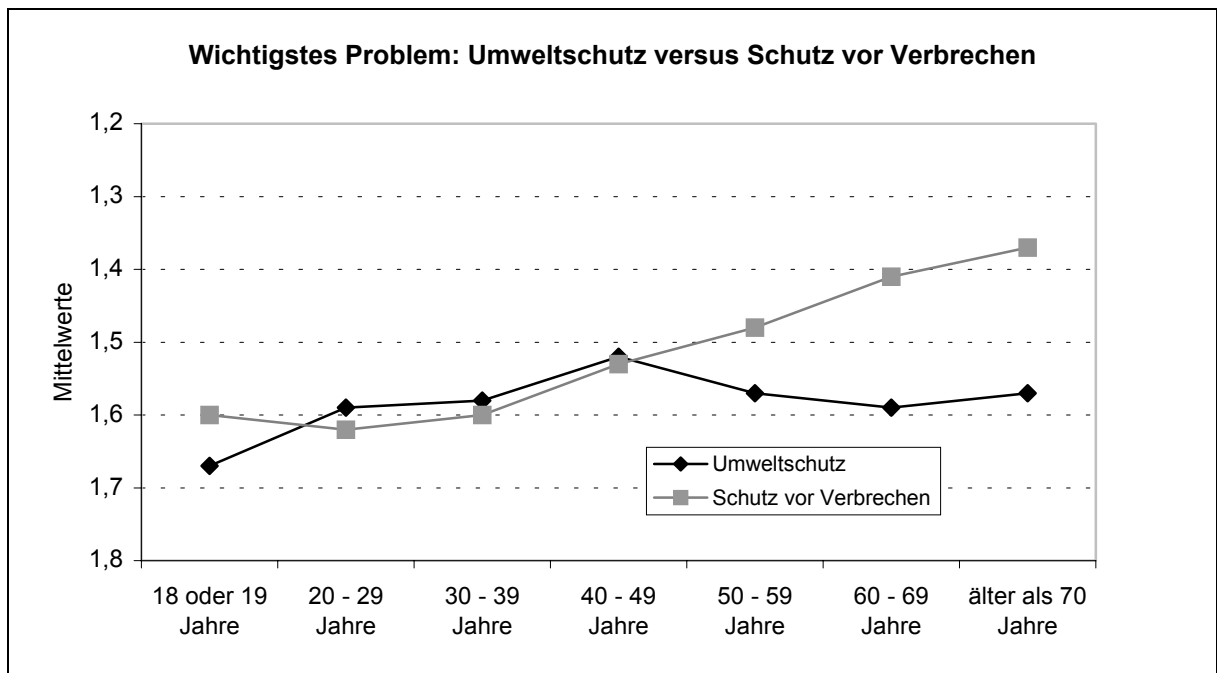
Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene politische Aufgabenbereiche vor. Bitte sagen Sie mir jeweils, ob Sie persönlich die Aufgabe für sehr wichtig, eher wichtig, weniger wichtig oder für überhaupt nicht wichtig halten.

In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=sehr wichtig bis 4=überhaupt nicht wichtig. Je kleiner der Mittelwert, desto wichtiger also die Einstufung.

Die Ergebnisse lassen keinen Zweifel daran, dass der Umweltschutz in Deutschland weiterhin als ein sehr wichtiges Thema eingeschätzt wird. Angesichts der aktuellen wirtschaftlichen Schwäche und der hohen Arbeitslosigkeit dominieren hiermit assoziierte Themen zwar die derzeitige Agenda, doch hat dies nicht den Effekt, dass der Umweltschutz in seiner Bedeutung nun generell herabgestuft würde. Angesichts der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen ist es schon eher erstaunlich, wie stabil die Relevanzeinschätzung des Umweltschutzes ist. Wenn 93% der Bevölkerung diesen für wichtig halten, so geschieht dies vermutlich auch auf dem Hintergrund, dass mittlerweile die wirtschaftlich positive Rolle des Umweltschutzes verstärkt wahrgenommen wird.

Die Detailanalyse zeigt, dass die Relevanz, die einzelnen politischen Aufgabenfeldern zugesprochen wird, teilweise signifikant vom Alter abhängig ist. So steigt bei den Themen „Rentensicherung“, „Verbrechensbekämpfung“, „Soziale Gerechtigkeit“, „Gesundheitsvorsorge“ und „Schutz vor Terroris-

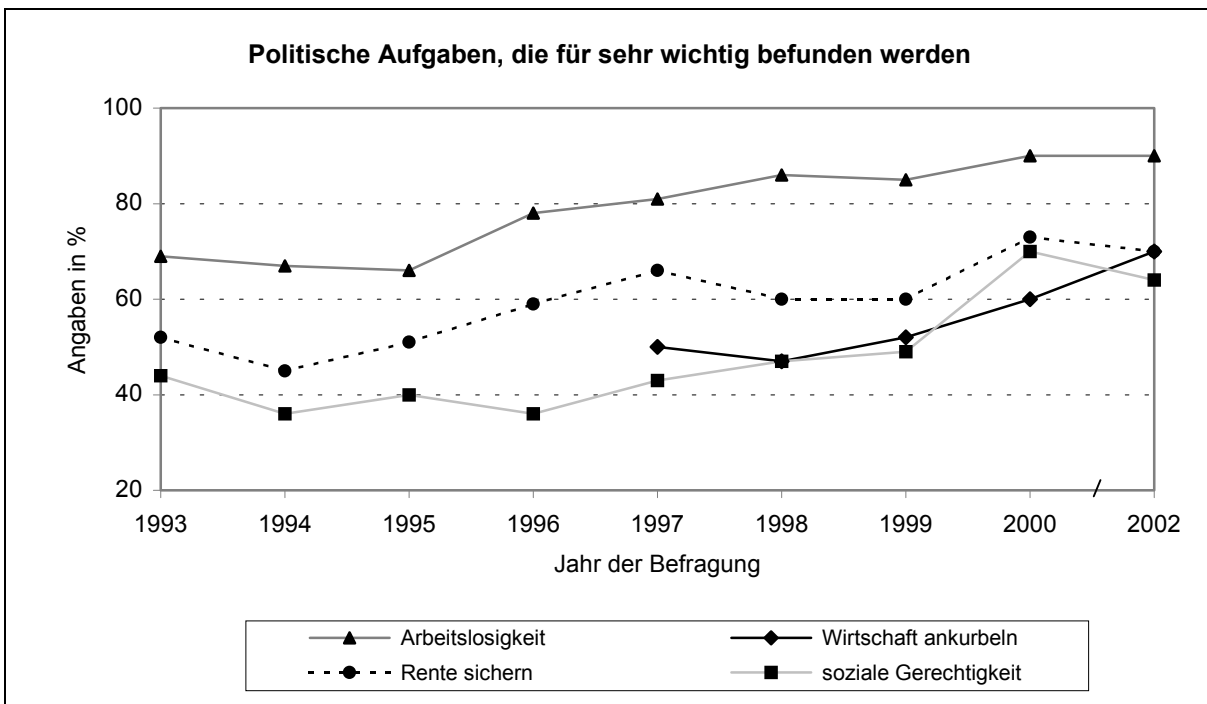
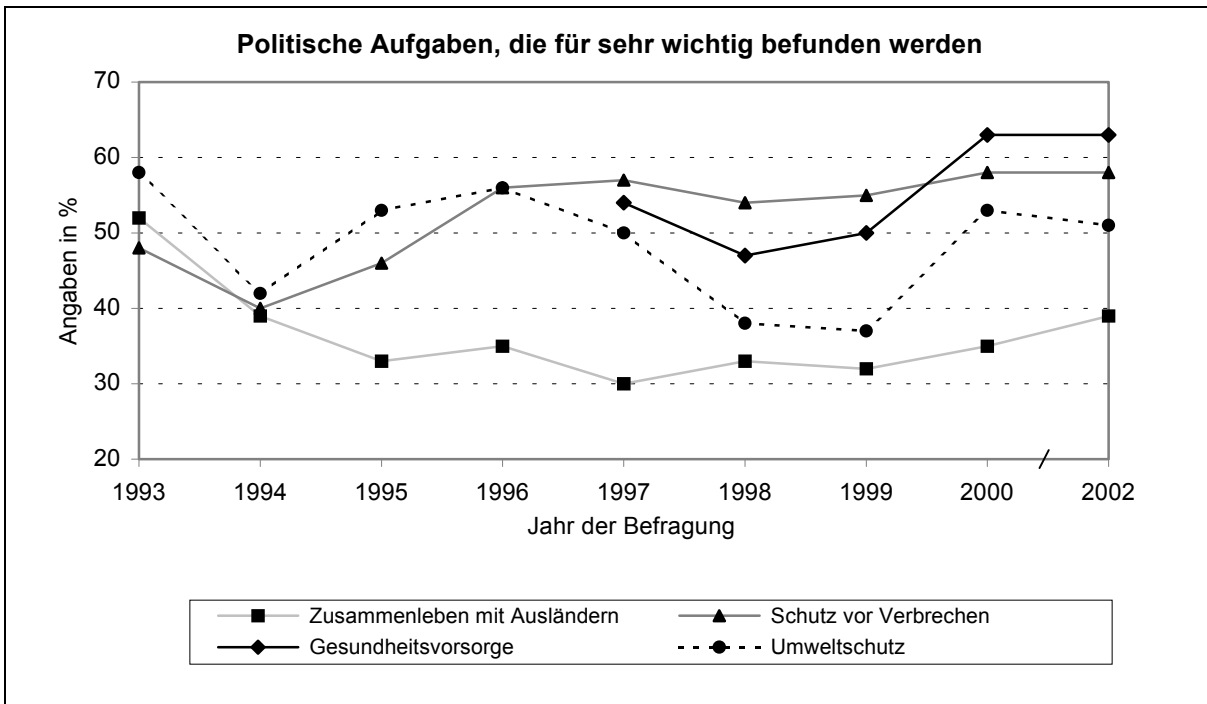
mus“ die zugeschriebene Relevanz mit dem Alter stetig an. Dies ist beim „Umweltschutz“ nicht der Fall: Zwar fällt die jüngste Altersgruppe (unter 20 Jahren) leicht ab, doch sind die Unterschiede äußerst gering und statistisch nicht signifikant. Weiterhin gilt: Der Umweltschutz wird von allen Altersgruppen in nahezu gleicher Weise als sehr wichtig erachtet, allenfalls die Gruppe der 40 bis 49jährigen weicht hier leicht positiv und die unter 20jährigen leicht negativ ab.



Die Grafik zeigt die nach Altersgruppen differenzierten Bewertungen für den Umweltschutz und die Verbrechensbekämpfung. Tabelliert wurden die Mittelwerte der von 1 („sehr wichtig“) bis 4 („überhaupt nicht wichtig“) reichenden Bewertungsskala. Die Grafik macht deutlich, wie gering die Unterschiede der Altersgruppen beim Thema „Umweltschutz“ sind. Hingegen ist beim Thema „Verbrechensbekämpfung“ eine eindeutige Tendenz augenscheinlich, die auch statistisch sehr signifikant ist: Je älter Personen sind, desto wichtiger stufen Sie das politische Thema „Schutz vor Verbrechen“ ein.

Gibt es Trends in Bezug auf die Relevanzeinschätzungen einzelner politischer Felder? In der folgenden Grafik haben wir nur die Personen tabelliert, die ein Thema als „sehr wichtig“ einstufen und diese Prozentanteile in einer Zeitreihe von 1993 bis 2002 dargestellt. Der Übersichtlichkeit wegen wurden die acht politischen Aufgaben auf zwei Graphiken verteilt. Schon seit 1993 führt „Arbeitslosigkeit“ das Ranking an und hat seither Jahr für Jahr an Relevanz gewonnen. Der Umweltschutz hat hingegen ein Auf und Ab durchlaufen, 1993 belegte er noch den zweiten Platz verlor dann seit 1996 an Bedeutung und ist seit 2000 wieder aus der Talsohle herausgekommen. Es fällt auf, dass die meisten Kurven von

links nach rechts ansteigen, d.h. der Prozentsatz von Personen, die ein Thema für sehr wichtig erachten, scheint heute generell größer zu sein als zu Beginn der 1990er Jahre.



Gesteigerte Problemwahrnehmung, insbesondere in Bezug auf Arbeitslosigkeit und Wirtschaftsentwicklung, aber auch bzgl. von Gesundheitsfürsorge und Verbrechensbekämpfung, hat allerdings nicht dazu geführt, dass man sich nun zunehmend unwohl in Deutschland fühlt. Wir fragten: „Wenn Sie

einmal an das Leben bei uns in der Bundesrepublik denken: Wie wohl fühlen Sie sich hier in Deutschland?“ Die überwältigende Mehrheit fühlt sich wohl (24% „ausgesprochen wohl“, 58% „ziemlich wohl“), während sich 12% „nicht so wohl“ und nur 3% „ausgesprochen unwohl“ fühlen.

2.2 Bedeutsamkeit umweltpolitischer Aufgabenbereiche

Die Relevanz, die man dem Umweltschutz nach wie vor zuspricht, ist auch an den Zustimmungswerten für umweltpolitische Ziele und Aufgaben ablesbar. Wenn man die Nennungen für „sehr wichtig“ und „eher wichtig“ zusammenfasst, schwanken die Zustimmungswerte zwischen 97% („Reinhalten von Wasser, Boden und Luft“) und 83% („verbesserten Umweltschutz in Entwicklungsländern fördern“). In den meisten Fällen liegt die Zustimmungswerte über 90%. Für Umweltpolitiker aller Parteien sind solche Ergebnisse gewiss ermutigend, zeigen sie doch, dass die umweltpolitischen Aufgaben von einer überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung als sehr relevant eingestuft werden.

Tabelle 3: Bedeutsamkeit einzelner Bereiche des Umweltschutzes

Angaben in %	Erhebung 2002			
	sehr wichtig	eher wichtig	weniger wichtig	überhaupt nicht wichtig
für die Reinhaltung von Wasser, Boden und Luft sorgen	71	26	3	0
sparsamer mit Energievorräten und Rohstoffen umgehen	58	39	3	0
für eine deutliche Verringerung von klimaschädlichen Gasen sorgen, z.B. den Ausstoß von Kohlendioxid	55	39	6	0
umweltfreundliche Produktionsweisen fördern	52	44	4	0
das Aussterben von Tier- und Pflanzenarten verhindern	51	40	8	1
für einen umweltfreundlichen Verkehr sorgen	48	46	6	0
für einen verbesserten Naturschutz sorgen	42	49	8	1
das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise stärken	42	47	10	1
mehr informieren über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Zusätze	42	46	11	1
einen verbesserten Umweltschutz in Entwicklungsländern fördern	39	44	14	3

Frage: Ich werde Ihnen jetzt einige Ziele und Aufgaben aus dem Bereich Umweltschutz nennen. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, für wie wichtig Sie persönlich diese Aufgaben halten.

Neben den umweltpolitischen Kernfeldern (Schutz von Boden, Wasser und Luft) werden auch die Umweltinformation und die Umweltaufklärung einhellig für wichtig erachtet, so halten 88% die Information über gesundheits- und umweltgefährdende Produkte und Zusätze für einen bedeutsamen Aufgabenbereich und 89% finden es wichtig, das Bewusstsein für eine gesunde Lebensweise zu

stärken. Umweltschutz und Gesundheit werden von der Bevölkerung also in einen engen Zusammenhang gebracht. Aus vergangenen Studien ist hinreichend bekannt, dass das Motiv, die eigene Gesundheit zu schützen, für viele umweltrelevante Verhaltensweisen eine entscheidende Rolle spielt.

2.3 Allgemeine Einstellungen zum Umweltschutz

Seit 1996 wird in den Studien des Umweltbundesamtes eine Sammlung von Statements eingesetzt, um die allgemeinen Einstellungen zum Umweltschutz zu erfassen. Um Zeitreihenvergleiche zu ermöglichen, haben wir auch in der 2002er Studie weitgehend die gleichen Fragen eingesetzt wie 1996, 1998 und 2000. Zusätzlich sind einige Statements neu hinzugekommen, die den Naturschutz und das Konzept Nachhaltigkeit thematisieren.

Insgesamt ergibt sich das Bild einer in großen Teilen ökologisch sensibilisierten Bevölkerung:

- 56% sind der Meinung, dass die Grenzen des Wachstums erreicht sind oder bald erreicht werden,
- 54% glauben, dass wir auf eine Umweltkatastrophe zusteuern, wenn wir so weitermachen wie bisher,
- 62% glauben dass Politiker zu wenig für den Umweltschutz tun und
- 62% sind beunruhigt, wenn sie daran denken unter welchen Umweltverhältnissen spätere Generationen leben werden.

Besonders hohe Zustimmungquoten erzielen solche Statements, in denen die Grundprinzipien des Konzepts Nachhaltigkeit thematisiert werden. Darüber wird im folgenden Kapitel noch einmal ausführlich berichtet. Auch der Naturschutz kann auf weitgehende Zustimmung rechnen. 91% stimmen der Aussage zu „Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden“ und 72% stimmen für die gänzliche Sperrung von Gebieten in Nationalparks und Naturschutzgebieten.

Die in Tabelle 4 wiedergegebenen Ergebnisse zeigen aber auch, dass bei vielen Fragen die Meinungen durchaus uneinheitlich sind. Das gilt etwa für die Frage, ob man auch selbst etwas wirkungsvoll für den Umweltschutz tun kann oder nicht. Dem Statement „Für jemanden wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun“ stimmt etwa jeder Dritte zu, ein Drittel ist ablehnend und ein Drittel unentschieden. Auch bei der Frage „Ökonomie versus Ökologie“ ergibt sich ein eher kontroverses Bild. Dem Statement „Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen“ stimmen 25% zu, während 38% dies ablehnen, der Rest ist unent-

schieden. Umweltschutz auf Kosten von Arbeitsplätzen durchzusetzen, dieses Vorhaben kann also nicht auf eine Mehrheit rechnen.

Tabelle 4: Umwelteinstellungen

Angaben in %	Erhebung 2002				
	stimme voll und ganz zu	stimme weit- gehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Derzeit ist es immer noch so, dass sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewusst verhält.	21	48	25	6	0
Für jemanden wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun.	8	27	31	26	8
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird.	14	42	32	10	2
Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen.	6	19	37	28	10
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen.	6	25	34	28	7
Das meiste, was Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, schadet der Umwelt.	4	16	42	31	7
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu.	17	37	29	14	3
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen.	22	40	25	11	2
Wenn ich Zeitungsberichte über Umweltprobleme lese oder entsprechende Fernsehsendungen sehe, bin ich oft empört und wütend.	17	36	33	11	3
Es ist noch immer so, dass die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun.	23	39	30	7	1
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben.	5	18	31	34	12
Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden.	54	37	8	1	0
In Nationalparks und Naturschutzgebieten sollte es Teilbereiche geben, die überhaupt nicht vom Menschen betreten oder sonst wie genutzt werden	34	38	20	7	1
Wenn es noch mehr Vorschriften für den Naturschutz gibt, kann man bald überhaupt nichts mehr machen.	8	18	30	30	14

Frage: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen. Nennen Sie einfach den Kennbuchstaben des Kärtchens und die entsprechende Antwortziffer von der Liste.

Im Vergleich zur Studie von 2000 stellt man in einigen Fällen leicht sinkende Quoten bei der Antwortalternative „stimme voll und ganz zu“ fest, z.B. bei den Statements „Zusteuern auf eine Umweltkatastrophe“, „Empörung, wenn man an die Umweltverhältnisse kommender Generationen denkt“ und „Empörung bei Meldungen über Umweltprobleme in der Presse“. Dies deutet auf eine gewisse Tendenz zur *Entdramatisierung* und *Entemotionalisierung* hin. Man äußert sich eher moderat, sieht sowohl das Für wie das Wider. Hintergrund hierfür könnte sein, dass zum einen in letzter Zeit keine größeren Umweltkatastrophen oder Unglücke geschehen sind, zum anderen dass sich ein gewisser Gewöhnungseffekt eingestellt hat. Wie die Vergleichsdaten von 1996, 1998 und 2000 in Tabelle 5 zeigen, handelt es sich dabei aber nicht um etwas Neues, sondern um einen bereits seit längerem wirkenden Trend.

Eine weitere augenscheinliche Veränderung betrifft die Tendenz, Technik positiver zu beurteilen. Die Zahl der Technikkritiker ist in den letzten Jahren gesunken, während gleichzeitig die Zahl derjenigen gestiegen ist, die glauben, die Technik werde die Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssten. Für diese Meinung verzeichnen wir eine Steigerung von 24% im Jahr 2000 auf jetzt 31%. Damit hat diese Position zwar noch nicht die Mehrheit erlangt, denn 35% sind der Meinung, ohne Änderung der Lebensweise wären die Umweltprobleme wohl doch nicht zu lösen, doch ist der Abstand der beiden Positionen deutlich geringer geworden (2000: 24% zu 43%; 2002: 31% zu 35%).

Insgesamt ergibt sich auch im Jahre 2002 ein durchaus positives Bild bei den Pro-Umwelteinstellungen, der größte Teil der Bevölkerung ist für den Umweltschutz sensibilisiert und die Zahl der Indifferenten oder gar Gegner des Umweltschutzgedankens ist nicht sonderlich groß. Der Vergleich zu den früheren Studien zeigt aber gleichzeitig, dass eine gewisse Nüchternheit eingekehrt ist und der Hang zur Dramatisierung und Empörung sich abgeschwächt hat.

Auch 12 Jahre nach dem Ende der DDR sind noch erhebliche Ost-West-Unterschiede zu konstatieren, obwohl sich die Umwelteinstellungen in Ost und West tendenziell aneinander angenähert haben. Doch wenn es um die Frage Umweltschutz versus Arbeitsplätze geht, sind die Differenzen schon recht erheblich. Da fällt die Entscheidung pro Arbeitsplätze im Osten weitaus entschiedener aus. Auch glauben im Osten Deutschlands mehr Menschen, dass die Umweltschützer die Umweltprobleme übertreiben und die Gefahr einer drohenden Umweltkatastrophe wird im Osten von weniger Menschen gesehen.

Tabelle 5: Umwelteinstellungen 1996, 1998, 2000 und 2002 im Ost-West-Vergleich

Angaben in %	Erhebung 2002			Erhebung 2000			Erhebung 1998			Erhebung 1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen. (Zustimmung)	62	63	60	68	69	65	65	65	63	74	74	72
Es ist noch immer so, dass die Politiker viel zu wenig für den Umweltschutz tun. (Zustimmung)	62	61	63	67	67	69	60	58	68	66	65	71
Derzeit ist es immer noch so, dass sich der größte Teil der Bevölkerung wenig umweltbewusst verhält. (Zustimmung)	69	70	64	65	66	61	49	49	49	58	58	55
Wenn wir so weitermachen wie bisher, steuern wir auf eine Umweltkatastrophe zu. (Zustimmung)	54	56	48	62	63	60	56	56	57	66	66	68
Wenn ich Zeitungsberichte über Umweltprobleme lese oder entsprechende Fernsehsendungen sehe, bin ich oft empört und wütend. (Zustimmung)	53	53	53	60	61	57	55	53	60	63	63	62
Es gibt Grenzen des Wachstums, die unsere industrialisierte Welt schon überschritten hat oder sehr bald erreichen wird. (Zustimmung)	56	57	52	59	60	57	50	50	48	56	58	51
Nach meiner Einschätzung wird das Umweltproblem in seiner Bedeutung von vielen Umweltschützern stark übertrieben. (Ablehnung)	46	48	38	52	54	46	47	48	44	54	56	44
Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen. (Ablehnung)	35	36	31	43	45	33	35	35	34	38	38	36
Für jemanden wie mich ist es schwierig, viel für die Umwelt zu tun. (Ablehnung)	34	34	31	40	42	34	47	48	40	41	43	36
Umweltschutzmaßnahmen sollten auch dann durchgesetzt werden, wenn dadurch Arbeitsplätze verloren gehen. (Zustimmung)	25	27	18	27	28	24	19	18	21	27	27	25
Das meiste, was Wissenschaft und Technik hervorgebracht haben, schadet der Umwelt. (Zustimmung)	20	22	16	21	22	19	26	28	19			

Frage: Hier haben wir eine Reihe von Aussagen. Bitte sagen Sie mir für jedes Kärtchen anhand dieser Liste, in welchem Maße Sie zustimmen oder nicht zustimmen. (fünfstufige Antwortskala; bei Zustimmung sind die Antworten „stimme voll und ganz zu“ und „stimme weitgehend zu“ zusammengefasst; bei Ablehnung die Antworten „stimme überhaupt nicht zu“ und „stimme eher nicht zu“; höhere Prozentwerte signalisieren damit stärkere Pro-Umwelteinstellungen)

Einfluss sozialer Indikatoren

Wir wollten wissen, welchen Einfluss soziale Indikatoren auf die Pro-Umwelteinstellungen haben. Bezüglich des Alters finden sich nur relativ wenige Differenzen: Der Naturschutz ist eher eine Angelegenheit der älteren Generation und auch die Empörung über Umweltprobleme ist in älteren Altersgruppen stärker ausgeprägt. Tatsächlich ist die Stärke des Zusammenhangs aber eher gering, die Ähnlichkeit der Altersgruppen ist weitaus stärker augenfällig als ihre Unterschiede.

Lebensphasen und Einstellungen zum Umweltschutz

Erheblich einflussreicher als das Alter ist das Geschlecht der Befragten. Wie schon bei früheren Studien zeigt sich, dass Frauen durchweg etwas positivere Pro-Umwelteinstellungen aufweisen. Besonders groß sind die Differenzen im Hinblick auf die empfundene *Empörung* über Umweltprobleme.

Stärker als mit dem Lebensalter korrelieren die Umwelteinstellungen mit bestimmten *Lebensphasen*, d.h. für die Einstellung zum Umweltschutz ist nicht entscheidend, ob jemand beispielsweise 35 Jahre alt ist, sondern wie er als 35jähriger lebt, z.B. als Single, als Paar ohne Kinder oder als Paar mit Kind bzw. Kindern. Bei der Auswertung haben wir in Anlehnung an die im Auftrag der Zeitschrift „Stern“ durchgeführte Studie „Dialoge 5“ neun Lebensphasen unterschieden:

1. *Junge Singles* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende in Ein-Personen-Haushalten, Alter unter 40 Jahren
2. *Junge Unverheiratete in Familie* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende in Mehr-Personen-Haushalten, Alter unter 40 Jahren
3. *Junge Paare ohne Kinder* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, keine Kinder, Alter unter 40 Jahren
4. *Junge Familie mit mindestens einem Kleinkind* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, mindestens ein nicht schulpflichtiges Kind, Alter unter 40 Jahren
5. *Alleinerziehende* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, mit mindestens einem Kind im Haushalt
6. *Familie mit nur älteren Kindern* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, mindestens ein Kind, kein Kind unter 7 Jahren
7. *Partner-Haushalte über 40 bis unter 60 Jahre* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, 40 bis unter 60 Jahre, keine Kinder im Haushalt
8. *Partner Haushalte ab 60 Jahre* - Verheiratete oder in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, 40 bis unter 60 Jahre, keine Kinder im Haushalt
9. *Ältere Singles* - Ledige, Verwitwete, Geschiedene, nicht in eheähnlichen Verhältnissen Lebende, 40 Jahre oder älter

Zwischen den neun Lebensphasen und den Pro-Umwelteinstellungen finden sich eine Reihe von signifikanten Zusammenhängen, z.B. bei der Frage „Wissenschaft und Technik werden viele Umweltprobleme lösen, ohne dass wir unsere Lebensweise ändern müssen“ und der Frage „Es beunruhigt mich, wenn ich daran denke, unter welchen Umweltverhältnissen unsere Kinder und Enkelkinder wahrscheinlich leben müssen“. Meist sind es Befragte aus der Gruppe 4 „Junge Familien mit Kleinkindern“ bzw. Gruppe 5 „Familien mit älteren Kindern“, die deutlich mehr umweltorientierte Einstellungen aufweisen, während die beiden Single-Gruppen (Gruppe 1 „Junge Singles, Gruppe 9 „Ältere Singles“) die Schlusslichter bilden. Eine Ausnahme stellt das Statement „Die landschaftliche Schönheit und Eigenart unserer Heimat sollte erhalten und geschützt werden“ dar. Hier ist die Zustimmung bei der älteren Generation deutlich größer, die „Partnerhaushalte ab 60 Jahre“ und die „Älteren Singles“ liegen hier an der Spitze.

Umweltmentalitäten und Einstellungen

In Anlehnung an eine Studie von Pöferl u.a. (1997) über „Umweltmentalitäten“ wurden den Befragten fünf verschiedene Haltungstypen zur Auswahl angeboten:

Typ 1 (37%)	Ich gestalte mein Leben möglichst umweltfreundlich, auch wenn es manchmal schwer fällt, aber ich will Vorbild sein. Mein Motto: Bei sich selber anfangen, nicht auf andere warten.
Typ 2 (42%)	Man muss es nicht übertreiben, aber Umweltschutz ist eine Sache von Anständigkeit und Bürgerpflicht. Mein Motto: Keine extremen Sachen – wenn, dann müssen alle mitmachen
Typ 3 (16%)	Seien wir doch nüchtern: Der einzelne kann doch eigentlich wenig machen. Was soll das, wenn ich hier Energie spare oder aufs Auto verzichte. Mein Motto: Was bringt das schon, wenn oben nichts geschieht?
Typ 4 (4%)	Na ja, man weiß ja nicht so genau, von wegen Umweltkatastrophen und so, aber was soll's auch. Mein Motto: Das Leben genießen trotz alledem, keine Lust auf Pessimismus.
Typ 5 (1%)	Also so schlimm ist ja nun alles doch nicht, ist doch alles stark übertrieben mit der Umweltverschmutzung. Wir haben doch die Technik, um alles in den Griff zu bekommen. Mein Motto: Wenn's uns gut geht, geht's auch der Umwelt gut.

Die größte Zustimmung erhielt der zweite Haltungstyp („Wenn, dann müssen alle mitmachen“), gefolgt vom ersten Typ („Bei sich selber anfangen“) und dem dritten Typ („Oben muss was geschehen“). Die beiden anderen Haltungstypen „Das Leben genießen“ und „Alles stark übertrieben“ spielen anteilsmäßig keine Rolle.

Bei Familien mit Kindern findet sich signifikant häufiger der erste Haltungstyp („Bei sich selber anfangen“), während bei „Jungen Familien ohne Kinder“ und bei „Jungen Unverheirateten in Familien“ der

zweite Haltungstyp („Wenn, dann müssen alle mitmachen“) überrepräsentiert ist. Der erste Typ bringt das Bestreben Vorbild sein zu wollen zum Ausdruck und dies stößt offenbar auf Resonanz in einer Lebensphase, in der „Vorbild Sein“ ohnehin gefragt ist.

Der Haltungstyp „Das Leben genießen trotz alledem, keine Lust auf Pessimismus“ findet sich am häufigsten in der Gruppe „Junge Paare ohne Kinder“. Die Selbstzuordnung differiert signifikant in Abhängigkeit von Geschlecht und Bildung: Mit steigender Bildung steigt die Zustimmung zum ersten Haltungstyp, der auch von Frauen häufiger bevorzugt wird. Während nur 25% der Männer mit Hauptschulabschluss sich hier zuordnen, sind es 52% der Frauen mit Abitur.

Genau umgekehrt verhält es sich mit dem dritten Typ („Oben muss was geschehen“), hier sind Männer und Personen mit niedrigem Bildungsabschluss überrepräsentiert. Sie wollen stärker den Staat und die Institutionen agieren sehen und fühlen sich weniger selbst in die Pflicht genommen. Der an Bürgerpflicht appellierende Haltungstyp, demzufolge man dann mitmachen würde, wenn alle mitmachen, zeigt weniger ausgeprägte Differenzen als der erste und dritte Typ. Tendenziell findet man ihn aber häufiger bei Männern als bei Frauen vor und die Zustimmung steigt mit sinkendem Bildungsniveau: 45% der Männer mit niedrigem Bildungsniveau ordnen sich ein, aber nur 37% der Frauen mit hohem Bildungsniveau. Die hedonistische Spaßmentalität (Typ 4), die allerdings eh nicht sonderlich oft gewählt wurde, ist tendenziell häufiger bei Männern und auf mittlerem und niedrigem Bildungsniveau anzutreffen.

3 Resonanz des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung

3.1 Bekanntheit des Konzepts Nachhaltigkeit

Im Jahr 2002, zehn Jahre nach der Rio-Konferenz der Vereinten Nationen, ist das Konzept der *Nachhaltigen Entwicklung* allgemein zum Leitbild der Umweltpolitik geworden. Es hat viel Zeit benötigt, bis dieses Leitbild in Deutschland wenigstens einer Minderheit bekannt geworden ist. Bei der letzten Umweltbewusstseinstudie im Jahr 2000 waren es lediglich 13%, die angaben, sie hätten schon vom Begriff der Nachhaltigen Entwicklung gehört. Dies waren sogar noch 2% weniger als zwei Jahre zuvor. Die aktuellen Daten zeigen, dass sich in den letzten zwei Jahren der Bekanntheitsgrad mehr als verdoppelt hat: Nun sind es 28%, die schon vom Begriff „Nachhaltige Entwicklung“ als Leitbild der Umweltpolitik gehört haben. Die Unsicherheit in Bezug auf den Begriff, die 2000 in einer stark angewachsenen Zahl von „Weiß nicht“-Antworten zum Ausdruck kam, ist offensichtlich wieder zurückgegangen und die Reichweite des Begriffs hat deutlich zugenommen.

Tabelle 6: Bekanntheit des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung

Angaben in %	2002			2000			1998			1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
ja, schon davon gehört	28	29	23	13	14	10	15	15	11	11	12	7
nein, noch nichts davon gehört	57	56	61	63	62	68	72	72	76	76	75	79
weiß nicht	15	15	16	24	24	22	13	13	13	13	13	14

Frage: Als Leitbild für den Umweltschutz taucht gelegentlich der Begriff der Nachhaltigen Entwicklung auf. Haben Sie von dem Begriff der Nachhaltigen Entwicklung schon gehört, oder haben Sie davon noch nichts gehört?

Die bloße Kenntnis des Begriffs ist natürlich an sich noch wenig aussagekräftig. 2000 hatten wir mit einer offen gestellten Frage nach den Assoziationen gefragt, die mit dem Nachhaltigkeitsbegriff verbunden werden und festgestellt, dass die Interviewten häufig nur Synonyme benannten und die Substanz des Begriffes noch viel weniger Personen bekannt war als dies in der Zahl von 13% zum Ausdruck kam. Auf eine solche Assoziationsfrage wurde diesmal verzichtet. Stattdessen haben wir gefragt, was die Interviewten mit dem Begriff „Fortschritt“ verbinden (vgl. Kapitel 10.3).

Zu beachten ist auch, dass der Bekanntheitsgrad des Begriffs Nachhaltigkeit sehr stark mit der Bildung korreliert. Auf dem höchsten Bildungsniveau (Fachhochschulreife, Abitur, Hochschulabschluss) kennen bereits 42% den Begriff, während es bei den Befragten des Niveaus 1 (Hauptschulabschluss/ohne Abschluss) nur 17,9% sind.

3.2 Zustimmung zu den Prinzipien des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung

Es erweist sich, dass die grundlegenden Prinzipien des Nachhaltigkeitskonzepts eine sehr breite Zustimmung genießen. Sowohl das Prinzip der Gerechtigkeit zwischen den Generationen als auch das der Gerechtigkeit zwischen armen und reichen Ländern können mit einer hohen Zustimmungsquote rechnen. Dem Statement „Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern“ stimmen 84% (2000: 90%) der Befragten zu, während sich nur 2% ablehnend äußern. Nicht ganz so hoch ist mit 78% (2000: 77%) die Zustimmungsquote für einen „fairen Handel“ zwischen den armen und reichen Ländern der Erde, aber auch hier ist die Zahl der Gegner mit 4% sehr klein. Bei Personen mit religiöser Orientierung ist die Zustimmung zum Gerechtigkeitsprinzip deutlich höher. Auch finden wir Unterschiede nach Lebensphasen: Befragte mit Kindern, insbesondere mit Kleinkindern, zeigen eine stärkere Zustimmungstendenz.

Tabelle 7: Einstellung zu den Prinzipien der Nachhaltigkeit

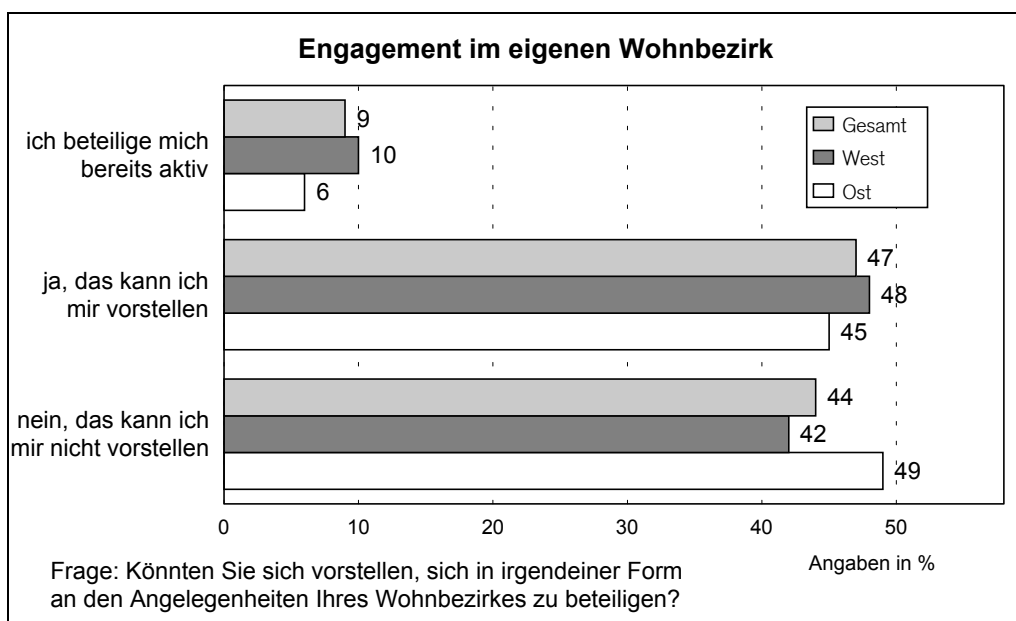
Angaben in %	Erhebung 2002				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Es sollte Gerechtigkeit zwischen den Generationen bestehen, wir sollten die Umwelt nicht auf Kosten der nachkommenden Generation ausplündern.	43	41	14	2	0
Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können.	36	42	18	3	1
Es sollte fairen Handel zwischen den reichen Ländern dieser Erde und den Entwicklungsländern geben.	36	42	18	3	1

Auch die grundlegende Regel des nachhaltigen Wirtschaftens, wie sie die Enquetekommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des 13. Deutschen Bundestags formuliert hat, kann mit hoher Zustimmung rechnen. 78% (2000: 83%) stimmen dem Statement „Wir sollten nicht mehr Ressourcen verbrauchen als nachwachsen können“ zu, nur 4% lehnen dies ab und 18% sind unentschieden.

Insgesamt kann man also feststellen, dass die Kernpunkte des Leitbilds Nachhaltige Entwicklung auf breite Resonanz stoßen. Der Begriff selbst ist nun auch weitaus bekannter als noch vor zwei Jahren und er ist dies vor allem in den Bevölkerungsgruppen mit hohem Bildungsniveau.

3.3 Bürgerbeteiligung und Bereitschaft zum eigenen Engagement

Zum Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung gehört *Partizipation* als integraler Bestandteil. Wir fragten, ob man bereit sei, sich an den Angelegenheiten des eigenen Wohnbezirks zu beteiligen.



Die Ergebnisse decken sich weitgehend mit denen von 2000: 9% geben an, dass sie bereits in der einen oder anderen Form in Angelegenheiten ihres Bezirks engagiert sind. Die restliche Population teilt sich in nahezu zwei gleich große Teile, 47% können sich ein eigenes Engagement im Wohnbezirk vorstellen, 44% nicht. Der Zuwachs von 1% für ein potentielles Engagement im Vergleich zu 2000 fällt nicht ins Gewicht. Weiterhin lassen sich allerdings erhebliche Ost-West-Differenzen feststellen, im Osten Deutschlands ist die Zahl derjenigen, die sich ein eigenes Engagement nicht vorstellen können oder die bereits engagiert sind deutlich niedriger. Die Bereitschaft sich zu engagieren korreliert stark mit dem bekundeten Interesse an Politik. Das erscheint durchaus plausibel: Wer sich stark für Politik interessiert, der ist auch eher zum eigenen Engagement bereit oder ist bereits engagiert, was für 21% der Männer und 30% der Frauen gilt. Dies ist deutlich mehr als die 9% der Gesamtbevölkerung. Umgekehrt sinkt die Bereitschaft zum Engagement mit geringerem Interesse für Politik.

4 Umweltqualität und Belastung durch Umweltprobleme

4.1 Beurteilung der Umweltverhältnisse in Deutschland

Heute werden die Umweltverhältnisse in Deutschland von der Mehrheit der Bevölkerung als „recht gut“ beurteilt. Damit hat sich der in den letzten Jahren festgestellte positive Trend in den Beurteilungen fortgesetzt. Der Prozentansatz derjenigen, die Deutschland eine sehr gute oder recht gute Umweltqualität attestieren, ist von 75% (2000) auf jetzt 82% angestiegen.

Geblichen sind beträchtliche Ost-West-Differenzen: Während 82% der Befragten die Umweltqualität im Westen als „sehr gut“ oder „recht gut“ bewerten, sind es nur 44%, die für die östlichen Bundesländer zu einem ähnlich positiven Urteil kommen. Im Hinblick auf den Osten urteilt die Mehrheit der Bundesbürger immer noch negativ, was allerdings wie unten gezeigt wird, primär Resultat der negativen Urteile der „Wessis“ über den Osten ist.

Tabelle 8: Beurteilung der Umweltqualität: lokal, national und global

Angaben in %	Erhebung 2002				Mittelwert
	sehr gut	recht gut	eher schlecht	sehr schlecht	
... insgesamt die Umweltqualität in Ihrer Stadt, Ihrer lokalen Gemeinde beurteilen?	17	65	17	1	2,03
... die Umweltqualität im Westen Deutschlands, also in den alten Bundesländern, beurteilen?	7	75	18	-	2,11
... insgesamt die Umweltqualität in Deutschland beurteilen?	5	77	18	-	2,13
... die Umweltqualität im Osten Deutschlands, also in den neuen Bundesländern, beurteilen?	3	41	48	8	2,61
... insgesamt die Umweltqualität weltweit beurteilen?	1	19	68	12	2,91

Frage: Wie würden Sie ...?

In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=sehr gut bis 4=sehr schlecht. Je kleiner der Mittelwert, desto besser also die Bewertung.

Tabelle 9 zeigt in Zeitreihen die Einschätzungen der Umweltqualität in Ost- und Westdeutschland seit Beginn der 90er Jahre. Für Ostdeutschland sind die Bewertungen kontinuierlich positiver geworden sind. 1991 waren es nur 2% der Befragten, die bzgl. der östlichen Bundesländer zum Urteil „recht gut“ oder „sehr gut“ kamen, heute sind es immerhin 44% aller Befragten bzw. 66% der im Osten Wohnenden.

Die Zeitreihen zeigen zudem, dass die Ost-West-Differenzen vor allem darauf zurückzuführen sind, dass die Westdeutschen die Umwelt in Ostdeutschland negativer beurteilen, während die dortigen Bewohner ihre Umwelt schon als weitaus positiver wahrnehmen. Zwar hat sich seit 1998 der Prozentsatz der positiv über die Ost-Umwelt urteilenden „Wessis“ von 17% auf 38% erhöht, aber für die Umwelt in Westdeutschland kommen 83% zu einer positiven Bewertung. Die Differenz ist also trotz des Trends zur Angleichung immer noch beträchtlich.

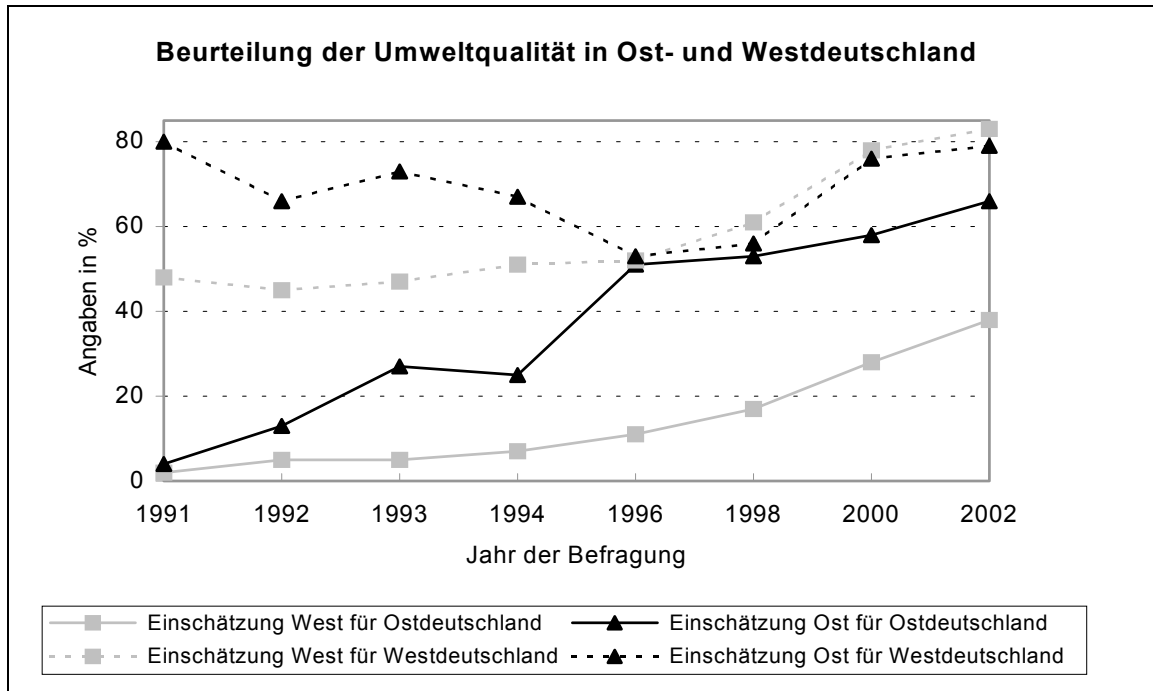
Tabelle 9: Beurteilung der Umweltqualität in Deutschland seit 1991

Anteil der Befragten in %, die die Umweltverhältnisse als sehr gut bzw. recht gut einschätzen	Jahr							
	91	92	93	94	96	98	00	02
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Ostdeutschland								
Befragte gesamt	2	6	10	11	19	24	35	44
Ost	4	13	27	25	51	53	58	66
West	2	5	5	7	11	17	28	38
Einschätzung der Umweltverhältnisse in Westdeutschland								
Befragte gesamt	55	49	52	55	52	60	77	82
Ost	80	66	73	67	53	56	76	79
West	48	45	47	51	52	61	78	83

Für die Urteile der Ostdeutschen über die Umweltverhältnisse in Westdeutschland zeigen die Daten eine U-förmige Kurve. 1991, zu einem Zeitpunkt als nicht einmal 50% der Westdeutschen die Umweltqualität im Westen als gut beurteilten, waren 80% der Ostdeutschen der Meinung, dass dort, im „goldenen Westen“, die Umweltqualität doch wohl sehr gut wäre. In den folgenden Jahren ging diese Zahl meistens abwärts und erreichte 1996 mit 53% die Talsohle. Seither ist das Urteil der Westdeutschen über „ihre“ Umwelt nun besser als das der Ostdeutschen, der Trend zur Angleichung ist aber auch hier unverkennbar.

Umgekehrt verhält es sich mit der Beurteilung der Umweltverhältnisse in Ostdeutschland. Hier war die Wahrnehmung der im Osten Lebenden auch früher schon weitaus positiver als die der Bewohner der alten Bundesländer. Der Anteil der Ostdeutschen, welche die Qualität der Umwelt in der eigenen Heimat als gut bewerten, stieg in den letzten Jahren kontinuierlich an und hat jetzt 66% erreicht, d.h. zwei von drei Ostdeutschen bewerten „ihre“ Umweltqualität als gut. Die Westdeutschen hinken in der positiven Beurteilung immer noch hinterher, doch hat sich der Anteil der positiven Bewertungen in den letzten 10 Jahren immerhin von 5% (1992) auf jetzt 38% gesteigert. Insgesamt betrachtet gibt es aber

einen klaren Trend zu konvergierenden Urteilen. Die folgende Grafik zeigt, wie weit die Schere der Bewertungen 1991 noch auseinander klappte. Drei der vier Kurven haben sich bereits stark angenähert und auch die vierte Kurve (die Bewertung des Ostens durch die Westdeutschen) strebt rasch aufwärts.



4.2 Wahrnehmung globaler Umweltqualität

Die globalen Umweltverhältnisse werden von der Mehrheit der Bürger im Gegensatz zum nationalen Umweltzustand weiterhin als schlecht betrachtet. Nur 20% kommen hier zum Urteil „recht gut“ bzw. „sehr gut“. Wie schon in früheren Studien (vgl. hierzu de Haan/Kuckartz 1996: 183) zeigt sich erneut ein auffälliges Entfernungsgefälle: Die Umwelt in der eigenen Gemeinde bzw. Stadt wird am positivsten wahrgenommen, unwesentlich schlechter beurteilt man die Umweltverhältnisse in Deutschland, aber man wechselt ins negative Lager, wenn es um die globale Umweltqualität geht. Nur für 1% der Befragten gilt diese ferne Umwelt als „sehr gut“, während 17% die Umwelt der eigenen Gemeinde als „sehr gut“ einschätzen. Komplementär halten 80% die globalen Umweltzustände für „sehr schlecht“ oder „eher schlecht“, bei der lokalen Umwelt kommen nur 18% zu einem negativen Urteil.

Was können die Ursachen für diese auffällige Divergenz in den Urteilen sein. Internationale Studien haben gezeigt, dass dieses charakteristische Entfernungsgefälle im Prinzip in allen Ländern dieser Welt besteht. Immer gilt die lokale Umwelt als ganz passabel und es ist die Umwelt in der Ferne, die

man als belastet und gefährdet wahrnimmt. In dieses Bild passt, dass das Entfernungsgefälle unabhängig von Alter, Geschlecht, Bildung oder anderen soziodemographischen Variablen besteht. Zwar steigt beispielsweise die kritische Bewertung der Umweltzustände mit dem Bildungsniveau an, doch findet man auf jeder Bildungsstufe wieder die gleichen strukturellen Differenzen von Nahbeurteilung und Fernbeurteilung. Immer ist es die Umwelt in der Ferne, die man in schlechtem Zustand vermutet. In den Augen aller Gruppen der Bevölkerung ist lokal, hier und jetzt, eigentlich relativ wenig zu tun, es ist die weit entfernte, die globale Umwelt, wo dringlich gehandelt werden muss.

4.3 Umweltprobleme im eigenen Wohnumfeld und in der eigenen Gemeinde

Ob man sich in seinem eigenen Wohnumfeld durch schlechte Luft, Autoabgase, Autoverkehrslärm oder Flugverkehr belastet fühlt, ist naturgemäß sehr stark von der Lage der eigenen Wohnung abhängig. Insbesondere Lärm ist ein Umweltproblem, das räumlich sehr ungleich verteilt ist. Während die Anwohner von viel befahrenen Durchgangsstraßen erheblich unter Lärm zu leiden haben, sind die Anwohner ruhiger Wohnstraßen kaum von Lärm betroffen und diejenigen, die an der Peripherie im Grünen wohnen, fühlen sich vielleicht durch Lärm in keiner Weise gestört.

Erstmals haben wir in dieser Studie um ein Gesamturteil über die Lärmbelastung in den letzten 12 Monaten gebeten. Die Ergebnisse zeigen, dass Lärm für einen nicht unbeträchtlichen Anteil der Bevölkerung ein erhebliches Problem ist.

Tabelle 10: Lärmbelastigung in den letzten 12 Monaten insgesamt

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
Äußerst gestört und belästigt	2	2	2
Stark gestört und belästigt	9	8	10
Mittelmäßig gestört und belästigt	25	25	22
Etwas gestört und belästigt	33	33	36
Überhaupt nicht gestört und belästigt	31	32	30

Frage: Wenn Sie einmal an die letzten 12 Monate hier bei Ihnen denken, wie stark haben Sie sich durch den Lärm insgesamt gestört oder belästigt gefühlt?

Die Prozentzahlen von belasteten Personen wirken zunächst nur wenig dramatisch, doch sollte man berücksichtigen, dass viele Bürgerinnen und Bürger in ruhigen Wohnstraßen, in Randbezirken der Städte oder auf dem Land wohnen und deshalb kaum betroffen sein können.

Die differenzierte Betrachtung der Belastungsquellen im Wohnumfeld zeigt, dass Straßenverkehrslärm und Autoabgase mit Abstand als die stärksten Belastungsquellen wahrgenommen werden. Gegenüber der 2000er Studie ergeben sich nur geringfügige Verschiebungen, z.B. fühlten sich 2000 19% durch Straßenverkehrslärm „stark gestört“ oder „äußerst gestört“, während es 2002 17% sind. Entsprechend angestiegen ist die Anzahl der Personen, die sich überhaupt nicht gestört fühlen.

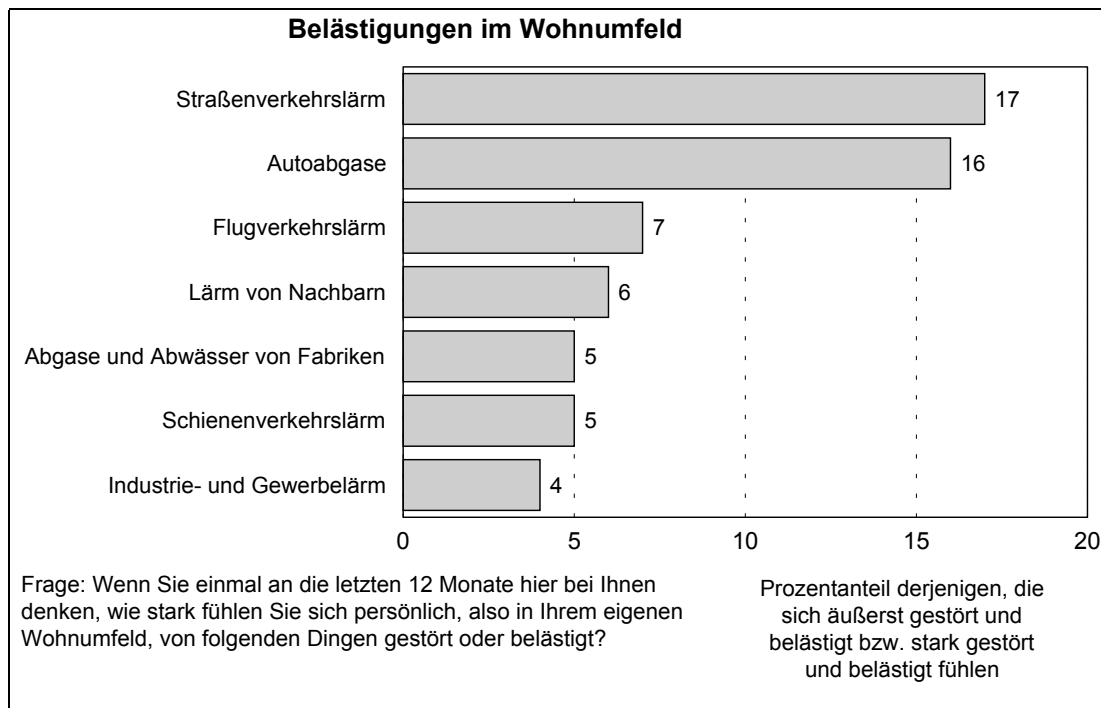


Tabelle 11: Belästigungen im Wohnumfeld

Angaben in %	Erhebung 2002					Mittelwert
	äußerst gestört und belästigt	stark gestört und belästigt	mittelmäßig gestört und belästigt	etwas gestört und belästigt	überhaupt nicht gestört und belästigt	
Straßenverkehrslärm	5	12	20	28	35	3,75
Autoabgase	5	11	19	26	39	3,84
Lärm von Nachbarn	2	4	11	23	60	4,34
Flugverkehrslärm	2	5	9	21	63	4,36
Abgase und Abwässer von Fabriken	2	3	8	15	72	4,52
Industrie- und Gewerbelärm	1	3	8	15	73	4,55
Schienenverkehrslärm	1	4	7	11	77	4,59

Frage: Wenn Sie einmal an die letzten 12 Monate hier bei Ihnen denken, wie stark fühlen Sie sich persönlich, also in Ihrem eigenen Wohnumfeld, von folgenden Dingen gestört oder belästigt?

In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=äußerst gestört und belästigt bis 5=überhaupt nicht gestört und belästigt. Je kleiner der Mittelwert, desto stärker also die empfundene Belästigung.

Auf den ersten Blick scheinen die Prozentanteile derjenigen, die sich über Lärm, schlechte Luft oder Abgase in ihrem eigenen Wohnumfeld beklagen, nicht sonderlich hoch zu sein (vgl. Tabelle 11). Durchweg sind es weniger als 20%, die sich „stark“ oder „sehr stark“ belästigt fühlen. Zwischen den einzelnen Belastungsquellen bestehen allerdings, wie ein Blick in die Spalte „fühle mich überhaupt nicht gestört“ zeigt, erhebliche Unterschiede: So urteilen 63% über den Flugverkehrslärm und 77% über den Schienenverkehrslärm, aber nur 35% über den Straßenverkehrslärm. Die Zeitreihe (Tabelle 12) zeigt, dass seit 1991 die Einstufung des Straßenverkehrslärms wie auch des Flugverkehrslärms als Belastungsquelle zunächst zurückgegangen, dann aber seit 1996 wieder angestiegen ist. Anders verhält es sich mit Industrie- und Gewerbelärm und besonders mit Schienenverkehrslärm. Diese Formen des Lärms werden heute von mehr Personen als Belastung empfunden. Der Ost-West-Vergleich zeigt keine größeren Unterschiede, lediglich beim Industrie- und Gewerbelärm gibt es im Osten weniger Belastungen.

Insgesamt muss man aber feststellen, dass nach den Verbesserungen, welche die Bürger von Beginn bis Mitte der 1990er Jahre konstatierten, keine wesentlichen Änderungen mehr eingetreten sind. Seit 1996 sind die Zahlen der sich belastet fühlenden Personen nahezu konstant bzw. sogar leicht ansteigend. Dabei ist es vor allem der Straßenverkehr mit seinem Lärm und seinen Abgasen, der im eigenen Wohnumfeld als Quelle von Belästigung empfunden wird.

Tabelle 12: Belästigungen im Wohnumfeld (Zeitreihe)

Anteil der Befragten in %, die sich äußerst oder stark gestört und belästigt fühlen durch...	Jahr							
	91	92	93	94	96	98	00	02
BEFRAGTE GESAMT								
Autoabgase					14	12	19	16
Straßenverkehrslärm	22	23	23	20	14	15	17	17
Abgase und Abwässer von Fabriken					4	2	6	5
Lärm von Nachbarn							6	6
Flugverkehrslärm	15	14	11	10	5	4	5	7
Schienenverkehrslärm	4	3	4	3	2	2	5	5
Industrie- und Gewerbelärm	3	3	3	3	2	2	4	4

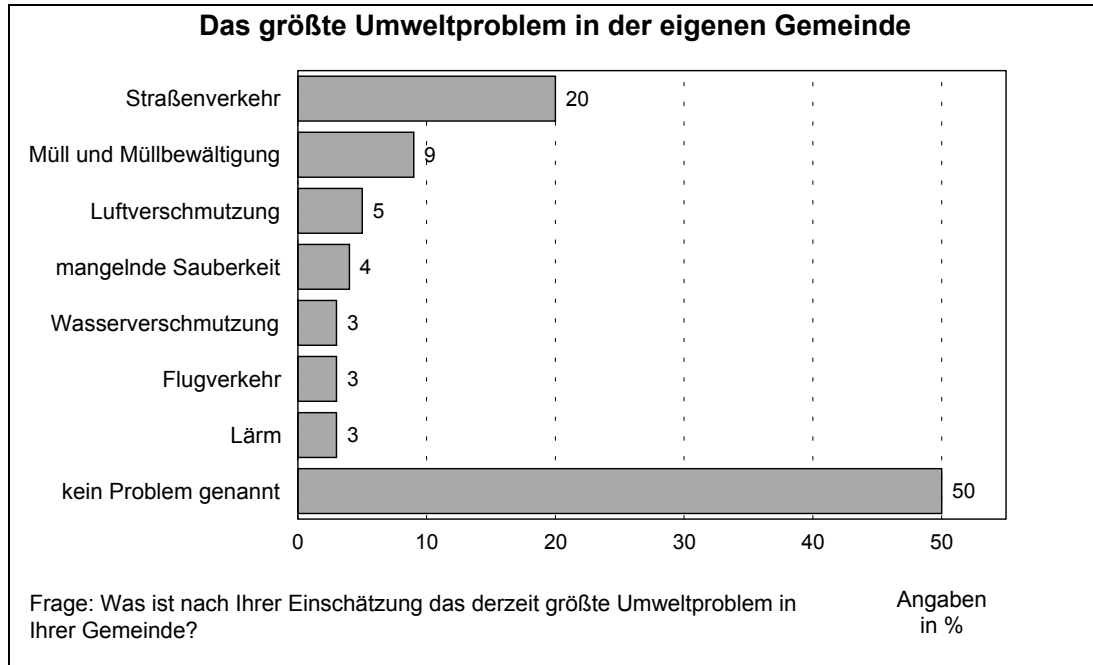
* Die Skalierung wurde bei der 2000er Studie wegen der Angleichung an internationale Instrumente verändert. 1998 und 1996 wurde der Grad der Belästigung mit einer dreistufigen Skala („stark“, „nicht so stark“, „gar nicht“) erfasst, nun wird eine fünfstufige Skala („äußerst stark belästigt“, „stark“, „mittelmäßig“, „etwas“, „überhaupt nicht belästigt“) eingesetzt.

Betrachtet man die empfundenen Belästigungen in Abhängigkeit von der jeweiligen Wohnlage, ergibt sich ein erheblich verändertes Bild: Gut jeder Zweite, der sich durch Lärm stark oder äußerst stark belästigt fühlt, wohnt an einer stark befahrenen Hauptstraße.

Tabelle 13: Belästigungen durch Straßenverkehr in Abhängigkeit von der Wohnlage

Anteile in % der Befragten, die angeben, sie fühlten sich äußerst gestört und belästigt bzw. stark gestört und belästigt	Erhebung 2002			
	<i>stark befahrene Hauptverkehrsstraße</i>	<i>innerstädtische Straße mit durchschnittlichem Verkehr</i>	<i>innerstädtische Straße mit wenig Verkehr</i>	<i>ruhige Wohnstraße</i>
Autoabgase	40	22	16	7
Straßenverkehrslärm	53	25	13	7

Was ist das größte Umweltproblem in der Gemeinde, in der die Befragten wohnen? Wir haben die Frage bewusst offen, d. h. ohne Vorgabe von Antworten gestellt, um zu erfahren, welche Probleme den Befragten spontan in den Sinn kommen. Etwa die Hälfte benennt kein Problem, was man als Indikator dafür werten kann, dass es zumindest aktuell kein Umweltproblem in der Gemeinde gibt, das so brisant ist und das so heiß diskutiert wird, dass es den Befragten sofort in den Sinn kommt.



Unter den von der anderen Hälfte der Befragten genannten Problemen rangiert der „Straßenverkehr“ mit großem Abstand an der Spitze, gefolgt von den Problemen „Luftverschmutzung“ und „Müll und Müllbewältigung“. Die Zahlen ähneln denen von 2000, damals wie heute führt der „Straßenverkehr“ mit Abstand die Problemliste an, das Problem „Müll/Müllbewältigung“ hat sich vom dritten auf den

zweiten Platz vorgeschoben und weist auch einen absoluten Zuwachs der Nennungen von 6% auf 9% auf. Hintergrund für diese Steigerung könnten die zu Beginn des Jahres 2002 häufigen Medienberichte über die Kölner Müllverbrennungsanlage und die Vorkommnisse bei ihrer Finanzierung sein.

4.4 Gesundheitsbelastungen durch Umweltprobleme

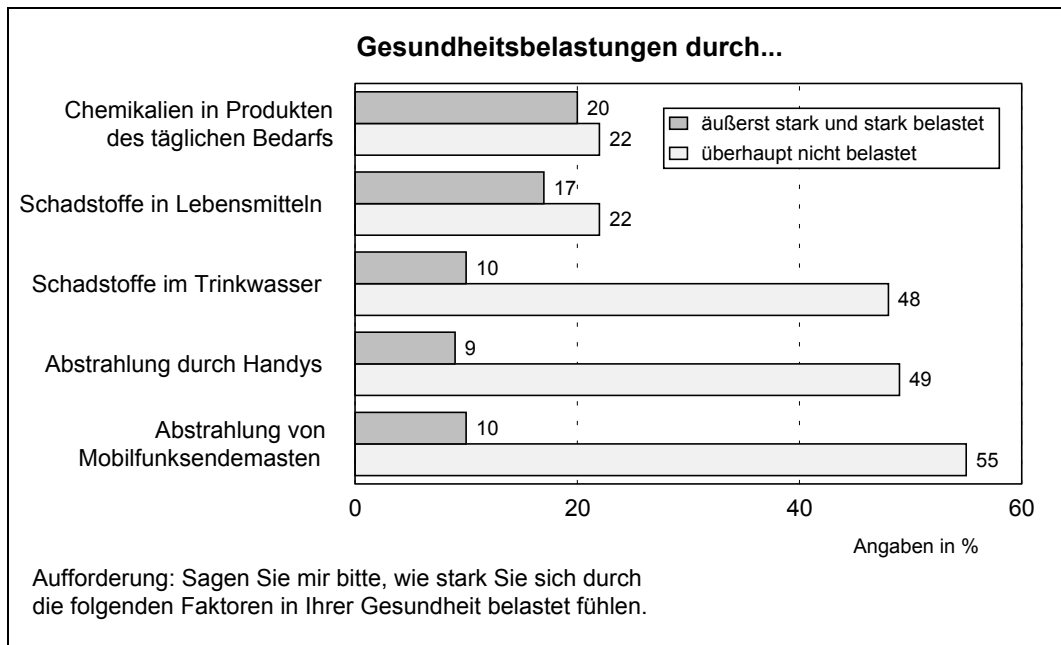
Umweltprobleme können negative Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit haben. Diese Erkenntnis ist mittlerweile zum Common Sense geworden. In welchem Ausmaß führt heute die Bevölkerung gesundheitliche Belastungen auf Umweltprobleme zurück? Etwa jeder Vierte glaubt, dass die eigene Gesundheit hier und jetzt durch Umweltprobleme stark oder sehr stark belastet ist. Etwa die Hälfte der Bürger sieht sich wenig belastet und das restliche Viertel überhaupt nicht. Die Zahlen sind fast identisch mit denen aus dem Jahr 2000. Während im Zeitvergleich bei vielen Fragen (etwa bei der Bewertung der lokalen, nationalen und globalen Umweltqualität) ein leichter Trend zur Entdramatisierung besteht, hat sich bei der Einschätzung der Gesundheitsbelastung also nichts geändert. Nach wie vor ist es ein nicht unbeträchtlicher Teil der Bevölkerung, der Umweltprobleme als Verursacher für eigene starke Gesundheitsbelastungen ausmacht.

Tabelle 14: Belastung der Gesundheit durch Umweltprobleme

Angaben in %	Erhebung 2002			
	sehr stark	stark	wenig	überhaupt nicht
Wie stark, glauben Sie, belasten Umweltprobleme derzeit Ihre Gesundheit?	4	19	54	23

Fragt man nach, durch welche Faktoren im Einzelnen man die Gesundheit belastet fühlt, führen Chemikalien in Produkten des täglichen Bedarfs und Schadstoffe in Lebensmitteln die Rangfolge an. Auch die Abstrahlung von Mobilfunkmasten und Handys wird von einer beträchtlichen Zahl von Personen - immerhin 10% - als Quelle starker Gesundheitsbelastungen wahrgenommen. Die folgende Grafik stellt die Prozentsätze der subjektiv stark Belasteten denjenigen der überhaupt nicht Belasteten gegenüber. Anders als man vielleicht vermuten würde, unterscheiden sich die Geschlechter nicht hinsichtlich der empfundenen Gesundheitsbelastungen. Auch das Einkommen spielt in dieser Hinsicht keine Rolle, hingegen wohl das Bildungsniveau: Mit steigender Bildung steigt auch das Gefühl gesundheitlicher Belastung durch Umweltprobleme. In kleinen Gemeinden bis 20 Tausend Einwohner ist die empfundene Belastung deutlich geringer, in Großstädten ist sie hingegen höher.

Umweltprobleme werden vor allem als *Zukunftsprobleme* wahrgenommen, heute sind die Verhältnisse noch ganz okay, aber in Zukunft hat man mit Schlimmem zu rechnen. Wie eine Schere gehen die Urteile auseinander, wenn man die heutige Gefährdung und die für die Zukunft antizipierten gesundheitlichen Gefährdungen miteinander vergleicht. Schon für die nächsten 25 Jahre erwarten 67%, dass von Umweltproblemen starke und sehr starke gesundheitliche Belastungen ausgehen. Sind es heute noch 23% der Befragten, die sich überhaupt nicht belastet fühlen, so rechnet für die Zukunft nur noch eine 4%-Minderheit damit unbelastet davon zu kommen. Offenkundig handelt es sich hier um eine Art selbstbezügliche Kassandraruhe. Pessimistisch verkündet man sich selbst (und anderen) den Untergang, was aber im Gegensatz zur historischen Cassandra nun nicht etwa auf Unglauben stößt und für übertrieben gehalten wird, sondern man ist vom Eintreffen der Katastrophe überzeugt, verschiebt die Gegenmaßnahmen aber auf morgen oder übermorgen.



Im Vergleich zu 2000 sind die Daten für die heute empfundenen Gesundheitsbelastungen gleich geblieben, während die entsprechenden Zahlen für die antizipierten zukünftigen Belastungen leicht zurückgegangen sind. Vor zwei Jahren erwarteten noch 72% in der Zukunft starke oder sehr starke Belastungen durch Umweltprobleme, heute sind es nur noch 67%. Umgekehrt erwarteten 2000 nur 2% überhaupt keine persönlichen Gesundheitsbelastungen, heute sind es 4%. Dies sind gewiss keine bedeutenden Verschiebungen, aber das Ergebnis ist doch ein weiterer Indikator für den schon erwähnten leichten Trend zur Entdramatisierung.

Tabelle 15: Belastung der Gesundheit von Kindern und Enkeln durch Umweltprobleme

Angaben in %	Erhebung 2002			
	sehr stark	stark	wenig	überhaupt nicht
Wie stark werden Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?	17	50	29	4

Frage: Wie stark werden Umweltprobleme die Gesundheit unserer Kinder und Enkelkinder belasten – sagen wir, in den nächsten 25 Jahren?

Allergische Erkrankungen werden von der Bevölkerung in starkem Maße auf Umweltprobleme zurückgeführt. In der 2000er Studie hatten wir das Thema Allergien sehr ausführlich abgefragt, 89% waren seinerzeit davon überzeugt, dass allergische Erkrankungen umweltbedingt sind. Eine große Anzahl von Personen besitzt Erfahrungen mit Allergien: 17% sind selbst von einer Allergie betroffen und bei 19% ist ein Mitglied des eigenen Haushaltes betroffen. Die Ergebnistabelle der persönlichen Betroffenheit von Allergien weist in der Summe mehr als 100% aus, da Mehrfachnennungen möglich waren, d.h. es kann beispielsweise ein Befragter selbst und ebenfalls ein Mitglied seines Haushaltes oder eine Person aus dem Freundes- und Bekanntenkreis allergiekrank sein. Generell sind die Quoten im Westen leicht höher als im Osten, ein Tatbestand, den wir schon 2000 festgestellt haben. Offenkundig sind allergische Erkrankungen heute noch stärker ein Problem als vor zwei Jahren. Gaben damals noch 51% an, dass sie niemanden persönlich kennen, der von Allergien betroffen ist, so sind es heute nur 42%, die gar nicht mit Allergien konfrontiert sind. Die Betroffenheit von Allergien korreliert eng mit der Ortsgröße, in Großstädten mit mehr als 500 Tausend Einwohnern ist sie am größten, in kleinen Gemeinden oder Kleinstädten mit weniger als 5000 Einwohnern am geringsten.

Tabelle 16: Persönliche Erfahrung mit allergischen Erkrankungen

Angaben in % (Mehrfachnennungen möglich)	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
ja, ich bin selbst Betroffen.	17	17	17
ja, ein Mitglied meines Haushaltes ist Betroffen.	19	19	18
ja, in meinem engeren Freundeskreis gibt es Betroffene.	18	19	16
ja, im weiteren Bekanntenkreis gibt es Betroffene	21	21	18
nein, ich kenne niemanden persönlich, der von allergischen Erkrankungen betroffen ist.	42	41	47

Frage: Haben Sie in den letzten drei Jahren persönliche Erfahrungen mit allergischen Erkrankungen gemacht, d.h. sind Sie selbst oder jemand in Ihrem persönlichen Umfeld von solchen Erkrankungen betroffen, und wenn ja, um wen handelt es sich dabei?

Die Zahl der von Allergien Betroffenen ist erschreckend hoch. Für immerhin 36% gehören Erkrankungen dieser Art zum Alltag, denn sie sind entweder selbst betroffen oder ein Mitglied des Haushaltes ist betroffen. Dabei ist der Schweregrad natürlich sehr unterschiedlich. Während sich 22% der Betroffenen in ihrer Gesamtbefindlichkeit gar nicht beeinträchtigt fühlen, geben 18% an „stark“ oder „sehr stark“ unter der Erkrankung zu leiden.

Tabelle 17: Beeinträchtigung der Befindlichkeit durch Allergien

Anteil in % der Befragten, die zuvor angaben, sie selbst oder ein Mitglied ihres Haushaltes sei von Allergien betroffen	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
sehr stark beeinträchtigt	3	3	4
stark beeinträchtigt	15	14	16
mittel beeinträchtigt	33	32	36
kaum beeinträchtigt	27	28	24
gar nicht beeinträchtigt	22	23	20

Frage: Wie sehr sind Sie in Ihrer Gesamtbefindlichkeit durch Ihre eigene bzw. die Allergie Ihrer Haushaltsmitglieder beeinträchtigt?

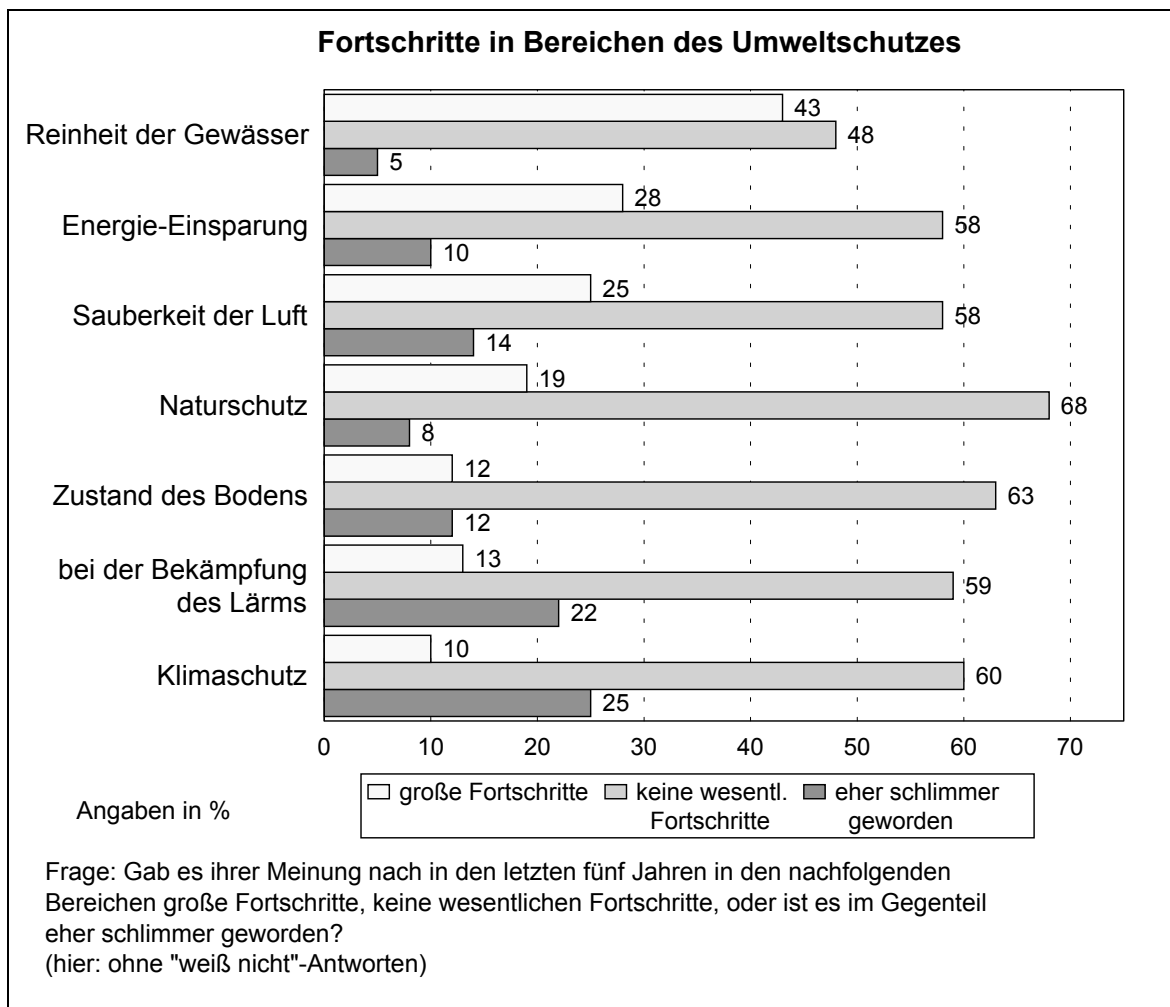
4.5 Wahrgenommene Fortschritte im Umweltschutz

Wird die Umweltsituation in Deutschland besser oder verschlechtert sie sich sogar? Hier geht es wohlgerne nicht um Messwerte und harte Daten, wie sie beispielsweise in den „Daten zur Umwelt“ des Umweltbundesamtes nachgelesen werden können, sondern um die *Wahrnehmung* von Fortschritten und Verbesserungen durch die Bevölkerung. Nehmen die Bürger und Bürgerinnen diese Fortschritte wahr und in welchen Bereichen des Umweltschutzes sehen sie solche Verbesserungen? Die unten stehende Grafik zeigt ein sehr differenziertes Bild.

Der Anteil der Befragten, die Fortschritte sehen, bewegt sich zwischen 43% und 10%, also in einer relativ weiten Spannweite. Es ist also nicht so, dass die Bürger alles über einen Kamm scheren und alle Bereiche des Umweltschutzes relativ ähnlich beurteilen. In der Grafik dominieren allerdings die grauen Balken und diese bedeuten „keine wesentliche Veränderung“, d.h. die Mehrheit sieht jeweils eher eine Stagnation in der Umweltsituation. Es hat sich nichts Wesentliches zum Positiven gewendet, aber es ist auch nicht dramatisch schlimmer geworden. Große Fortschritte sieht man noch am ehesten bei der Reinheit der Gewässer. Auch bei der Energieeinsparung und der Sauberkeit der Luft sieht jeder Vierte große Fortschritte. Hingegen überwiegen beim Klimaschutz und bei der Bekämp-

fung des Lärms eher die negativen Sichtweisen. Hier sehen mehr Personen Rückschritte als Fortschritte.

Generell ist bei den Beurteilungen ein Ost-West-Gefälle festzustellen, d.h. die Befragten aus den neuen Ländern nehmen häufiger große Fortschritte in den verschiedenen Feldern des Umweltschutzes wahr als die Befragten in den alten Bundesländern. Das erscheint auf dem Hintergrund der allgemein als schlechter wahrgenommenen Umweltqualität im Osten durchaus plausibel. Hier war die Situation schlecht und sie hat sich in den Augen von vielen Bürgern stark verbessert.



Der Zeitreihenvergleich der Ergebnisse von 1998 und 2000 lässt erkennen, dass sich nur unwesentliche Veränderungen ergeben haben. Auch 2000 wurden vor allem im Bereich des Wasserschutzes und bei der Energieeinsparung große Fortschritte gesehen. Den Bereich des Klimaschutzes beurteilt man heute wie damals am negativsten. Insgesamt nimmt die Mehrheit der Befragten keine wesentli-

chen Veränderungen der Umweltsituation in den letzten fünf Jahren wahr, lediglich beim Schutz der Gewässer sieht es etwas anders aus.

Tabelle 18: Wahrgenommene Verbesserungen/Fortschritte in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung 2002			Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	große Fortschritte	keine wesentlichen Fortschritte	ist eher schlimmer geworden	große Fortschritte	keine wesentlichen Fortschritte	ist eher schlimmer geworden	große Fortschritte	keine wesentlichen Fortschritte	ist eher schlimmer geworden
BEFRAGTE GESAMT									
bei der Reinheit der Gewässer	43	48	5	49	42	5	46	38	5
bei der Energie-Einsparung	28	58	10	30	57	9	34	47	7
bei der Sauberkeit der Luft	25	58	14	24	58	15	30	49	13
beim Naturschutz	19	68	8	-	-	-	-	-	-
bei der Bekämpfung des Lärms	13	59	22	-	-	-	-	-	-
beim Zustand des Bodens	12	63	12	11	61	16	17	52	12
beim Klimaschutz	10	60	25	9	55	31	10	45	31

Frage: Gab es Ihrer Meinung nach in den letzten fünf Jahren in den nachfolgenden Bereichen große Fortschritte, keine wesentlichen Fortschritte, oder ist es im Gegenteil eher schlimmer geworden? Die Weiß-Nicht-Antworten wurden nicht in die Tabelle aufgenommen, so dass sich die Antworten nicht zu 100% addieren.

5 Felder aktueller Umweltpolitik

5.1 Klimaschutz

Im Urteil der Bevölkerung gehört der Klimaschutz zu den wichtigsten umweltpolitischen Aufgaben. Er rangiert auf Platz 3 im Ranking der verschiedenen Bereiche des Umweltschutzes, die den Befragten zur Bewertung vorgelegt wurden. 94% geben an, eine Verringerung des Ausstoßes von klimaschädlichen Gasen sei ihnen „sehr wichtig“ oder „eher wichtig“. Nur die Reinhaltung von Wasser, Luft und Gewässern bzw. der sparsame Rohstoffumgang wird von noch mehr Personen für wichtig befunden.

Die zum Teil widersprüchlichen Einschätzungen und Prognosen, die in den Medien über die weitere Veränderung des Klimas zu vernehmen sind, verunsichern nur einen geringen Teil der Befragten. Mehr als drei Viertel der Bevölkerung sind „voll und ganz überzeugt“ oder „ziemlich überzeugt“ davon, dass das häufig prognostizierte Szenario einer Erwärmung der Erdatmosphäre mit der Folge einer Erhöhung des Meeresspiegels und einer Verschiebung von Klimazonen eintreten wird. Ein knappes Viertel zeigt sich hingegen skeptisch. Fragt man nach der Wahrscheinlichkeit des Eintretens verschiedener Szenarien aus dem Bereich Umweltschutz, so nimmt die Erwartung einer spürbaren Erderwärmung die Spitzenposition unter allen Szenarien ein. Kein anderes Szenario wird für gleichermaßen wahrscheinlich gehalten, wie dieses.

Tabelle 19: Eintreten einer Klimaveränderung

Angaben in %	Erhebung 2002			
	voll und ganz überzeugt	ziemlich über- zeugt	wenig über- zeugt	überhaupt nicht überzeugt
Prognostizierte Klimaveränderung tritt ein	27	50	20	3

Frage: Die meisten Klimaforscher sagen eine Erwärmung der Erdatmosphäre voraus. Sie erwarten beispielsweise eine Erhöhung des Meeresspiegels und eine Verschiebung von Klimazonen. Wie sehr sind Sie selbst überzeugt, dass diese prognostizierte Klimaveränderung eintreten wird?

Die Erwartung einer Klimaveränderung ist in allen Altersgruppen gleich ausgeprägt. Es ist also nicht so, dass es sich hierbei etwa um die Ängste von überwiegend älteren Leuten handeln würde. Auffällig ist, dass Personen, die im Umweltschutz engagiert sind, in deutlich höherem Maße eine Klimaveränderung erwarten, als die übrigen Personen. Auch soziodemographische Variablen haben einen Einfluss: Frauen sind eher von einem drohenden Klimawandel überzeugt als Männer. Auch hat die Bildung einen unverkennbaren Effekt, und zwar in der Weise, dass höhere Bildung eher zum Urteil Kli-

maveränderung wird eintreten führt. Diejenigen mit niedrigerer Bildung sind in dieser Frage eher gelassen. Wie lässt es sich erklären, dass Bildung dazu führt, eher mit einem bedrohlichen Klimawandel zu rechnen? Nun, es handelt sich beim Phänomen Klimawandel um ein Zusammenspiel sehr komplexer Vorgänge, die für den Einzelnen nicht leicht verständlich sind. Hier muss man sich schon auf wissenschaftliche Argumentationen verlassen (und sich für diese interessieren) und die wissenschaftliche Diskussion, auch jene, die in den Medien kolportiert wird, ist in ihrem Urteil doch relativ einhellig und prognostiziert einen Klimawandel. So werden gerade Personen mit höherer Bildung, die eher die komplexen Abläufe nachvollziehen können, auch eher der Bewertung der Expertenmehrheit folgen.

Lässt sich der Klimawandel noch durch geeignete Maßnahmen verhindern? Die Meinungen darüber sind sehr geteilt, exakt 50% sind davon überzeugt, dass es wohl doch noch geht, die andere Hälfte ist da eher skeptisch. Insgesamt dominiert eine gewisse Unsicherheit, denn man äußert sich eher moderat und bevorzugt die mittleren Stufen der Antwortskala. Nur relativ wenige Personen, nämlich 9%, sind voll und ganz davon überzeugt, dass man den Klimawandel nicht mehr verhindern kann und nur 4% sind davon „überhaupt nicht überzeugt“. Kritischer geben sich die Umweltengagierten (vgl. hierzu Kapitel 9), von denen 43% voll und ganz der Meinung sind, ein Klimawandel werde eintreten, von den übrigen Personen nehmen dies nur 23% an. Die Engagierten sehen die Zukunft des Klimas aber nicht nur pessimistischer, sondern glauben darüber hinaus eher, dass ein Klimawandel verhindert werden könnte. Es besteht also in dieser Personengruppe der Glaube an die Gestaltbarkeit der Zukunft, gleichzeitig aber eine kritische Prognose, die darauf basiert, dass im weiteren Verlauf die positiven Potenziale einen Wandel zu verhindern nicht ausgeschöpft werden.

Tabelle 20: Kann man den Klimawandel verhindern?

Angaben in %	Erhebung 2002			
	voll und ganz überzeugt	ziemlich über- zeugt	wenig überzeugt	überhaupt nicht überzeugt
Klimawandel kann verhin- dert werden	9	41	44	6

Frage: Die meisten Forscher gehen davon aus, dass der Klimawandel auf menschliche Aktivitäten, vor allem das Verbrennen von Kohle und Öl, zurückzuführen ist. Wie sehr sind Sie davon überzeugt, dass man durch entsprechende Maßnahmen den Klimawandel noch verhindern kann?

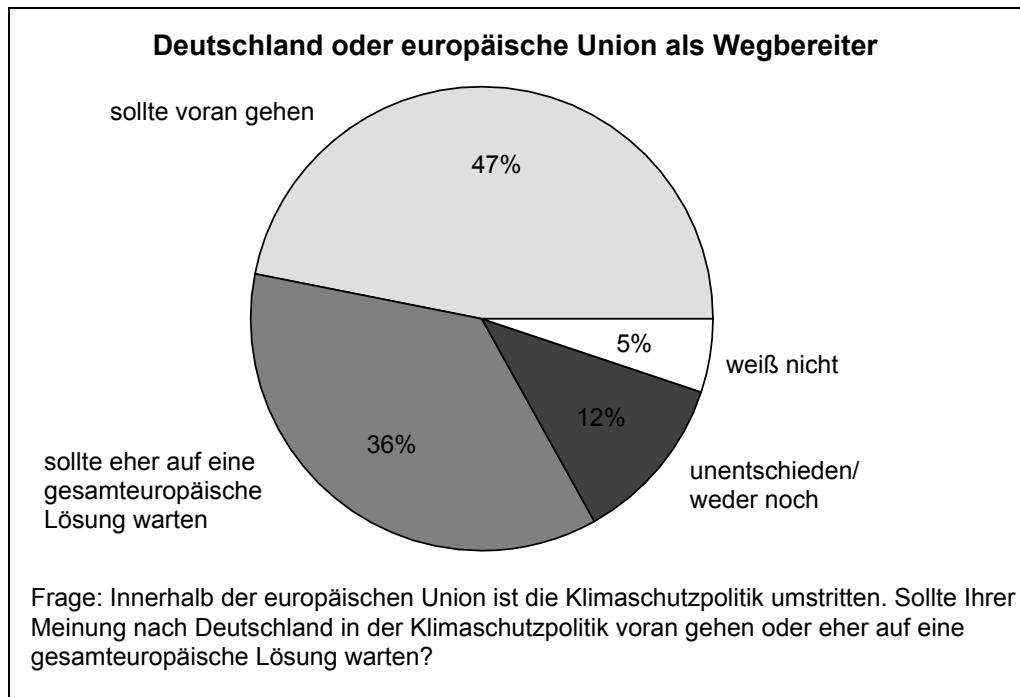
Der Blick auf das Phänomen einer potenziellen Klimaveränderung ist von erheblicher Ängstlichkeit geprägt. Diese Ängstlichkeit äußern die Befragten direkt in einer Frage bezüglich der eigenen Gefährdung durch Gefahrenpotenziale aus Umweltproblemen. 46% halten demnach die Bedrohung durch eine weltweite Klimaveränderung für „äußerst gefährlich“ oder „sehr gefährlich“ für sich persönlich und

für die eigene Familie. Lediglich von Atomkraftwerken und dem durch sie entstehenden radioaktiven Müll geht für die Bürger eine stärkere Bedrohung als vom Klimawandel aus. Vergleicht man die verschiedenen Altersgruppen, empfinden die jungen Erwachsenen zwischen 18 und 19 Jahren die mit Abstand geringste Bedrohung, was ein wenig verwundert, zumal diese doch diejenigen sein werden, die von dem Langzeitphänomen Treibhauseffekt wahrscheinlich am meisten betroffen wären. Hier ist vermutlich jugendliche Unbeschwertheit der Hintergrund. Eher unbesorgt zeigen sich auch Personen im Rentenalter, die wohl realistisch kalkulieren und keine entscheidenden Veränderungen in kurzer Zeit erwarten. Die größten Befürchtungen hegen dagegen Personen mittleren Alters, die sich derzeit in einer familialen Lebensphase befinden. Sowohl junge Familien mit Kleinkindern als auch Familien mit älteren Kindern und ohne Kinder, sowie Alleinerziehende fühlen sich am meisten bedroht.

Im Vergleich zur 2000er Studie hat die Angst vor Klimaveränderungen aber abgenommen. Damals antworteten noch 58%, dass sie die Klimaveränderung für „sehr gefährlich“ oder „äußerst gefährlich“ halten würden. Die Abnahme auf jetzt nur noch 46% kann aber schwerlich auf von den Befragten empfundene Verbesserungen im Bereich des Klimaschutzes zurückgeführt werden. Das heißt, die Angst nimmt nicht deshalb geringfügig ab, weil die Gefahrenursache als beseitigt gilt. Vielmehr ist der Klimaschutz immer noch der Bereich, in welchem in den Augen der Bevölkerung die magersten Fortschritte in den letzten fünf Jahren erzielt wurden. Fragt man nämlich nach den empfundenen Fortschritten in verschiedenen Bereichen des Umweltschutzes, so landet der Klimaschutz auf dem letzten Platz. Nur 10% der befragten Personen verzeichneten dort relevante Fortschritte. Das, was der „Rat von Sachverständigen für Umweltfragen“ in seinem Umweltgutachten als „persistentes Umweltproblem“ bezeichnet, mit anderen Worten solche Probleme, für die trotz langanhaltender zumeist staatlicher Maßnahmen keine Verbesserung zu verzeichnen sind, trifft in ganz besonderer Weise auf den Klimaschutz zu. Ein weiteres Indiz für den hohen beigemessenen Stellenwert ist auch die Tatsache, dass aktuell über ein Viertel der Befragten, 27%, der Ansicht sind, die Mehreinnahmen im Rahmen der Ökosteuer sollten für Maßnahmen des Klimaschutzes eingesetzt werden.

Wie schon im Jahre 2000 sieht nur jede zehnte Person große Fortschritte im Klimaschutz. Aber, weniger Personen als in der letzten Untersuchung glauben heute, die Lage habe sich verschlimmert. So negativ urteilen nur noch 25% statt zuvor 31%. Die Mehrheit von nahezu zwei Dritteln der Befragten sieht in den letzten fünf Jahren eine Stagnation. In keinem anderen Bereich werden die Umweltschutzfortschritte, die bisher vollbracht wurden, geringer eingeschätzt.

Um den Gefahren einer globalen Klimaveränderung entgegenzutreten, befürworten viele Bürger, dass Deutschland in der Klimapolitik voran gehen sollte. Diesen 47% stehen 36% gegenüber, die eher auf eine europäische Lösung warten wollen. Mit anderen Worten befürwortet die knappe Hälfte der Bevölkerung eine klimapolitische Vorreiterrolle Deutschlands.



Diese Ansicht kann durchaus als eine Aufforderung zum Handeln interpretiert werden. Angesichts der sich verdichtenden Anzeichen für Klimaveränderungen und der unterstellten Auswirkungen einer zunehmenden CO₂-Konzentration in der Atmosphäre scheint für viele das Abwarten kein geeignetes Mittel zu sein.

Wenn schon ein Klimawandel eintritt, kann Deutschland dann die Folgen bewältigen? Hier sind die Meinungen gespalten: 60% sind eher skeptisch - 40% geben sich optimistisch und glauben, die Folgeprobleme seien in den Griff zu bekommen. Die Befragten aus den nördlichen, an Nord- oder Ostsee angrenzenden Bundesländern haben dabei nicht unbedingt die besorgteren Werte. Zwar ist die Angst in Bremen und Mecklenburg-Vorpommern am größten, danach folgen aber Sachsen und Berlin. Es kann also nicht die Sorge um den Anstieg des Meeresspiegels sein, die hier als Angstursache Nummer 1 in Betracht kommt. Wer allerdings eher überzeugt ist, der Klimawandel lasse sich nicht verhindern, schätzt auch eher die Folgeprobleme und deren Bewältigung für schwieriger ein. Etwa nach dem Motto: Es ist eh unwahrscheinlich, dass es wirklich eine Klimaveränderung gibt, aber wenn,

dann werden wir schon damit fertig werden. Nach alten und neuen Bundesländern lassen sich keine Unterschiede feststellen.

Tabelle 21: Bewältigung der Folgeprobleme in Deutschland

Angaben in %	Erhebung 2002			
	voll und ganz überzeugt	ziemlich über- zeugt	Wenig über- zeugt	überhaupt nicht überzeugt
Bewältigung der Folgeprobleme	4	36	51	9

Frage: Einmal angenommen, dass der Klimawandel nicht mehr zu verhindern ist. Wie sehr sind Sie davon überzeugt, dass wir in Deutschland die aus dem Klimawandel folgenden Probleme bewältigen können?

Mit der Rolle Deutschlands bei Klimakonferenzen sind lediglich 19% der Befragten unzufrieden. Ein gutes Viertel (26%) zeigt sich „sehr zufrieden“ oder „zufrieden“. Eine relativ große Gruppe von 14% antwortet mit „weiß nicht“, ihnen ist diese Thematik nicht genau bekannt. Der große Anteil dieser Kategorie und die zahlreichen Unentschlossenen (41%) deuten darauf hin, dass ein gewisses Informationsdefizit hinsichtlich der Rolle der Bundesregierung auf internationalen Klimakonferenzen besteht.

Die Gruppe der Unzufriedenen lässt sich nicht genau zuordnen. Einigen mag die Bundesregierung zu aktiv vorzugehen, einigen zu passiv. Da aber auf die Frage, ob die Bundesregierung mehr für den Umweltschutz tun sollte, nur 3% mit „nein“ antworten, kann auch an dieser Stelle davon ausgegangen werden, dass den Unzufriedenen meist noch zu wenig in Richtung Klimaschutz unternommen wird.

Tabelle 22: Bewertung der Rolle Deutschlands bei Klimakonferenzen

Angaben in %	Erhebung 2002					
	sehr zufrieden	zufrieden	teils/teils	eher unzufrieden	sehr unzufrieden	weiß nicht
Rolle Deutschlands	3	23	41	15	4	14

Frage: Um den Treibhauseffekt und Klimaveränderungen in den Griff zu bekommen, wurde auf den Weltklimakonferenzen, z.B. in Rio, Kyoto oder Bonn, versucht, international verbindliche Regelungen zur Verringerung des Ausstoßes von Kohlendioxid und Treibhausgasen zu treffen. Wie beurteilen Sie, aus Ihrer Sicht, die Rolle Deutschlands bei den bisherigen Klimakonferenzen?

5.2 Naturschutz

Der Naturschutz gehört zu den Schwerpunkten gegenwärtiger Umweltpolitik, was u.a. auch in der Verabschiedung des neuen Naturschutzgesetzes zum Ausdruck kommt. Der Fragebogen enthielt in

diesem Jahr erstmals eine Reihe von Fragen zum Naturschutz, ferner wurde allgemein nach grundlegenden Bildern von Natur gefragt.

Tabelle 23: Einstellungen zur Natur und zum Naturschutz

Angaben in %	Erhebung 2002				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Der Mensch sollte die Natur achten, weil nicht nur der Mensch, sondern auch Tiere und Pflanzen ein Lebensrecht haben.	52	37	9	2	0
Der Schutz der Natur nutzt den Menschen, weil man nie wissen kann, ob bestimmte Pflanzenarten nicht noch einmal wichtig für die Menschen und die Wirtschaft werden.	41	42	15	2	0
Die Natur wäre in Harmonie und Frieden, wenn der Mensch sie nur in Ruhe ließe.	32	40	22	5	1
Im Zweifelsfall, z.B. wenn es um die Ausbeutung von Rohstoffen geht, muss der Naturschutz zurückstehen	2	15	30	35	18

Frage: Es folgen nun einige Aussagen zum Thema Natur. Bitte geben Sie an, für wie zutreffend Sie die folgenden Aussagen halten:

Der grundlegenden Aussage, der Mensch solle die Natur achten, stimmen fast alle Befragten zu. Lediglich 11% sind sich unsicher oder sind eher dagegen. Pflanzen und Tieren ein eigenständiges Lebensrecht zuzugestehen, scheint somit eine allgemein legitimierte Konsensmeinung zu sein. Neben dem ethisch begründeten Lebensrecht für Tiere und Pflanzen spielt für viele Personen die potenzielle (wirtschaftliche) Verwertbarkeit von Tieren und Pflanzen eine wichtige Rolle. Auch dies ist für mehr als 80% ein wichtiger Grund, um die biologische Vielfalt zu erhalten.

In der dritten Aussage wird der Mensch als Ursache von Naturstörungen ausgemacht. Wenn der Mensch nicht auf diesem Planeten vorhanden wäre, dann würde die Natur in Harmonie und Frieden existieren. 72% können sich dieser Aussage anschließen, 22% sind unsicher über die Stellung des Menschen in der Natur. Diese sehr harmonische, romantisierende Sichtweise von Natur ist durchaus charakteristisch für die Deutschen. Schon früher hatten international vergleichende Untersuchungen gezeigt, dass diese Harmoniehaltung in Deutschland wesentlich weiter verbreitet ist als in anderen europäischen Ländern.

So einig man sich bei der allgemeinen Einstellung zur Natur auch ist, wenn es um die Frage wirtschaftliche Interessen oder Naturschutz geht, differieren die Meinungen doch stark. Ist dem Naturschutz oder der Gewinnung von Rohstoffen der Vorrang zu geben? Wird dem einen Komplex ein Primat über den anderen zugewiesen? 53% der befragten Personen würden im Zweifelsfall der Natur bzw. dem Naturschutz Vorrang gewähren. 17% dagegen würden sich wünschen, der Naturschutz müsse in einem Konfliktfall zurückstehen. Nahezu ein Drittel will sich nicht pauschal festlegen und antwortet mit „teils-teils“.

Insgesamt kann also ein hohes Maß an Sensibilisierung gegenüber dem Naturschutz festgestellt werden. Grundlegende positive Einstellungen gegenüber der Natur finden in hohem Maße Zuspruch. Darüber hinaus wird der Mensch klar als Feind Nr.1 der Natur ausgemacht. Nimmt der Naturschutz allerdings eine behindernde Rolle ein, wird die Phalanx des Primates der Umwelt schmaler, bleibt jedoch Mehrheitsmeinung.

Anfang des Jahres 2002 trat das von der rot-grünen Bundesregierung beschlossene neue Naturschutzgesetz in Kraft. Diese Gesetzesnovelle des Bundesnaturschutzgesetzes löste die bestehende Gesetzgebung aus dem Jahre 1976 ab. Wir haben nun gefragt, ob dieses neue Gesetz der Bevölkerung bekannt ist. Insgesamt geben 31% an, vom neuen Gesetz gehört zu haben. Die Bekanntheit variiert deutlich zwischen den alten und den neuen Bundesländern. Einem Bekanntheitsgrad von 33% in den alten Bundesländern stehen 22% in den neuen Bundesländern gegenüber. Ferner hängt der Bekanntheitsgrad maßgeblich vom Bildungsstand ab: Je höher die Bildung, desto häufiger ist das neue Gesetz bekannt. Zudem ist das Wissen um das Naturschutzgesetz unter Umweltengagierten weitaus höher. 62% der Engagierten kennen das Gesetz, dagegen nur 23% der weniger Engagierten. Unter den Umweltengagierten mit hoher Bildung sind es sogar 67%, die Bescheid wissen. Obwohl das Bundesnaturschutzgesetz direkt auch Landwirte betrifft, ist es lediglich 20% der selbständigen Landwirte bekannt.

Tabelle 24: Bekanntheit des neuen Naturschutzgesetzes

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
Ja, schon davon gehört	31	33	22
Nein, noch nichts davon gehört	54	52	63
Weiß nicht	15	15	15

Frage: Der Bundestag hat ein neues Bundesnaturschutzgesetz beschlossen, durch das die Lebensmöglichkeiten für wildlebende Pflanzen und Tiere ausgeweitet, die Landwirtschaft auf

den Naturschutz verpflichtet und die Stellung der Naturschutzverbände gestärkt werden. Haben Sie davon schon einmal gehört?

Die Personen, die angaben, das neue Bundesnaturschutzgesetz zu kennen, wurden anschließend noch danach gefragt, ob sie das Gesetz für sinnvoll halten oder nicht. Lediglich 6% der Befragten verneinen dies. Über alle Parteipräferenzen hinweg herrscht eine breite Zustimmung zur Gesetzesnovellierung.

Tabelle 25: Beurteilung des neuen Naturschutzgesetzes




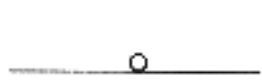
Anteil in % der Befragten, die das Gesetz kennen.	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
Ja, unbedingt	53	54	46
Eher ja	41	40	48
Eher nicht	5	5	6
Nein	1	1	0

Frage: Halten Sie ein solches Gesetz für sinnvoll?

Für den Naturschutz ist es wichtig, welche allgemeinen Sichtweisen von Natur in der Bevölkerung kursieren. Respekt vor der Natur, vor dem Lebensrecht von Tieren und Pflanzen, ist wie oben gezeigt, weitgehend Common Sense und kaum kontrovers. Wie verhält es sich bei kontroversen Themen? Einige Bereiche des Natur- und Umweltschutzes werden mehr als andere von verschiedenen Experten sehr uneinheitlich bewertet. Beispielsweise sind die Gen- und Biotechnologie, der Klimawandel oder Elektrosmog Felder, in denen die Ansichten über das Ausmaß der Gefährdung oder die Voraussagen sehr auseinander gehen. Diese unterschiedlichen Einschätzungen spiegeln sich auch in der Medienlandschaft wieder. Insbesondere in diesen Bereichen des unsicheren Wissens ist es für die Rezipienten dementsprechend schwerer, die Vielfalt der Informationen zu überschauen und sich ein Urteil zu bilden. Die begründete Vermutung lautet nun, dass in solchen Situationen Menschen nicht auf der Basis rationaler Kalküls urteilen, sondern auf allgemeine, in ihnen tief verwurzelte Sichtweisen von Natur zurückgreifen.

Solche fundamentalen, längerfristigen Orientierungen („Denkstile“) sind langlebige und zumeist nicht reflektierte Muster, die sich über einen längeren Prozess in einer Kultur, aber auch beim Einzelnen, herausbilden. Denkstile beeinflussen wiederum die Wahrnehmung. Es setzt also eine Selektion ein, von dem was aufgenommen wird, ebenso wie im Hinblick auf die Art der Verarbeitung des Aufgenommenen. Die amerikanische „Cultural Theory“ (vgl. Thompson/Ellis/Wildavsky 1990) hat ein Konzept entwickelt, das erklären soll, aus welchen Denkstilen heraus die Natur von den Menschen inter-

pretiert und wahrgenommen wird. Der „Cultural Theory“ zufolge werden demnach vier verschiedene Stile unterschieden: „Die strapazierfähige Natur“, „die in Grenzen tolerante Natur“, „die empfindliche Natur“ und schließlich „die unberechenbare Natur“. Die folgende Tabelle stellt die vier Denkstile kurz vor:

1		<p>Die „strapazierfähige Natur“</p> <p>Im Grunde ist die Natur so eingerichtet, dass sie immer wieder ins Lot kommt. Gleichgültig was man macht, der Ball kehrt immer wieder in die Ausgangslage zurück.</p>
2		<p>Die „empfindliche Natur“</p> <p>Die Natur ist sehr empfindlich gegenüber jeder Art von Eingriff. Schon kleine Eingriffe können dazu führen, dass der Ball außer Kontrolle gerät.</p>
3		<p>Die „in Grenzen tolerante Natur“</p> <p>In gewissem Maße können Eingriffe in die Natur erfolgen. Erst wenn ein gewisser Punkt überschritten wird, gerät der Ball außer Kontrolle.</p>
4		<p>Die „unberechenbare Natur“</p> <p>Wenn man Eingriffe in die Natur vornimmt, weiß man nicht, ob das gute oder schlechte Folgen haben wird. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich der Ball bewegen wird.</p>

Die Hälfte der Befragten hält die Natur für in Grenzen belastbar, das sind geringfügig weniger Personen als noch vor zwei Jahren. Genauso wie in der Vorgängeruntersuchung glaubt ein weiteres knappes Viertel, die Natur vergäbe nichts und sei empfindlich gegenüber jeglichen Eingriffen. Ebenfalls nahezu unverändert, bei einem Fünftel liegt der Anteil derjenigen, die Natur für unkalkulierbar halten. Weitaus kleiner ist die Zahl derjenigen, die das Bild der strapazierfähigen, gutmütigen Natur bevorzugen, der man schon einiges zumuten kann, ohne sie aus dem Gleichgewicht zu bringen. Mit 7% ist der Anteil der Anhänger dieses Naturbildes zwar nicht groß, doch hat er sich von vormals 3% mehr als verdoppelt.

Insgesamt betrachtet blieben die Naturvorstellungen in den letzten zwei Jahren recht konstant, dennoch ist eine leichte Tendenz zu erkennen von der vorsichtigen pragmatischen Sichtweise auf die

Natur hin zur sorglosen Naturwahrnehmung, mit entsprechenden Handlungsmöglichkeiten. Interessanter Weise neigen Frauen eher zur Vorstellung unkalkulierbarer Natur und zur Einstellung, die Natur verzeihe nichts. Ein weiterer Effekt geht von der Bildung aus: Je höher der Bildungsgrad, desto häufiger wird die Natur als in Grenzen belastbar empfunden und desto seltener folgt man der Vorstellung einer strapazierfähigen Natur. Einen ähnlichen Zusammenhang findet man bei den Umweltengagierten, auch sie sehen die Natur eher als empfindlich oder als in Grenzen belastbar denn als strapazierfähig.

Tabelle 26: Zustimmung zu den vier Naturbildern der „Cultural Theory“

Angaben in %		Erhebung	
		2002	2000
Die Natur ist in Grenzen tolerant	In gewissem Maße können Eingriffe in die Natur erfolgen. Erst wenn ein gewisser Punkt überschritten wird, gerät der Ball außer Kontrolle.	50	53
Die Natur ist empfindlich	Die Natur ist sehr empfindlich gegenüber jeder Art von Eingriff. Schon kleine Eingriffe können dazu führen, dass der Ball außer Kontrolle gerät.	24	23
Die Natur ist in ihrem Verhalten unberechenbar	Wenn man Eingriffe in die Natur vornimmt, weiß man nicht, ob das gute oder schlechte Folgen haben wird. Es ist nicht vorhersehbar, wie sich der Ball bewegen wird.	19	20
Die Natur ist strapazierfähig	Im Grunde ist die Natur so eingerichtet, dass sie immer wieder ins Lot kommt. Gleichgültig was man macht, der Ball kehrt immer wieder in die Ausgangslage zurück.	7	4

Anweisung: Ich zeige Ihnen jetzt eine Liste mit vier Bildern, die verschiedene Vorstellungen von der Natur ausdrücken. Die Natur ist dabei immer als Ball dargestellt. Bitte zeigen Sie mir von den vier Bildern das Bild, das Ihrer Vorstellung von der Natur am ehesten entspricht. Bitte lesen Sie sich auch die kurzen Erläuterungen neben den Bildern dazu durch.

5.3 Ökologische Steuerreform

Im Jahre 2002 macht es keinen Sinn mehr, wie bei den beiden letzten Studien zum Umweltbewusstsein nach der Bekanntheit des Begriffs „ökologische Steuerreform“ zu fragen. Hatten 1998 lediglich 35% der Befragten von ihr gehört, so waren es im Jahr 2000, nach knapp zwei Jahren rot-grüner Bundesregierung bereits 78%. Schon damals war die ökologische Steuerreform offizielle Politik der Regierung und das Thema in den Medien sehr präsent. Heute ist die Reform weithin bekannt und der Bekanntheitsgrad des Begriffs dürfte mittlerweile die 90%-Schwelle überschritten haben.

Nach den zahlreichen Diskussionen um die Ökosteuer und den entsprechenden Auseinandersetzungen der Parteien ist es wenig verwunderlich, dass die Reform kontrovers beurteilt wird. Wie setzen sich Kritiker und Befürworter der Ökosteuer zusammen? Aus der unten stehenden Tabelle wird ersichtlich, dass etwa die Hälfte der Befragten insgesamt negativ über die ökologische Steuerreform urteilt, ein knappes Drittel ist dafür und 19% zeigen sich unentschlossen. Der hohe Anteil von „weiß nicht“-Antworten verweist auf eine auch aktuell noch bestehende Unübersichtlichkeit und Unsicherheit vieler Bürgerinnen und Bürger hin. Diese Unsicherheit ist keine Frage der Bildung oder des Einkommens. Daher sind dies keine Antworten im Sinne von „habe ich noch nie was von gehört“, sondern eher von „meine Meinungsbildung ist noch nicht abgeschlossen“. Hier ist also noch Informationsarbeit gefragt, um die Mechanismen und Ziele der vollzogenen Steuerwende der Bevölkerung nahe zu bringen und die ökologischen Kerngedanken herauszustellen. In den alten Bundesländern sind die Befürworter zahlreicher als in den neuen. Dort nimmt nur etwa jede fünfte Person eine positive Bewertung vor, während in den alten Ländern fast jeder Dritte positiv eingestellt ist. Von der Gruppe der Umwelt-engagierten wird die ökologische Steuerreform mehrheitlich befürwortet: 54% begrüßen die Reform. Ferner ist die Zustimmung in Städten höher als in kleineren Gemeinden und die Zustimmung wächst mit höherer Bildung stark an. Auch das Einkommen hat einen, allerdings nur schwachen, Effekt: Mit steigendem Einkommen steigt ebenfalls die Zustimmung zur Ökosteuer.

Tabelle 27: Einstellung zur Ökosteuer

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
bin für die Ökosteuer	29	32	18
bin gegen die Ökosteuer	52	49	62
weiß nicht	19	19	20

Frage: Wie Sie vielleicht wissen, ist im Januar diesen Jahres eine weitere Stufe der sogenannten Ökosteuerreform in Kraft getreten. Die Kosten für den Energieverbrauch sind dadurch steuerbedingt angestiegen. Im Gegenzug sinken die Arbeitskosten, d.h. der Rentenbeitrag bei den Lohnnebenkosten wird verringert. Was halten Sie persönlich von der heutigen Ökosteuer?

Um ein detailliertes Bild über die Einstellungen zur Ökosteuer zu erhalten, haben wir den Befragten verschiedene Statements über Aspekte der Ökosteuer zur Bewertung vorgelegt. Einerseits enthielten die Statements hinter der Reform stehende Konzepte, andererseits kursierende Argumentationsfiguren. Insgesamt zeichnet sich ein ambivalentes Bild ab, das einerseits Akzeptanz des Grundprinzips der Reform signalisiert, andererseits Kritik an der konkreten, real existierenden Reform zum Ausdruck bringt. Die höchste Zustimmung erhält das Statement „Es ist nur recht und billig, wenn diejenigen, die

die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen“. 79% der Interviewten stimmen „voll und ganz“ oder „eher“ zu. Obwohl dieses Prinzip der Gerechtigkeit somit von breiten Teilen geteilt wird, befinden 68% der Bevölkerung die Ökosteuer sei sozial ungerecht. Einerseits wird zwar Gerechtigkeit gefordert, aber man sieht sie dann doch mit der Ökosteuer nicht realisiert. Möglicherweise stehen hier zwei verschiedene Arten von Gerechtigkeit – soziale Gerechtigkeit und „Umweltgerechtigkeit“ in Konkurrenz zueinander. Man findet zwar durchaus, dass höherer Umweltverbrauch auch mit mehr Kosten belastet werden soll, aber die Ökosteuer trifft unterschiedliche soziale Gruppen der Bevölkerung verschieden hart und es ist wohl diese *soziale* Ungleichheit, die bei vielen, vor allem den weniger Begüterten, den Ausschlag für das Urteil „ist ungerecht“ gibt.

Tabelle 28: Aussagen zur ökologischen Steuerreform

Angaben in %	Erhebung 2002			
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Es ist nur recht und billig, wenn diejenigen, die die Umwelt in geringerem Maße belasten und etwas für den Umweltschutz tun, weniger Steuern bezahlen.	30	49	16	5
Die ökologische Steuerreform ist sozial ungerecht und dient lediglich dazu, beim Bürger abzukassieren.	36	32	27	5
Die ökologische Steuerreform leistet keinen Beitrag zur Lösung der Umweltprobleme.	31	34	30	5
Höhere Energiesteuern regen zum Energiesparen an und entlasten dadurch die Umwelt.	15	39	33	13
Die Steuerreform macht Energie teurer und menschliche Arbeit billiger – dies schafft zusätzliche Arbeitsplätze.	6	24	50	20

Frage: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zur ökologischen Steuerreform zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen!

Auch die weiteren Ergebnisse zum Komplex Ökosteuer sind durchaus uneinheitlich und ambivalent: Der Kerngedanke, dass höhere Steuern zum Energiesparen anregen und dementsprechend die Umwelt entlasten, wird von der Mehrheit (54%) durchaus nachvollzogen und bejaht. Gleichzeitig äußern aber auch zwei Drittel der Befragten, dass die Ökosteuer wenig zum Umweltschutz beitrage. Hier spielt es vermutlich eine Rolle, dass die Einnahmen der Ökosteuer nicht auf direktem Wege dem Umweltschutz wieder zugeführt werden. Ein Beleg dafür ist auch die Ablehnung, die der Grundgedanke, zum einen Energie zu verteuern, um zum anderen den Faktor Arbeit zu verbilligen, durch die Befragten erfährt. Diese Idee halten gerade einmal 30% für zustimmenswert. Auch ist der Glaube an durch die Ökosteuer geschaffene zusätzliche Arbeitsplätze nicht sonderlich stark. In den neuen Bun-

desländern, wo die Arbeitslosigkeit in den Augen der Befragten mit Abstand das Problem Nummer 1 darstellt, spricht man der ökologischen Steuerreform noch seltener als in den alten Bundesländern den Effekt zu, Arbeitsplätze zu schaffen.

In der 2000er-Befragung hatten wir diese fünf Statements zur Ökosteuer ebenfalls den Befragten vorgelegt. Im Vergleich zu 2002 lassen sich bis auf eine Ausnahme keine Veränderungen ausmachen, die größer als zwei Prozentpunkte betragen. Die einzige Ausnahme bildet die Beurteilung des Beitrags der Ökosteuer zur Lösung von Umweltproblemen. Einen wirksameren Beitrag sahen 2000 noch 42% aller befragten Personen, heute sind es nur 35%.

Ein in den Medien häufig thematisierter Punkt ist die Frage der Verwendung der Gelder, die durch die Ökosteuer zusätzlich eingenommen werden. Bisweilen wird der ökologische Charakter der Steuer angezweifelt, weil die Mehreinnahmen nicht direkt dem Umweltschutz zu gute kämen. Gefragt nach dem bevorzugten Verwendungszweck der durch die Ökosteuer erzielten Steuermehreinnahmen, stehen umweltspezifische Verwendungsweisen obenan. Eine Verwendung zum Abbau der Staatsverschuldung oder zur Unterstützung der Rentenkassen findet nur geringe Unterstützung.

Tabelle 29: Verwendung der Einnahmen der Ökosteuer

Angaben in % (zwei Nennungen möglich)	Erhebung 2002
Umweltschutzprojekte	37
Unterstützung der Einführung erneuerbarer Energien	36
Behebung von Umweltschäden	28
Maßnahmen für den Klimaschutz	27
Sicherung der Rente und Senkung der Rentenbeiträge	25
Verbesserung des öffentlichen Nahverkehrs und der Bahn	23
allgemeiner Abbau der Staatsverschuldung	9

Frage: Wofür sollten die Mehreinnahmen des Staates durch die Ökosteuer Ihrer Meinung nach verwendet werden? Ich nenne Ihnen einige Möglichkeiten und Sie sagen mir bitte, wofür die Mehreinnahmen vor allem verwendet werden sollen.

5.4 Dosenpfand

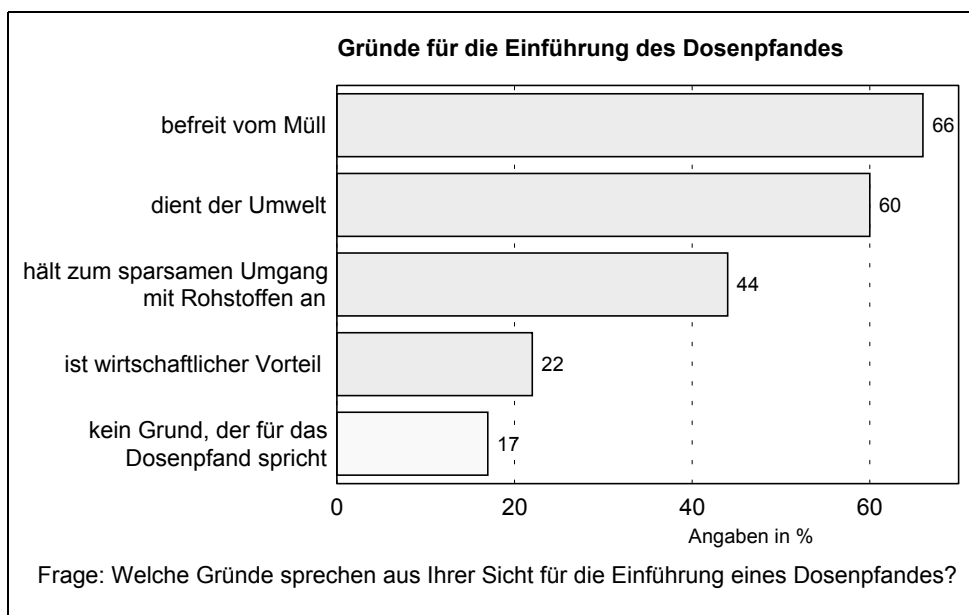
Zum 1. Januar 2003 wird die für Dosen geltende Befreiung von der bestehenden Pfandpflicht aufgehoben. Nachdem der Anteil der Mehrwegverpackungen nun deutlich unter die einst vereinbarte Zielmarke von 72% Gesamtanteil zurückgegangen ist, soll von diesem Zeitpunkt an beim Kauf einer Getränkedose ein Pfandgeld entrichtet werden. In der Bevölkerung wird dieser Einführung eine hohe Zustimmung entgegengebracht.

Tabelle 30: Akzeptanz von Dosenpfand

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
Befürworte Pfand	73	74	71
Lehne Pfand ab	18	17	20
Weiß nicht	9	9	9

Frage: Befürworten Sie ein Pfand auf Getränkedosen und Einwegflaschen oder lehnen Sie ein solches ab?

Nicht einmal jede fünfte Person lehnt das Dosenpfand ab, hingegen bewerten es drei von vier Personen positiv, in den alten Bundesländern geringfügig mehr als in den neuen. Unter der Gruppe der Umweltengagierten sprechen sich sogar 88% für das Dosenpfand aus, Frauen noch häufiger als Männer. Die geringste Zustimmung von je nur 66% ist unter den Jüngsten und den Ältesten zu finden. Sowohl die Gruppe der 18 und 19-jährigen, als auch die über 70-jährigen haben den höchsten Anteil an Nicht-Befürwortern.



Aus welchen Gründen aber kann die Einführung des Dosenpfandes mit solch hoher Zustimmung rechnen? Zwei Drittel der Befragten hoffen, dass das Littering zurückgehen wird, dass also eine Vermüllung der Umwelt durch bewusst oder unbewusst weggeworfene Abfälle abnimmt. „Es dient der Umwelt“, diese allgemeine Aussage nennen 60%. Mit weiterem Abstand folgen dann der sparsamere Umgang mit Ressourcen und die Annahme von wirtschaftlichen Vorteilen.

5.5 Vertrauen in Institutionen und Parteien

Seit langem wird in den Studien zum Umweltbewusstsein erforscht, wie es um das Vertrauen der Bevölkerung in die Lösungskompetenz der verschiedenen Parteien und Institutionen bestellt ist. Welchen Institutionen oder Parteien wird eigentlich Vertrauen in Umweltfragen entgegengebracht?

Durchweg gilt, dass grundsätzlich das Vertrauen gegenüber dem Jahr 2000 leicht angestiegen ist. Die Relationen sind im Prinzip gleich geblieben, die Werte dabei aber auf breiter Linie geringfügig nach oben verschoben. Im Allgemeinen schneiden die Parteien im Vergleich zu anderen Institutionen ziemlich schlecht ab. Mit Ausnahme von Bündnis 90/Die Grünen rangieren alle Parteien jenseits der Skalenmitte zwischen Vertrauen und Misstrauen auf der negativen Seite. Den höchsten Vertrauensbonus genießen wie schon in den vergangenen Jahren Umweltschutzorganisationen und -verbände, dicht gefolgt von Bürgerinitiativen, der Verbraucherberatung bzw. Verbraucherverbänden und den Umweltschutzbehörden. Diese vier sind die Hauptvertrauensträger umweltpolitischer Lösungskompetenz. Mit weitem Abstand folgt dann erst die Kirche mit den Gewerkschaften und abgeschlagen schließlich die Wirtschaft.

Tabelle 31: Vertrauen in Einrichtungen und Verbände im Bereich des Umweltschutzes

Angaben in %	Erhebung 2002					Mittelwert
	volles Vertrauen		kein Vertrauen			
Umweltschutzorganisationen und -verbände	20	44	27	7	2	2,27
Bürgerinitiativen	15	43	31	9	2	2,42
Verbraucherberatung/ Verbraucherverbände	12	43	33	9	3	2,48
Umweltschutzbehörden	12	37	36	11	4	2,56
Kirchen	5	17	32	28	18	3,37
Gewerkschaften	3	14	37	31	15	3,40
Industrie	3	8	25	36	28	3,78
Bündnis 90/Die Grünen	10	30	29	15	16	2,98
SPD	5	20	40	20	15	3,21
CDU/CSU	5	18	33	22	22	3,39
FDP	1	9	37	28	25	3,66
PDS	2	8	24	26	40	3,97

Frage: Wem trauen Sie es am ehesten zu, sinnvolle Lösungen für die Probleme im Bereich des Umweltschutzes zu erarbeiten? Im Folgenden nenne ich Ihnen dazu verschiedene Einrichtungen und Organisationen. Bitte sagen Sie mir mit den Abstufungen auf der Liste, wie viel Vertrauen im Bereich des Umweltschutzes Sie in jede Einrichtung haben. In der Tabelle ist der Durchschnitt der jeweiligen Vertrauensbewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=volles Vertrauen bis 5=kein Vertrauen. Je kleiner der Wert, desto höher das Vertrauen.

Tabelle 32: Zeitreihe des Vertrauens in Einrichtungen

Zeitvergleich und Ost-West-Vergleich der Mittelwerte	Erhebung 2002			Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
Umweltschutzorganisationen und -verbände	2.3	2.2	2.5	2.3	2.3	2.4	2.3	2.4	2.3
Bürgerinitiativen	2.4	2.4	2.6	2.5	2.5	2.5	2.4	2.5	2.4
Verbraucherberatung/ Verbraucherverbände	2.5	2.4	2.6	2.6	2.6	2.7	-	-	-
Umweltschutzbehörden	2.6	2.5	2.7	2.6	2.6	2.6	2.7	2.7	2.6
Kirchen	3.4	3.3	3.6	3.6	3.6	3.6	-	-	-
Gewerkschaften	3.4	3.4	3.4	3.5	3.6	3.4	3.5	3.5	3.4
Industrie	3.8	3.8	3.9	4.0	4.0	3.9	3.8	3.8	3.8
Bündnis 90/Die Grünen	3.0	2.9	3.2	2.9	2.8	3.2	2.9	2.9	2.8
SPD	3.2	3.1	3.4	3.3	3.3	3.5	3.4	3.4	3.5
CDU/CSU	3.4	3.3	3.6	3.8	3.8	3.8	3.7	3.7	3.7
FDP	3.7	3.6	3.7	3.9	3.9	3.9	3.9	3.9	3.8
PDS	4.0	4.1	3.4	4.0	4.2	3.4	4.0	4.2	3.4

Im Falle der Parteien stellt sich die Lage so dar, dass selbstverständlich die Anhänger der eigenen Partei jeweils viel mehr Vertrauen in Umweltfragen entgegenbringen als die Anhänger einer anderen. Dennoch gibt es sowohl in der Selbst- wie auch in der Fremdeinschätzung unterschiedliche Vertrauenszuweisungen. Die Partei Bündnis 90/Die Grünen genießt unter den eigenen Anhängern, wie unter den Nicht-Anhängern das größte Vertrauen aller Parteien. Die übrigen Parteien liegen dicht in der Mitte beisammen, nur die FDP fällt in der Einschätzung der eigenen Wählerschaft durch weniger Vertrauenszuweisung im Umweltschutz auf.

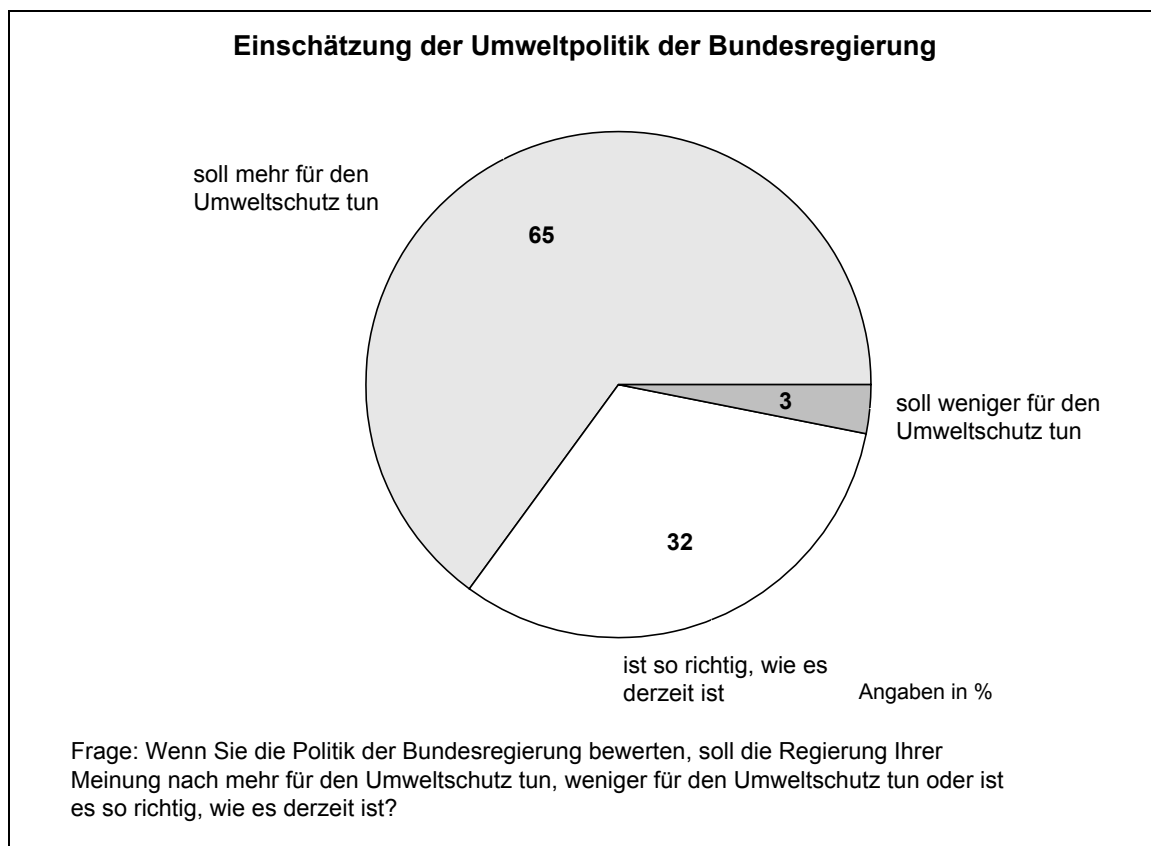
Tabelle 33: Vertrauen in Parteien nach Anhängerschaft

Vertrauensmittelwerte	Erhebung 2002		
	Gesamt	Parteianhänger	Nicht-Parteianhänger
Bündnis 90/Die Grünen	3.0	2.1	3.1
SPD	3.2	2.6	3.4
CDU/CSU	3.4	2.4	3.7
FDP	3.7	3.1	3.7
PDS	4.0	2.5	4.0

In der Tabelle ist der Durchschnitt der jeweiligen Vertrauensbewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=volles Vertrauen bis 5=kein Vertrauen. Je kleiner der Wert, desto höher das Vertrauen.

Für alle Parteien gilt: Je mehr sich die Befragten für Politik interessieren, desto mehr Vertrauen bringen sie den Parteien entgegen. Für die Verbände, Umweltschutzorganisationen etc. lässt sich ein solcher Zusammenhang nicht nachweisen. Sonstige Unterschiede in der Vertrauenszuweisung, die zu finden sind, beziehen sich immer nur auf einzelne Aspekte. So vertrauen die Umweltengagierten viel eher Umweltschutzverbänden, Bürgerinitiativen und der grünen Partei, dagegen weniger der Industrie. Das Vertrauen in die Gewerkschaften nimmt mit steigender Bildung ab, das Vertrauen in die Grünen und die PDS dagegen zu. Bürgerinitiativen wird eher auf dem Land als in Städten Vertrauen entgegengebracht, den Kirchen eher von der älteren Bevölkerung.

Die Einschätzung der Umweltpolitik der Bundesregierung durch die Befragten zeigt, dass die überwältigende Mehrheit ein großes Interesse am Umweltschutz hat, denn 65% der Befragten möchten, dass die Bundesregierung noch mehr für den Umweltschutz unternimmt. 32% halten die umweltpolitischen Aktivitäten derzeit für genau richtig bemessen. Dies bedeutet gegenüber 2000 einen Zuwachs um 7%. Nur 3% befürworten ein reduziertes Engagement der Bundesregierung in Sachen Umwelt.



Knapp die Hälfte der Befragten ist der Ansicht, die bestehenden Umweltgesetze würden nicht ausreichen, 39% halten die momentane Gesetzgebung dagegen für angemessen.

6 Problembereich Mobilität/Verkehr

6.1 Verkehrsmittelnutzung

Der Bereich Verkehr/Mobilität gehört schon lange zu den zentralen Problemfeldern des Umweltschutzes. Der Straßenverkehr steht eindeutig auf Platz 1 unter den von den Befragten genannten Umweltproblemen in der eigenen Gemeinde. Auch auf den folgenden Rängen stehen mit Lärm und Luftverschmutzung Probleme, die mehr oder weniger direkt mit dem Straßenverkehr in Verbindung zu bringen sind. Der Verkehr ist maßgeblich an der Emission von Luftschadstoffen, besonders im innerstädtischen Bereich beteiligt und stellt den Hauptfaktor der Belästigung für die Bevölkerung dar. Platz eins und zwei in der Belästigungsrangfolge nehmen der Straßenverkehrslärm und Autoabgase ein, mit 17% bzw. 16%, die sich äußerst oder stark gestört und belästigt fühlen. Mit weitem Abstand folgt dann der Lärm von Nachbarn mit 6%. In Großstädten ist die Belästigung deutlich höher, von allen Personen aus Städten mit über 500.000 Einwohnern fühlen sich 24% durch Straßenverkehrslärm und 23% durch Autoabgase belästigt. Neben der Belästigung nimmt der Straßenverkehr auch den höchsten Platz unter den persönlich empfunden Belastungen ein. Nicht zuletzt ist Verkehr auch unter Klimaschutzaspekten von hochrangiger Bedeutung.

Aus zahlreichen Studien der Verkehrs- und Mobilitätsforschung ist bekannt, dass die Mobilität und insbesondere die Freizeitmobilität zugenommen hat und beide auch noch weiter stetig zunehmen. Es besteht immer noch ein Trend zum motorisierten Individualverkehr und zum Luftverkehr. Trotz der jüngst in der Folge der Ereignisse des 11. Septembers gesunkenen Fluggastzahlen wird das Niveau mittelfristig auf den Trend vor dem Anschlag zurückfinden, so jedenfalls die Meinung von Experten. In diesem Kapitel geht es einerseits um die individuelle Nutzung der verschiedenen Verkehrsmittel und andererseits um die Akzeptanz und die Auswirkungen von verkehrspolitischen Maßnahmen.

Insgesamt besitzen 82% der befragten Haushalte mindestens ein Auto - 55% besitzen ein Auto, 23% zwei Autos und 4% drei oder mehr. Die Zahl der Haushalte ohne Auto, 18%, ist im Osten immer noch wesentlich höher als im Westen, 25% auf der einen Seite stehen 16% auf der anderen Seite gegenüber. Haushalte von umweltengagierten Personen haben nicht weniger, sondern überzufällig mehr Autos im Haushalt als andere Personen. Des Weiteren haben wir nach der Verfügbarkeit eines Autos gefragt.

Tabelle 34: Verfügbarkeit eines Autos

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
ja, immer	57	58	52
ja, meistens	13	14	9
an 2 – 3 Tagen	3	4	2
jöchstens 1 – 2 mal die Woche	2	2	2
eher selten	5	5	6
nein	20	17	29

Frage: Verfügen Sie tagsüber über ein Auto?

Diese Frage zielt eher als die Frage nach der Anzahl der Autos im Haushalt auf die individuellen Nutzungsmöglichkeiten und -modalitäten ab. So gibt es im Hinblick auf die Autonutzung einerseits diejenigen, denen immer oder meistens ein Auto zur Verfügung steht. Diese stellen mit 70% die größte Gruppe. Am anderen Ende der Skala befinden sich die „Autolosen“, d.h. jede vierte Person, der kein Auto oder nur eher selten ein Auto zur Verfügung steht. In klassischer Weise bleibt den Frauen häufiger die Autollosigkeit vorbehalten. 32% der Frauen haben tagsüber kein Auto zur Verfügung gegenüber 16% der Männer. Dagegen sind 79% der Männer hoch „automobil“, aber nur 62% der Frauen. Letztlich ist die Verfügbarkeit über ein Auto immer auch eine Frage der Lebensphase. Im hohen Alter ist die Nutzung geringer als in den jüngeren Jahren. Überdurchschnittlich schneiden alle familialen Lebensphasen ab, sowohl mit Kindern als auch ohne.

Tabelle 35: Nutzung der Bahn im letzten Jahr (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung 2002			Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
häufig, sehr häufig	13	15	9	15	17	8	8	8	5
gelegentlich, selten	52	52	50	48	50	43	35	36	29
nie	35	34	42	37	33	49	57	56	66

Frage: Wie häufig haben Sie im letzten Jahr die Deutsche Bahn genutzt?

Im Vergleich mit dem Auto wird die Bahn seltener genutzt. Während 20% kein Auto zur Verfügung haben, sind 35% aller Befragten im letzten Jahr überhaupt nicht mit der Bahn gefahren. 13% geben an, sie führen häufig oder sehr häufig mit der Bahn. Das ist ein leichter Rückgang gegenüber dem Jahr 2000, als dies 15% angaben. Interessant ist der Vergleich zwischen alten und neuen Bundesländern: Nimmt in den alten Bundesländern die Bahnreisefreudigkeit eher ab, so steigt sie in den neuen

Bundesländern eher an. Die Zahl der Nichtfahrer sank noch einmal um sieben Prozentpunkte, nachdem die Zahl bereits von 1998 auf 2000 deutlich gesunken war.

Beim Betrachten dieser Vergleichswerte wäre eigentlich zu erwarten gewesen, dass aufgrund des niedrigeren Autobestandes in den neuen Bundesländern dementsprechend die Nutzung der Bahn dort ausgeprägter hätte sein müssen. Dies ist aber nicht der Fall. In den neuen Bundesländern geben 8% der Personen an, sie hätten weder ein Auto zur Verfügung noch seien sie im letzten Jahr mit der Bahn gefahren. In den alten Bundesländern beträgt die Vergleichsquote nur 4%.

Überproportional häufig wird die Bahn von den Jüngsten aus der Stichprobe, den 18 und 19-jährigen, genutzt. Auch die Umweltengagierten fahren überdurchschnittlich oft mit der Bahn. Diese Gruppe von Personen scheint ein besonders hohes Mobilitätsbedürfnis zu besitzen, denn wie oben beschrieben hat dieser Personenkreis auch einen besonders hohen Automobilitätsstand. Allgemein scheint eine Tendenz zu sein: Wer häufig das Auto nutzt, der nutzt auch häufiger die Bahn.

In Bezug auf die Nutzung des Flugzeuges lassen sich gegenüber der Befragung aus dem Jahre 2000 kaum Veränderungen feststellen. 67% geben an, sie seien im letzten Kalenderjahr überhaupt nicht geflogen. Ein knappes Viertel (23%) flog genau einmal und jede zehnte Person flog mehrmals. Immer noch wird in den neuen Bundesländern das Flugzeug seltener genutzt. Die Personengruppe der Umweltengagierten fällt auch im Falle der Flugzeugnutzung, genauso wie bei den beiden anderen Verkehrsmitteln Auto und Bahn, keineswegs durch unterdurchschnittliche Nutzung auf. Engagierte nutzen ebenso häufig das Flugzeug wie andere Befragte, sogar geringfügig mehr.

Tabelle 36: Häufigkeit der Flugzeugnutzung (Zeitreihe)

Angaben in %	Erhebung 2002			Erhebung 2000			Erhebung 1998		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
ja, mehrmals	10	11	6	10	10	8	6	7	5
ja, einmal	23	24	19	22	23	17	15	15	15
nein, keinmal	67	65	75	68	67	75	79	78	80

Die Anforderungen an verschiedene Verkehrsmittel sind je nach Funktion sehr verschieden. Diesen Unterschieden entsprechend differiert auch das Nutzungsverhalten. So sind im Nahverkehr andere Mobilitätsformen zu finden als im Fernverkehr und die Verkehrsmittelwahl ist unterschiedlich. Auf den ersten Blick wird im Nahverkehr meist auf das Auto oder das Motorrad zurückgegriffen, am seltensten dagegen auf den öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV).

Tabelle 37: Häufigkeit der Nutzung verschiedener Verkehrsmittel im Nahverkehr

Angaben in %	Erhebung 2002				
	sehr häufig	häufig	manchmal	selten	nie
Auto (Motorrad)	38	29	12	11	10
Fahrrad	13	20	25	18	24
Öffentlicher Nahverkehr	14	15	21	28	22

Frage: Wie häufig nutzen Sie im Nahverkehr die folgenden Verkehrsmittel?

Ein anderes Bild ergibt sich für die Nutzung im Nahverkehr, wenn man die jeweiligen Ortsgrößen mitberücksichtigt. Während der ÖPNV in Gemeinden bis 20.000 Einwohnern nur von 17% sehr häufig oder häufig genutzt wird, sind dies in Großstädten 37%. Dort geben auch lediglich 16% der Befragten an, sie benutzten nie den öffentlichen Nahverkehr, in kleinen Gemeinden ist die Zahl weitaus größer, gut jede dritte Person nutzt hier nie den ÖPNV. Umgekehrt verhält es sich mit dem Auto, das in kleineren Gemeinden häufiger genutzt wird (74%) als in Großstädten (63%). Beim Fahrrad Fahren lässt sich keine solche Tendenz feststellen. Das Fahrrad dient überall in etwa gleichem Maße als Fortbewegungsmittel im Nahverkehr.

Das Auto ist nicht nur im Nahverkehr, sondern auch im Fernverkehr das am häufigsten benutzte Verkehrsmittel. Gefragt, ob Sie im Fernverkehr, d.h. wenn Sie eine Strecke von ca. 500 km fahren, überwiegend Bahnfahrer, Autofahrer oder Flugzeugnutzer seien, antworten zwei von drei Personen sie seien Autonutzer. 30% nennen die Bahn und 5% das Flugzeug. Umweltengagierte neigen im Falle von Fernreisen weitaus eher zur Bahn als andere, 41% bevorzugen die Bahn gegenüber 54%, die das Auto vorziehen. Das Auto wird am ehesten von Familien und älteren Partnerhaushalten bis 60 Jahren präferiert, meist wird es sich dann bei den Fernreisen um Urlaubsreisen handeln. In älteren Altersgruppen und bei älteren Singles wird die Bahn zum wichtigsten Verkehrsmittel. Bei den jungen Singles gilt gleiches, die Bahn wird recht häufig benutzt, aber auch das Flugzeug erreicht in dieser Gruppe den höchsten Anteil.

Die Einstellungen zum Auto sind durchaus vielschichtig. Einerseits gilt das Auto als Symbol der Individualitätentfaltung und des Aufstiegs, andererseits werden auch die Folgen und Begleitumstände des Autos wahrgenommen. Die Meinungen sind, wie die folgende Tabelle zeigt, alles andere als einheitlich. In der Tabelle sind die Statements in der Reihenfolge der Zustimmung aufgeführt.

Tabelle 38: Einstellungen zum Auto

Angaben in %	Erhebung 2002				
	stimme voll und ganz zu	stimme weitgehend zu	teils/teils	stimme eher nicht zu	stimme überhaupt nicht zu
Es gibt zu viele umweltbelastende Staus: Der Aufbau von Verkehrsleitsystemen kann helfen Staus zu vermeiden.	21	46	25	7	1
Die Bahn ist immer noch das umweltfreundlichste Verkehrsmittel.	22	37	29	10	2
Das Auto der Zukunft wird mit Wasserstoff fahren: Es wird keine knappen Rohstoffe mehr verbrauchen und vollkommen sauber sein.	17	40	28	14	1
Es gibt keine zumutbaren Alternativen zum Auto: Bus und Bahn sind zu teuer, unpünktlich und nicht flexibel genug.	22	32	29	13	4
Moderne Autos stellen keine Umweltbelastung mehr dar: aufgrund der strengen Umweltvorschriften sind Kraftfahrzeuge immer sauberer und leiser geworden.	8	37	33	17	5
Es gibt viel zu wenig Straßen: Der wachsende Verkehr kann nur durch den Bau zusätzlicher Straßen bewältigt werden.	9	21	31	28	11

Frage: Im Folgenden haben wir einige Aussagen zum Auto zusammengestellt. Bitte sagen Sie mir jeweils, inwieweit Sie den Aussagen zustimmen oder nicht zustimmen!

Mit 30% („stimme voll und ganz zu“ und „stimme weitgehend zu“) findet der Bau neuer Straßen zur Lösung von Verkehrsproblemen die geringste Zustimmung. Zur Lösung umweltbelastender Staus sollte vielmehr ein Verkehrsleitsystem aufgebaut werden, meinen 67% der Befragten.

Die Umweltfreundlichkeit des Verkehrsmittels Bahn wird weitgehend anerkannt, lediglich 12% halten diese nicht für das umweltfreundlichste aller Verkehrsmittel. Dennoch gilt die Bahn den meisten nicht als ernsthafte Alternative zum Auto. 54% sehen zum Auto schlichtweg keine zumutbare Alternative und sind der Ansicht, Bus und Bahn seien zu teuer, unpünktlich und nicht flexibel genug.

Fast die Hälfte der befragten Personen hält die heutigen Autos für keine Umweltbelastung mehr, weil aufgrund der strengen Umweltvorschriften Kraftfahrzeuge immer sauberer und leiser geworden seien. Die große Mehrheit sieht für die Zukunft ein noch saubereres Auto am Horizont: 57% halten die Vision eines durch Wasserstoff angetriebenen Autos für realistisch.

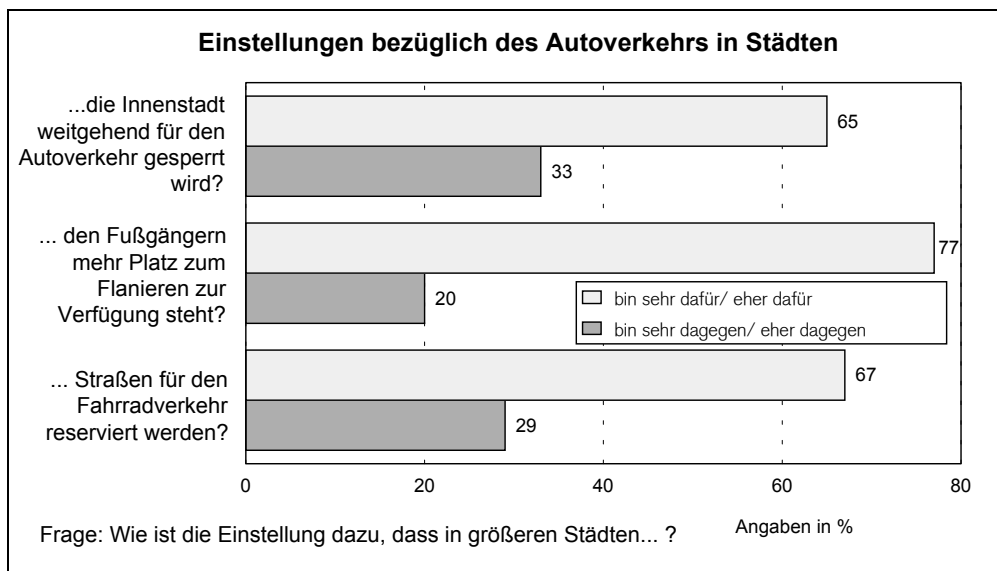
Die Personengruppe der Umweltengagierten urteilt strenger mit dem Automobil. Sie halten moderne Autos eher für umweltbelastend als die Anderen. Bus und Bahn sehen sie eher als eine Alternative zum Auto, zudem halten sie diese für umweltfreundlicher als die Nicht-Umweltengagierten. In der Beurteilung des Wasserstoffautos und der Verkehrsleitsystem unterscheiden sich beide Gruppen nicht. Auch die Umweltengagierten rechnen also mit einer im Prinzip umweltfreundlichen Weiterent-

wicklung des Automobils. Auch sie halten mehrheitlich Effizienz steigernde Maßnahmen wie Verkehrsleitsysteme für eine gute Sache.

6.2 Verkehrspolitische Maßnahmen

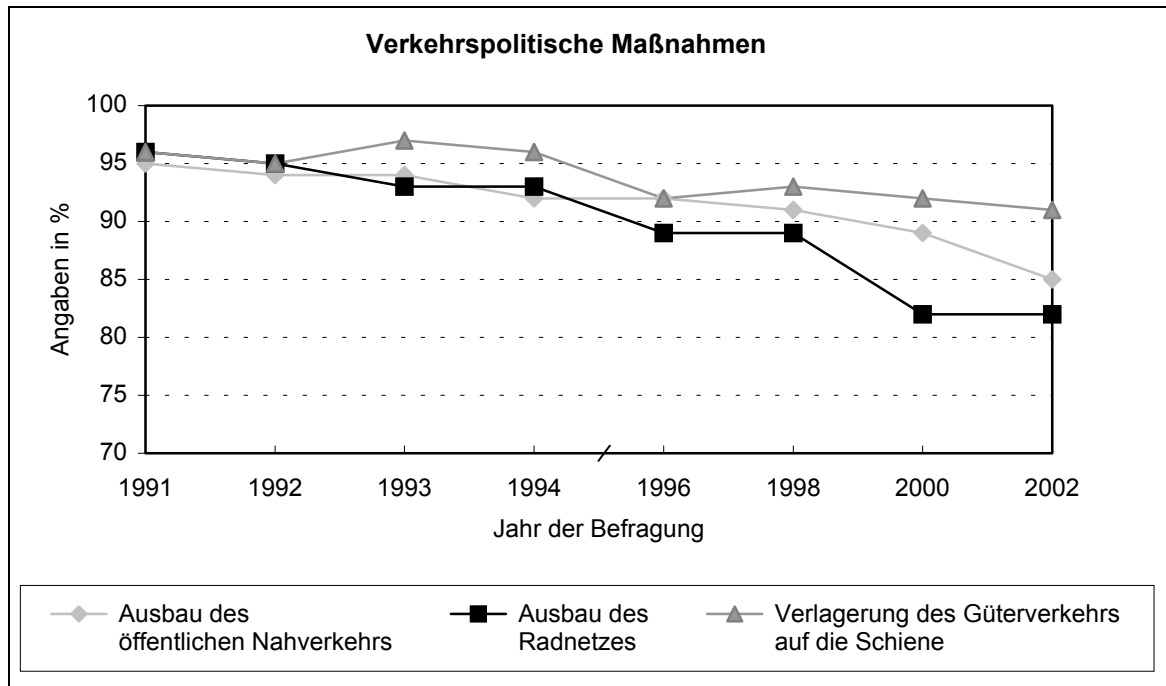
Der schon sprichwörtliche Stellenwert des Autos in Deutschland verleiht Maßnahmen verkehrspolitischer Regulierung stets eine besondere Brisanz. Entsprechend ist Verkehrspolitik ein hoch sensibles Feld. Dennoch haben sich in den letzten Jahren immer große Mehrheiten für verkehrspolitische Maßnahmen gefunden, die auf das Zurückdrängen des Autoverkehrs zielen. 77% sind „sehr dafür“ oder „eher dafür“, dass Fußgängern mehr Platz zum Flanieren zur Verfügung steht; 67% sind dafür, dass Straßen für den Fahrradverkehr reserviert werden und weitere 65% befürworten, dass die Innenstädte weitgehend für den Autoverkehr gesperrt werden.

Damit spricht sich eine große Mehrheit für Maßnahmen einer umweltgerechten Verkehrspolitik aus. Das Projekt einer nachhaltigen Stadtentwicklung, die den Autoverkehr zurückdrängt, kann mit großer Unterstützung rechnen. Trotz dieser hohen Zustimmungswerte sollte aber immer auch beachtet werden, dass die Gegnerschaft für alle drei Maßnahmen stets zwischen 20% und 30% stark ist und somit eine in politischen Auseinandersetzungen nicht zu unterschätzende Gruppe darstellt.



Im Zeitreihenvergleich zeigt sich, dass von 2000 zu 2002 die Einstellungen zum Thema verkehrsberuhigte Innenstadt nahezu unverändert geblieben sind. Seit Anfang der 90er Jahre nahm allerdings die Zustimmung zur Verkehrsberuhigung zunächst kontinuierlich ab, ehe sie nach 1998 wieder langsam

angestiegen ist. Im Allgemeinen vertreten umweltengagierte Personen weitaus entschiedener alle Positionen, die auf Zurückdrängen des Automobils abzielen.



Wie werden verkehrspolitische Maßnahmen zur Entlastung der Straßen von der Bevölkerung beurteilt? Kurz und knapp kann man resümieren: Alle drei von uns abgefragten Maßnahmen – Ausbau des ÖPNV, Ausbau des Radnetzes, Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene – werden von einem breiten Teil der Befragten unterstützt. Die größte Einigkeit herrscht über die Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene, lediglich 7% würden dies nicht befürworten. Auch gegen einen Ausbau des ÖPNV sprechen sich nur 11% aus; schließlich möchten 14% das Radnetz nicht ausbauen.

Seit Beginn der 1990er Jahre sind die Zustimmungswerte zu diesen Statements aber kontinuierlich, wenn auch nur leicht, gesunken. Absolut betrachtet sind die Prozentzahlen allerdings weiterhin sehr hoch, so dass man nicht von einem Meinungsumschwung sprechen kann. Wenn beispielsweise die Zustimmung zur Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene von 96% im Jahr 1991 auf jetzt 91% zurückgegangen ist, so kann dies gewiss nicht als Besorgnis erregender Trend interpretiert werden. Im Vergleich zur 2000er Studie sind die Quoten für den Ausbau des Radnetzes konstant, für die Verlagerung des Verkehrs auf die Schiene annähernd konstant und lediglich die Quote für den Ausbau des ÖPNV geht etwas stärker, nämlich 4 Prozentpunkte zurück. Für alle drei genannten Maßnahmen gilt, dass die Zustimmung in den neuen Bundesländern noch höher ist als in den alten.

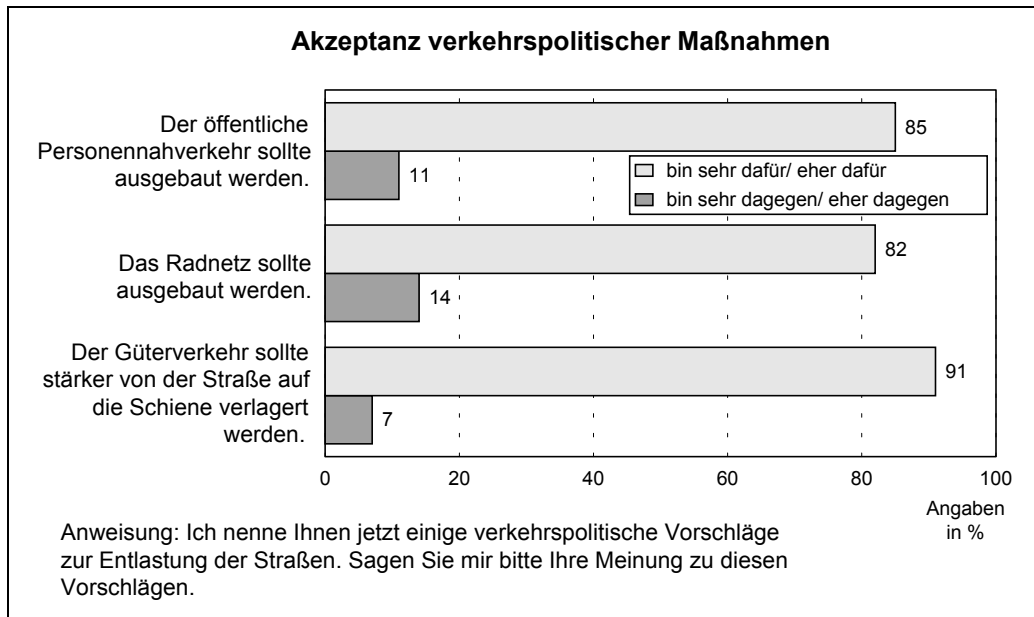


Tabelle 39: Verkehrspolitische Maßnahmen als Zeitreihe

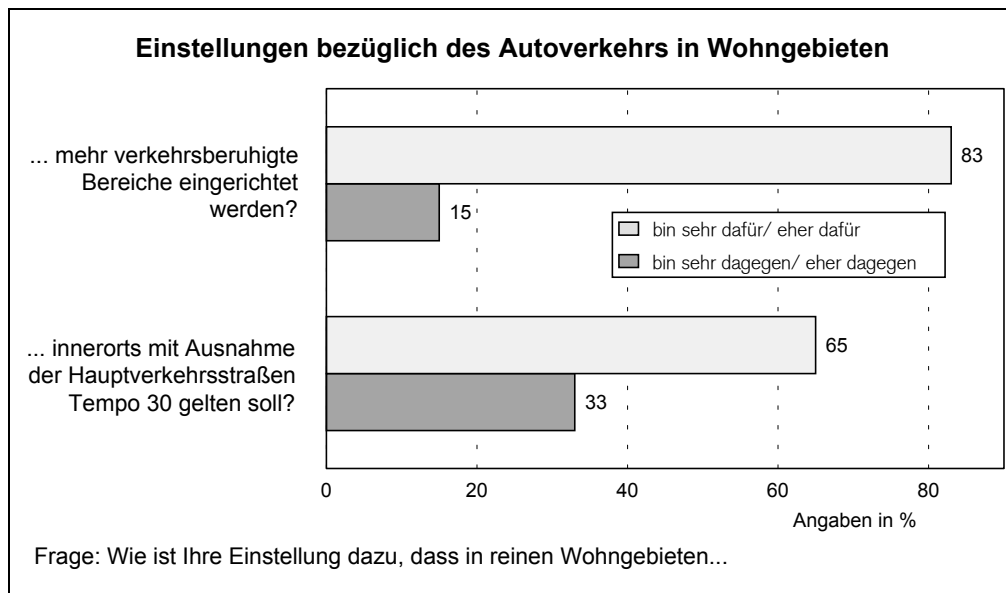
Anteil in % der Befragten, die sehr oder eher dafür sind	Jahr der Erhebung							
	91	92	93	94	96	98	00	02
Ausbau des öffentlichen Personenverkehrs								
Befragte Gesamt	95	94	94	92	92	91	89	85
Befragte West	94	94	94	92	92	91	89	85
Befragte Ost	98	96	93	95	91	90	89	86
Ausbau des Radnetzes								
Befragte Gesamt	96	95	93	93	89	89	82	82
Befragte West	95	95	93	92	88	89	81	82
Befragte Ost	98	96	95	97	93	92	85	85
Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene								
Befragte Gesamt	96	95	97	96	92	93	92	91
Befragte West	95	95	97	96	91	93	91	90
Befragte Ost	96	97	98	97	95	95	95	95

Frage: Ich nenne Ihnen jetzt einige verkehrspolitische Vorschläge zur Entlastung der Straßen. Sagen Sie mir bitte Ihre Meinung zu diesen Vorschlägen.

Im Gegensatz zu diesen allgemeinen verkehrspolitischen Maßnahmen zur Eindämmung des Autoverkehrs, über die bei der Bevölkerung weitgehende Einmütigkeit herrscht, ist man weitaus weniger einig, wenn es um den Autoverkehr in Wohngebieten geht. Relativ unumstritten ist noch die Einrichtung von mehr verkehrsberuhigten Bereichen. Über 80% der Befragten bewerten solche Maßnahmen posi-

tiv. Kontroverser ist dagegen die Beurteilung von Tempo 30-Zonen. Die Einrichtung solcher Zonen wird von 65% der Befragten befürwortet, aber jede dritte Person lehnt diese ab. Damit ist die Zustimmung im Vergleich zur letzten Befragung von 2000 höher geworden. Nun ist der Autoverkehr ein Feld, in dem der Einzelne sowohl verursachende als auch leidtragende Person ist. Entsprechend dieser Logik hätte man am liebsten am eigenen Wohnsitz eine Tempo 30-Zone oder besser noch einen verkehrsberuhigten Bereich, aber ansonsten möchte man zügig fahren können.

Für die Einstellung zu Maßnahmen der Verkehrsberuhigung ist es von großer Bedeutung, ob man Kinder im Haus hat oder nicht. Junge Familien und Alleinerziehende sprechen sich wesentlich zahlreicher für die Einführung von verkehrsberuhigten Bereichen aus als andere.



Wie im Jahr 2000 baten wir die Interviewten um ihre Meinung zur Einführung eines autofreien Tages. Ein solcher Tag ist in vielen europäischen Ländern schon zur Gewohnheit geworden. In Deutschland wurde zuletzt zu Zeiten der Ölkrise zu Beginn der 70er Jahre auf den Autobahnen spazieren gegangen. Einige Städte und Gemeinden haben allerdings mittlerweile autofreie Tage auf freiwilliger Basis eingeführt. Auch hierzulande ist die Zustimmung mit 70% der Befragten überaus hoch. Die Zustimmung ist in den beiden letzten Jahren sogar gewachsen, denn im Jahre 2000 waren es noch zehn Prozent weniger, die einem solchen autofreien Tag positiv gegenüber standen.

Tabelle 40: Einstellung zu einem autofreien Tag

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
bin sehr dafür	39	40	33
bin eher dafür	31	32	27
bin eher dagegen	16	15	21
bin sehr dagegen	7	7	9
weiß nicht	7	6	10

Frage: In anderen europäischen Ländern, z.B. in Frankreich und Italien, wurde in einigen Städten einmal jährlich ein autofreier Tag eingeführt. Wie stehen Sie zur Einführung eines autofreien Tages in Ihrer Stadt bzw. Gemeinde?

6.3 Verhalten im Falle einer Benzinpreiserhöhung

Wie auch im Jahre 2000 haben wir die Interviewten, die zuvor angegeben haben, sie besäßen mindestens ein Auto, gefragt, wie sie sich bei einer Verdopplung des Benzinpreises verhalten würden. Damals sagten 39%, sie würden ihr Verhalten nicht ändern. Im Jahre 2002 gibt es allerdings eine andere Ausgangslage für die Verdoppelungsrechnung. Der Benzinpreis ist in den letzten beiden Jahren durch die Preisanhebung der Mineralölkonzerne und die erhöhte Besteuerung bereits stark angestiegen; eine Verdopplung würde also heute einen anderen Preis ergeben, als vor zwei Jahren. Umso verwunderlicher ist es, dass nahezu unverändert vier von zehn Personen ihr Verhalten nicht ändern würden.

Tabelle 41: Verhalten bezüglich des Benzinpreises

Anteil in % der Befragten, die angeben, mindestens ein Auto in ihrem Haushalt zu haben	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
Ich würde mein Verhalten ändern	60	61	55
Ich würde mich nicht anders verhalten als jetzt	40	39	45

Frage: Angenommen, der Benzinpreis würde sich verdoppeln: Wie würden Sie voraussichtlich reagieren?

Neu herausgebildet hat sich ein leichter Unterschied zwischen den alten und den neuen Bundesländern. In den alten Bundesländern würden die Bürger eher ihr Verhalten ändern als in den neuen Ländern. Wovon ist die Intention zur Verhaltensänderung abhängig? Es sind weder umweltengagierte Personen noch Befürworter der Ökosteuern noch Stadt- oder Landbewohner oder Männer und Frauen, die sich hinsichtlich ihres Veränderungsverhaltens wesentlich unterscheiden. Lediglich die Einkom-

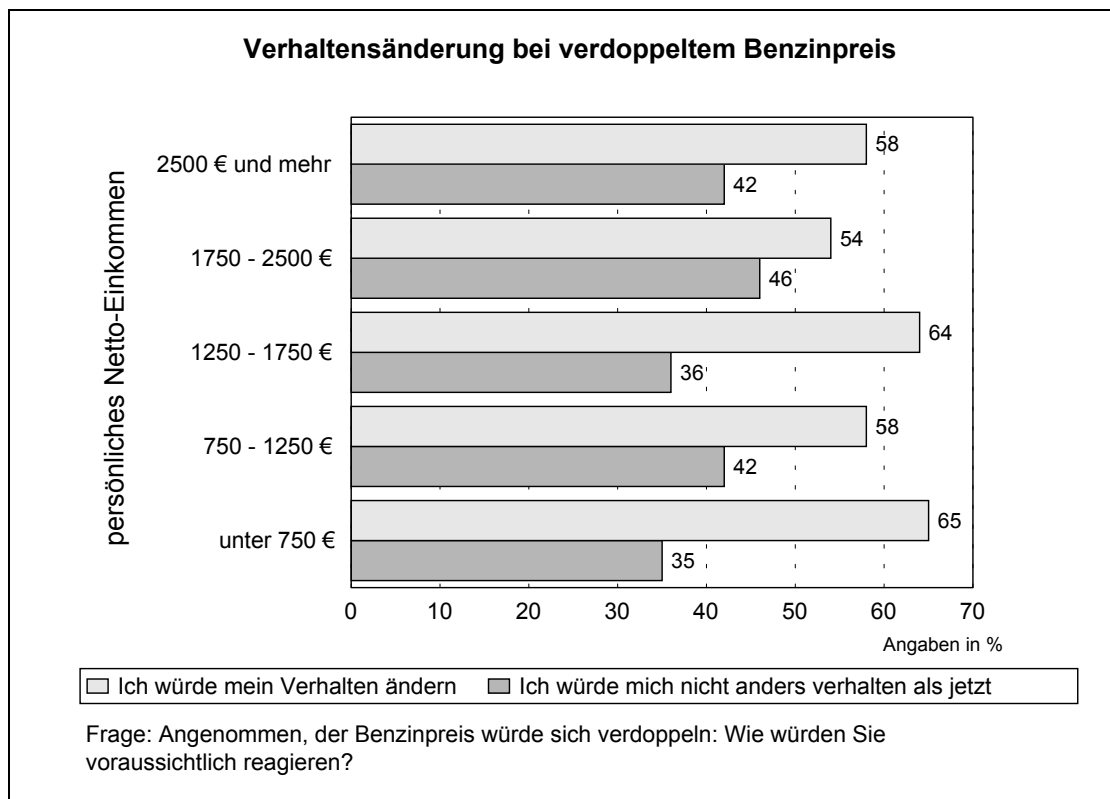
menshöhe zeigt hier einen nicht übermäßig starken Effekt. Es sind die Einkommensschwächeren, die häufiger angeben, dass sie ihr Verhalten wahrscheinlich ändern würden.

Die beliebtesten Reaktionen auf eine potenzielle Benzinpreisverdoppelung sind „mehr zu Fuß gehen“ und „mehr Fahrrad fahren“, dicht gefolgt von der Variante, bei Einkauf und Ausflug nähere Ziele zu wählen. Weniger in Erwägung gezogen werden der Kauf eines sparsameren Autos und das Umsteigen auf den ÖPNV, welches auf dem letzten Rang platziert ist. Jedoch stellt der ÖPNV in Städten eine weitaus attraktivere Alternative dar als auf dem Land.

Tabelle 42: Zukünftige Änderungen des Mobilitätsverhaltens

Anteil in % der Befragten, die angeben, mindestens ein Auto in ihrem Haushalt zu haben und zudem ihr Verhalten ändern würden, wenn sich der Benzinpreis verdoppeln würde	Erhebung 2002			
	werde ich bestimmt machen	werde ich eher machen	werde ich eher nicht machen	werde ich bestimmt nicht machen
mehr zu Fuß gehen /Fahrrad fahren	44	41	11	4
zum Einkaufen o. bei Ausflügen näher gelegene Ziele wählen	33	48	16	3
auf manche Wege ganz verzichten	36	38	21	5
ein sparsameres Auto kaufen	30	39	21	10
auf ÖPNV umsteigen	20	39	30	11

Anweisung: Ich lese Ihnen im Folgenden einige mögliche Reaktionen vor und bitte Sie, mir zu sagen, in welchem Ausmaß Sie diese voraussichtlich tun werden.



Dass auch in den unteren Einkommensgruppen die Zahl derjenigen, die nach eigenen Angaben das Auto auch bei verdoppeltem Benzinpreis unverändert nutzen würden, relativ hoch ist, verweist darauf, dass es sich hier nicht lediglich um eine Frage individueller Bereitschaft oder individueller Kosten-Nutzen-Kalküls handelt, sondern dass auch die Angebotsseite eine nicht zu unterschätzende Rolle spielt. Dies belegt beispielsweise auch die größere Bereitschaft zum ÖPNV-Umstieg in größeren Städten, wo ein solches Angebot naturgemäß eher vorhanden ist.

Summa summarum erscheint das Potenzial zu einschneidenden Änderungen oder zu einer strukturellen Änderung der Verkehrsmittelwahl eher gering. 40% geben an, dass auch bei einem verdoppelten Benzinpreis voraussichtlich keine Änderung eintreten würde. Diejenigen, die tatsächlich ihr Verhalten zu ändern beabsichtigen, bevorzugen eher kleinere und nicht sonderlich schmerzvolle Veränderungen. Eine Abkehr vom Auto im großen Stil ist also selbst bei einer solch unrealistischen Benzinverteuerung keinesfalls zu erwarten, hingegen sehr wohl ein Spektrum kleinerer Änderungen von einer Mehrheit der Autofahrer.

7 Persönliches Umweltverhalten und Zahlungsbereitschaft

7.1 Konsumverhalten und Verhalten im Energiebereich

Im Jahre 1977 wurde die Einführung des Umweltzeichens „Blauer Engel“ durch Vertreter von Bund und Ländern beschlossen. Es sollte Produkte und Dienstleistungen kennzeichnen, die sich gegenüber vergleichbaren durch besondere Umweltfreundlichkeit auszeichnen, zumal Verbraucher, die beim Einkauf die Umwelteigenschaften von Waren berücksichtigen möchten, auf verlässliche Informationen angewiesen sind. Seitdem entwickelte sich der „Blaue Engel“ bis Anfang der 90er Jahre zum Erkennungszeichen, an dem umweltfreundliche Artikel erkannt wurden. Heute umfasst er etwa 3900 Produkte und Dienstleistungen von ca. 800 Zeichennehmern aus dem In- und Ausland.

In den letzten Jahren traten zahlreiche weitere konkurrierende und ergänzende Zertifikate auf, die für eine gewisse Unübersichtlichkeit sorgten und sorgen. Entsprechend nimmt seit 1993 der Anteil der Personen, die beim Einkauf auf den Blauen Engel achten, kontinuierlich ab. Im Vergleich zum Jahr 2000 ist dieser Anteil annähernd konstant geblieben, lediglich in den neuen Ländern sackt die Beachtung stärker ab.

Tabelle 43: Zeitreihe des Kaufs von Produkten mit dem „Blauen Engel“

Anteil in % der Befragten, die beim Einkauf auf den „Blauen Engel“ achten	Jahr der Erhebung					
	93	94	96	98	00	02
Befragte Gesamt	53	52	47	44	40	39
Befragte West	59	57	51	47	43	43
Befragte Ost	29	29	31	32	29	24

In den neuen Ländern hatte es der Blaue Engel von jeher schwer sich zu etablieren, war er doch bis zur Wende überhaupt nicht präsent und musste sich danach mühsam seine Akzeptanz bahnen. So ist auch noch heute 45% der Befragten in den neuen Ländern der Blaue Engel völlig unbekannt, in den alten Ländern liegt dieser Anteil bei nur 19%.

Im Vergleich zu den letzten Umweltbewusstseinsstudien stellt der Bereich Konsum/Einkaufen keinen Schwerpunkt der aktuellen Untersuchung dar. Einige wenige Fragen wurden aus den Vorgängeruntersuchungen übernommen.

Tabelle 44: Konsumverhalten im Alltag

Angaben in %	Erhebung 2002				
	immer	häufig	selten	nie	kann ich nicht beantworten
Ich kaufe gezielt Früchte und Gemüse aus der Region.	18	50	22	7	3
Ich boykottiere Produkte von Firmen, die sich nachweislich umweltschädigend verhalten	20	25	23	17	15
Kaufe Produkte, die mit „Bio“ oder „Öko“ gekennzeichnet sind	4	29	43	20	4

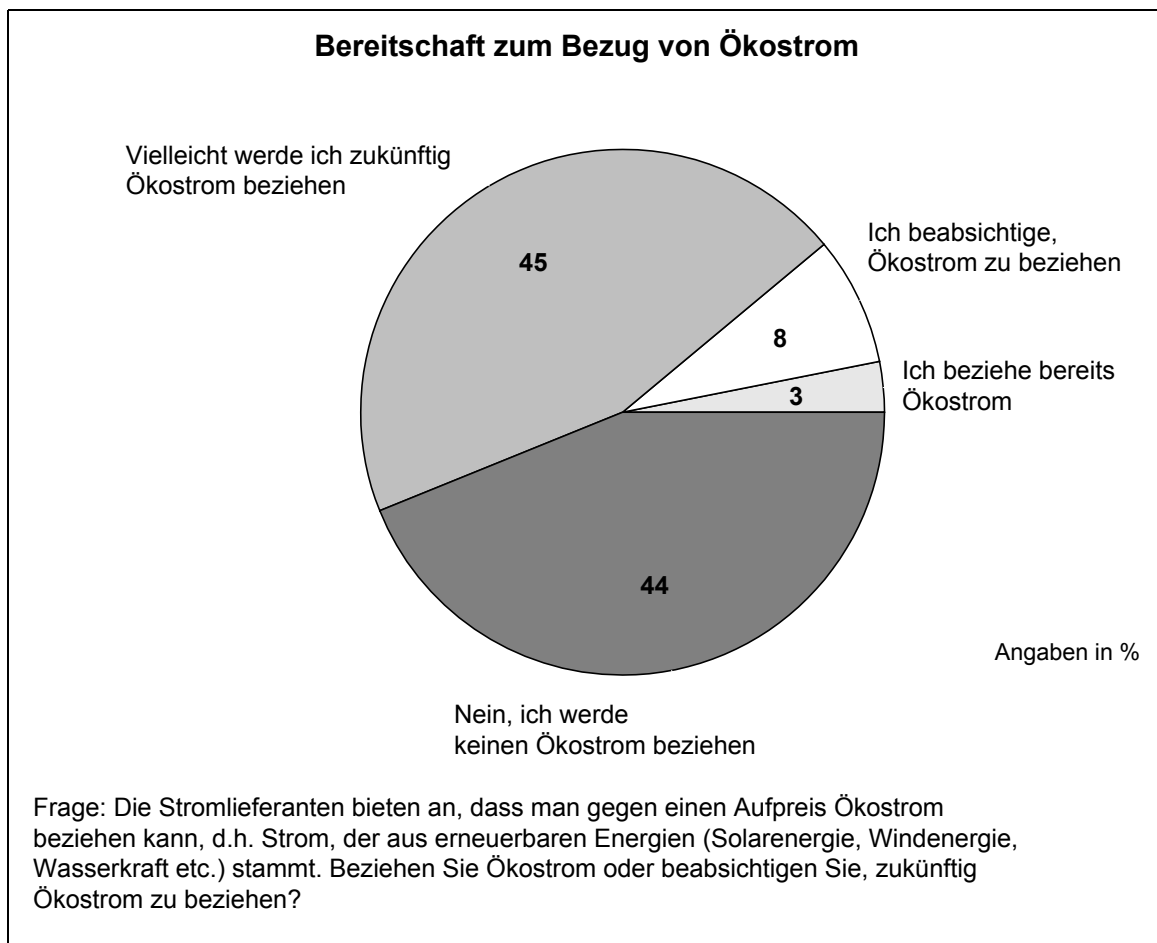
Frage: Ich lese Ihnen nun verschiedene Handlungen vor, die im Alltag eine Rolle spielen. Sagen Sie mir bitte anhand dieser Liste, wie häufig Sie diese Handlungen ausführen

45% der Befragten geben an, sie würden „immer“ oder „häufig“ Produkte von Firmen boykottieren, die sich nachweislich umweltschädigend verhalten. Gegenüber den Resultaten von 2000 bedeutet dies eine Steigerung um drei Prozentpunkte. Ebenfalls mehr Personen geben heute an, dass sie immer oder häufig Produkte kaufen, die mit dem Zusatz „Bio“ oder „Öko“ gekennzeichnet sind, 33% gegenüber 28% im Jahre 2000. Neu in die Untersuchung aufgenommen wurde die Frage nach dem gezielten Kauf von Früchten und Gemüse aus der Region. Diese Frage erzielt die höchsten Anteile von Personen, die mit „immer „ oder „häufig“ antworten. Nur jede zehnte Person gibt an, dies nie zu tun oder die Frage nicht beantworten zu können. Bei beiden Kauf-Fragen erweisen sich die Frauen als diejenigen, die sich gemäß ihren eigenen Angaben umweltgerechter verhalten, vermutlich deshalb, weil der Bereich des Einkaufs immer noch mehrheitlich von Frauen abgewickelt wird.

Die mit „Bio“ oder „Öko“ gekennzeichneten Produkte werden weniger von den älteren Bürgern gekauft, die jedoch wiederum eher zum Kauf von Obst und Gemüse aus der Region neigen. Jüngere Personen liegen in allen drei Bereichen etwas zurück, sogar bei der Frage nach dem Boykott von nachweislich umweltschädlich handelnden Firmen liegen sie hinten. Hier hätte man eigentlich mit mehr Aktivität jüngerer Altersgruppen rechnen können. Die Neigung, Produkte zu boykottieren steigt mit zunehmender Bildung stark an. Generell erzielen umweltengagierte Personen nahezu doppelt so hohe Aktivitätswerte in allen drei Fragen wie die übrigen Personen.

Seit geraumer Zeit ist die Liberalisierung des Strommarktes im Gange und dadurch bieten sich für Verbraucherinnen und Verbraucher neue Möglichkeiten zur Wahl des eigenen Stromlieferanten. Es kann nicht nur nach Maßgabe des Preises gewählt werden, sondern auch je nach Herkunft oder Entstehungszusammenhang der Energie. 3% der Interviewten haben sich für Ökostrom entschieden und das, obwohl der Preis meist über dem anderer Stromformen liegt. Weitere 8% beabsichtigen nach

eigenen Angaben Ökostrom zu beziehen. Für 44% kommt der Bezug von Ökostrom auf keinen Fall in Frage. Nahezu die Hälfte der Befragten ist sich noch nicht darüber im Klaren, wofür sie zukünftig entscheiden werden. Aus den Zahlen wird deutlich, welches Potenzial noch für die Anbieter von Ökostrom zur Verfügung steht. In den letzten beiden Jahren konnte die Verbreitung von Ökostrom allerdings nicht sonderlich gesteigert werden. Der Anteil der Beziehenden stieg um einen Prozentpunkt, der Anteil der Beabsichtigenden um zwei Prozentpunkte. Die Zahl der Ablehnenden blieb fast unverändert.



Beim Kauf von energieeffizienten Haushaltsgeräten werden die Käuferinnen und Käufer vor ein grundsätzliches Problem gestellt, wenn sie sich das Gerät nicht primär aus Gründen des Umweltschutzes zulegen, sondern eine finanzielle Ersparnis realisieren möchten. In diesem Fall muss abgewogen werden: Einerseits ist bekannt, dass der reduzierte Energieverbrauch während des Betriebes auch mit geringeren Kosten verbunden ist. Andererseits ist der Anschaffungspreis des Gerätes in der Regel höher. Pro-Umwelt-Einstellungen beeinflussen die Entscheidung eher in Richtung Investition in das effizientere Gerät, also hin zur Einsparung von Energie. Erstaunlich ist allemal, dass lediglich 13%

„eher nicht“ oder „nicht“ beim Kauf von Haushaltsgeräten auf einen niedrigen Energieverbrauch achten. Für die überwältigende Mehrheit spielt der Energieverbrauch eine große Rolle bei der Kaufentscheidung, in den neuen Bundesländern in noch höherem Maße als in den alten. Im Zeitvergleich lässt sich ein kontinuierlicher Anstieg der Werte feststellen. Ein großer Sprung fand von 1998 zum Jahr 2000 statt, als sich der Prozentanteil der auf den Energieverbrauch Achtenden von 79% auf 86% erhöhte. Nun wird dieser Wert erneut knapp übertroffen.

Tabelle 45: Niedriger Energieverbrauch als Kaufkriterium (Zeitreihe)

Anteil in % der Befragten, die entweder mit ja oder eher ja geantwortet haben	Erhebung 2002			Erhebung 2000			Erhebung 1998			Erhebung 1996		
	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost	Ges.	West	Ost
	87	86	92	86	85	93	79	77	87	78	76	87

Bei der Anschaffung neuer Haushaltsgeräte bin ich bereit, vorrangig auf einen niedrigen Energieverbrauch zu achten. (Zustimmung)

Ähnlich wie im Falle der Haushaltsgeräte im Allgemeinen, verhält es sich mit Energiesparlampen im Besonderen. Energiesparlampen sind vergleichsweise teuer, bedürfen also bei der Anschaffung einer finanziellen Vorleistung, ehe sie sich allmählich durch ihren gegenüber herkömmlichen Glühbirnen reduzierten Energieverbrauch amortisieren. Wie hoch ist die Bereitschaft der Bürger trotzdem oder gerade deswegen Energiesparlampen anzuschaffen? Drei von vier Personen haben heute Energiesparlampen im Haushalt und nur 28% besitzen überhaupt keine solche. Von den Besitzern haben ein Drittel ein bis zwei Lampen, ein Drittel drei bis fünf Lampen und ein Drittel besitzt mehr als fünf Exemplare im Haushalt.

Hinter dem Kauf eines energiesparenden Haushaltsgeräts können also zwei sich keineswegs widersprechende Intentionen stehen. Erstens, der Wunsch der Umwelt durch eine geringere benötigte Energieaufwendung etwas Gutes zu tun und zweitens, der Versuch eine ökonomische Optimierung vorzunehmen. Wir haben in den Interviews nach der prinzipiellen Zahlungsbereitschaft für energiesparende Haushaltsgeräte gefragt. Demnach geben knapp zwei Drittel der Befragten an, sie würden genau dann höhere Preise zahlen, wenn sich die Mehrkosten auf lange Sicht rechnen. Jede fünfte Person würde höhere Preise ohne eine weitere Bedingung zahlen. Diese beiden Antwortmöglichkeiten entsprechen in etwa den beiden Intentionen. Letztlich sind es nur 16% der Bürger, die „eher nicht“ oder „nicht“ zur Zahlung höherer Preise für ein energiesparendes Haushaltsgerät bereit sind.

Tabelle 46: Zahlungsbereitschaft für energiesparende Haushaltsgeräte

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
ja, unbedingt	20	22	16
ja, wenn sich die Mehrkosten auf lange Sicht rechnen	64	64	63
eher nicht	11	10	12
nein	5	4	9

Frage: Sind Sie bereit, für Haushaltsgeräte mit einem niedrigen Energieverbrauch höhere Preise zu zahlen?

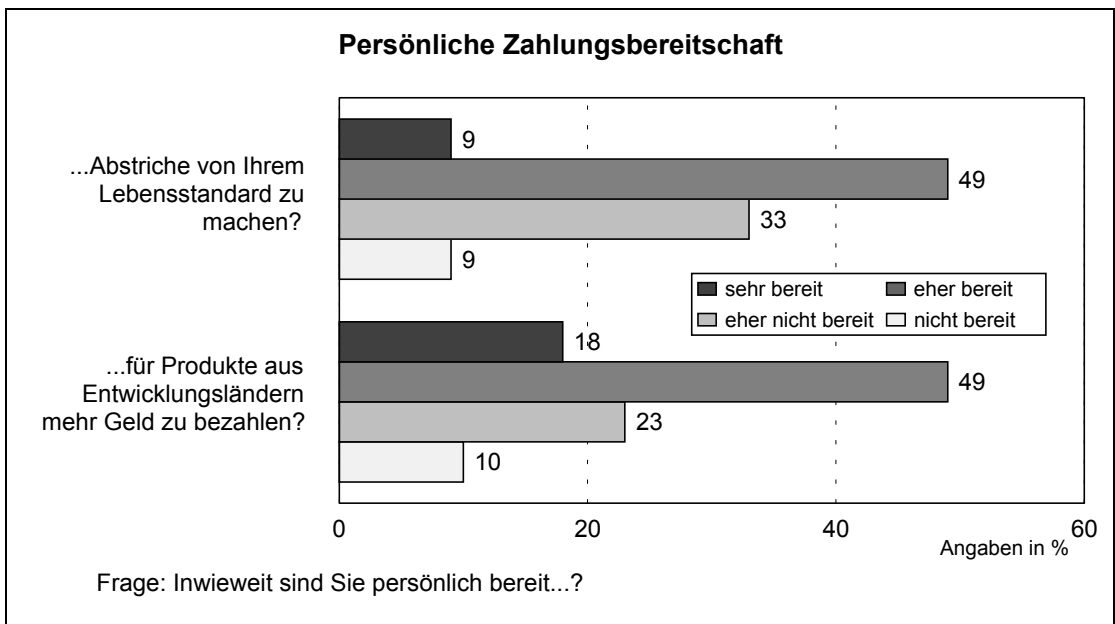
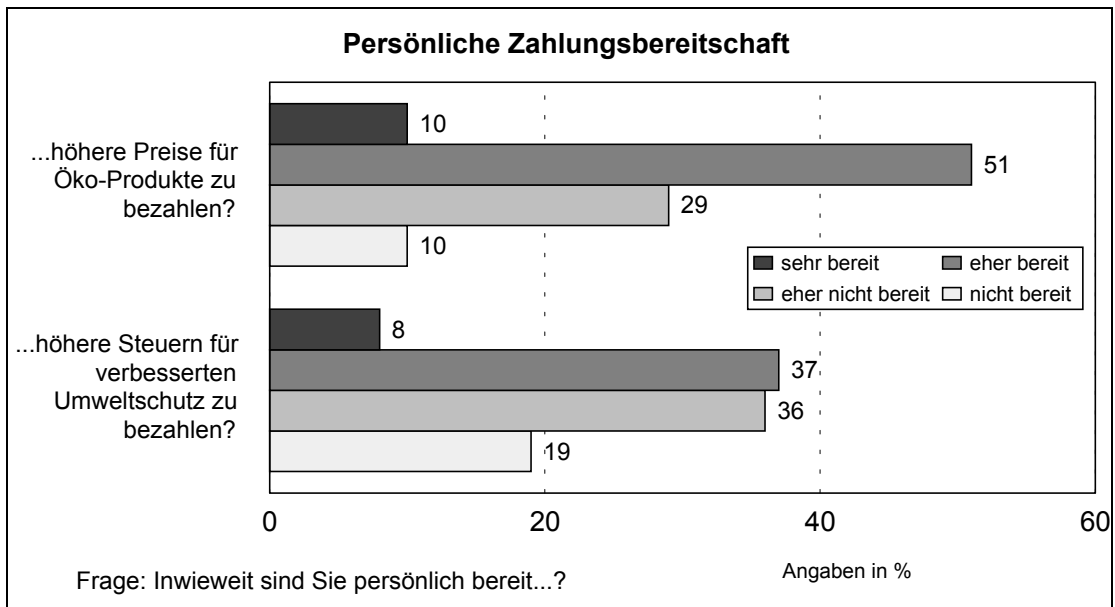
In Deutschland ist die Bereitschaft zum Kauf energiesparender Haushaltsgeräte also in weiten Kreisen vorhanden. Nur eine Minderheit beachtet Aspekte des Energieverbrauchs überhaupt nicht. Für die Mehrheit steht allerdings beim Energiesparen der ökonomische Zugewinn im Vordergrund und quasi im Vorbeigehen kann dann zugleich noch etwas für die Umwelt getan werden. Besonders in den unteren Einkommensgruppen ist die Amortisierung energiesparender Geräte ungemein wichtig. Eine attraktive Preisgestaltung der Geräte im Vergleich zum Einsparungspotenzial stößt sicherlich in jedem Fall auf große Gegenliebe.

7.2 Zahlungsbereitschaft für verbesserten Umweltschutz

Wie ist es allgemein um die Zahlungsbereitschaft für den Umweltschutz bestellt? In der Umweltforschung wird bei dieser Frage meist differenziert zwischen a) der Zahlungsbereitschaft für ökologische Produkte, b) der Bereitschaft, höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu zahlen, und c) der Bereitschaft, für einen besseren Umweltschutz sogar Einschnitte in den Lebensstandard zu akzeptieren. Wir fragten darüber hinaus, ob man für so genannte fair gehandelte Produkte aus Entwicklungsländern auch mehr bezahlen würde.

Die beiden folgenden Grafiken zeigen ein Bild geteilter Zustimmung. Entschiedene Ablehnung ist vergleichsweise genau so selten wie entschiedene Zustimmung. Die Befragten konzentrieren sich in der Mitte mit leicht positiver Tendenz. Nun ist in Zeiten wirtschaftlicher Probleme und angesichts der im ersten Kapitel beschriebenen Problemwahrnehmung (Umweltschutz nicht unter den aktuellen Top-Themen der Politik) schlechterdings keine überwältigende Zustimmung für höhere Produktpreise oder für höhere Steuern zugunsten des Umweltschutzes zu erwarten, auch dann, wenn diese Steuern anerkanntermaßen „für einen guten Zweck“ sein sollen. Auf diesem Hintergrund sind die Zustimmungswerten noch recht beachtlich: 58% geben an, sie wären sogar bereit, Abstriche von Ihrem Lebensstandard zu akzeptieren, um die Umwelt zu schützen. Dies sind aber sieben Prozentpunkte weniger

als noch in der vorigen Untersuchung. Am geringsten ausgeprägt ist nach wie vor die Bereitschaft, höhere Steuern für einen besseren Umweltschutz zu bezahlen. Selbst wenn sichergestellt wäre, dass die Steuern direkt dem Umweltschutz zugute kämen, wären nur 8% „sehr bereit“ zu zahlen. In der 2000er-Befragung betrug die entsprechende Quote noch 13%.



Bemerkenswert ist für alle Formen der Zahlungsbereitschaft, dass diese weniger von der Einkommenshöhe abhängt, sondern eher von der allgemeinen Einstellung zum Umweltschutz und von der Haltung gegenüber der Natur. Eine hohe Zahlungsbereitschaft zeigen diejenigen, die der Haltung „Ich gestalte mein Leben möglichst umweltfreundlich!“ zustimmen, und die Personen, die Umweltschutz

als eine Sache von Bürgerpflicht und Anstand erachten. Wenig zahlungsbereit sind diejenigen, die keine Lust auf Pessimismus haben und die nach dem Motto „Wenn's uns gut geht, geht's auch der Umwelt gut!“ leben.

Die nachfolgende Tabelle zeigt für den Zeitraum von 1996 bis 2002, wie sich die Quote der Steuererhöhungen Ablehnenden entwickelt hat. Es zeigen sich erheblichen Schwankungen zwischen den einzelnen Untersuchungszeitpunkten, wobei die Ablehnung in den letzten sechs Jahren eindeutig zugenommen hat.

Tabelle 48: Bereitschaft höhere Steuern zu zahlen

Angaben in %	Jahr der Erhebung			
	2002	2000	1998	1996
Anteil der Personen, die nicht bereit wären höhere Steuern für einen verbesserten Umweltschutz zu bezahlen, wenn sichergestellt ist, dass diese direkt dem Umweltschutz zu Gute kämen.	55	40	53	49

7.3 Ökologische Geldanlagen

In jüngster Zeit ist in der öffentlichen Diskussion sehr häufig das Thema *ökologische Geldanlagen* aufgetaucht. Wie man sein Geld anlegt, gehört nicht zu den klassischen Themenfeldern des Umweltbewusstseins. Dieses „Umweltverhalten“ wird aber im Zeitalter des Leitbilds einer Nachhaltigen Entwicklung zunehmend wichtiger, lassen sich doch so innovative Unternehmen im Umweltbereich wie z.B. Windparks u.ä. gut finanzieren. Das Interesse der Öffentlichkeit an diesem sogenannten „grünen Geld“, wie Insider die ökologischen Geldanlagen nennen, ist nicht zuletzt durch die Artikel in den großen Wochenzeitschriften angewachsen. Auch die gemeinsam vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt herausgegebene Broschüre „Mehr Wert: Ökologische Geldanlagen“ verzeichnete eine sehr rege Nachfrage.

Die Daten zeigen, dass Ökofonds und ökologische Geldanlagen zwar viel diskutiert werden, bislang aber doch noch wenig verbreitet sind. In den westlichen Bundesländern sind es immerhin 3% der Befragten, die bereits auf solche Weise ihr Geld angelegt haben. Im Osten sind es allerdings bisher nur sehr wenige Personen. Es zeigt sich aber, dass das Interesse an Ökofonds weitaus größer ist und sich hier doch ein vielversprechender Markt auftun könnte. Die Resultate machen aber auch deutlich, dass in Punkto Ökofonds noch ein erheblicher Informationsmangel besteht, denn mehr als 40% der Befragten haben bisher überhaupt noch nichts von dieser Anlageform gehört. Weitere 33% haben sich bislang noch nicht näher damit befasst.

Tabelle 49: Attraktivität von Ökofonds

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
bisher nichts davon gehört	42	39	54
habe mich bisher nicht damit beschäftigt	33	34	25
habe bereits eine solche Geldanlage	2	3	0,4
eine solche Form der Geldanlage ist für mich attraktiv	6	7	3
eine solche Form der Geldanlage ist nicht attraktiv und kommt für mich nicht in Frage.	17	17	18

Frage: Neben den bisherigen Anlageformen gibt es jetzt sogenannte nachhaltige Geldanlageformen, die ethische, ökologische oder soziale Kriterien berücksichtigen wie z.B. Ökofonds. Ist für Sie eine solche Form der Geldanlage attraktiv, oder kommt dies für Sie nicht in Frage?

Unter denen, die sowohl bereits in eine ökologische Geldanlage investiert haben, als auch unter denjenigen, die eine solche Anlage als attraktiv für sich bezeichnen, sind überproportional häufig Personen mit höherem Einkommen zu finden. Mit anderen Worten, es sind die höheren Einkommensgruppen, die einen großen Teil der bereits investierten Kapitalvolumina stellen, die aber darüber hinaus auch weiteres Potenzial bergen. Neben dem Einkommen spielt auch das Alter eine Rolle: Ökologische Geldanlagen sprechen eher die Jüngeren an, die über 60-jährigen zeigen sich dagegen eher reserviert. In anderen Untersuchungen wurde bereits festgestellt, dass ältere Leute eher vorsichtige Investoren sind, Sicherheit geht vor Rendite. Vermutlich birgt das „grüne Geld“ ebenfalls assoziativ Gefahren für das gute Geld, trotz der zahlreichen unterschiedlichen Anlagemöglichkeiten.

Tabelle 50: Transparenz von Geldanlagen

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
sehr wichtig	14	15	13
wichtig	35	36	31
weniger wichtig	26	27	21
unwichtig	11	9	20
egal /weder noch	14	13	15

Frage: Viele Menschen haben Geld bei Banken oder Versicherungen angelegt, beispielsweise als Sparkonten oder als Lebensversicherungen. Oft wissen die Anleger nicht, was dort mit ihrem Geld passiert. Wie wichtig wäre es Ihnen persönlich, dass Banken und Versicherungsunternehmen künftig generell bekannt geben, ob und inwiefern sie Umweltaspekte bei den Geldanlagen berücksichtigen?

Insgesamt scheint ein guter Nährboden für Informationskampagnen und fundierte ökologische Aufklärung zu bestehen. Es wird darauf ankommen wie hier Kommunikationsstrategien von Unternehmen greifen, um tatsächlich ökologische Geldanlagen zu befördern. Generell interessiert es die Bürger

nämlich sehr wohl, was mit ihrem angelegten Geld passiert und inwieweit Unternehmen in ihrem Handeln Aspekte des Umweltschutzes berücksichtigen. Für 49% ist es wichtig oder sehr wichtig, in dieser Hinsicht Klarheit zu erhalten.

Auch im Rahmen der Debatten um die private Altersvorsorge und der so genannten Riester-Rente wird diskutiert, ob die Altersvorsorgeunternehmen bekannt geben müssen, was sie aus Umweltsicht mit den [eingezahlten] Geldern machen. Angesichts des tief greifenden Wandels, der dem deutschen Rentensystem bevorsteht, ist es umweltpolitisch von großer Bedeutung, ob ähnlich wie in Großbritannien den Altersvorsorgeanbietern eine Auskunftspflicht auferlegt wird, ob und in welcher Form Umwelt- und soziale Aspekte beim Anlagemanagement berücksichtigt werden. Die Antworten auf die entsprechende Frage zeigen, dass die Bürger einer solchen Verpflichtung der Rentenanbieter eher positiv gegenüber stehen, nur 9% äußern sich „negativ“ oder „eher negativ“. Auffallend ist jedoch auch, dass bislang noch ein großes Informationsdefizit besteht, denn annähernd die Hälfte der Befragten - im Osten sogar 59% - haben noch nichts von dieser Diskussion gehört.

Tabelle 51: Förderung nachhaltiger Investmentfonds in der Rentenpolitik

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
positiv	13	14	10
eher positiv	31	32	25
eher negativ	7	8	4
negativ	2	2	2
kenne ich nicht	47	44	59

Frage: Im Entwurf zur Rentenreform ist eine Auskunftspflicht über ethische, ökologische und soziale Anlagekriterien geplant, um nachhaltige Investments zu fördern. Bewerten Sie dies als positiv, eher positiv, eher negativ oder negativ? Wenn Sie bisher noch nichts davon gehört haben, sagen Sie bitte „kenne ich nicht“.

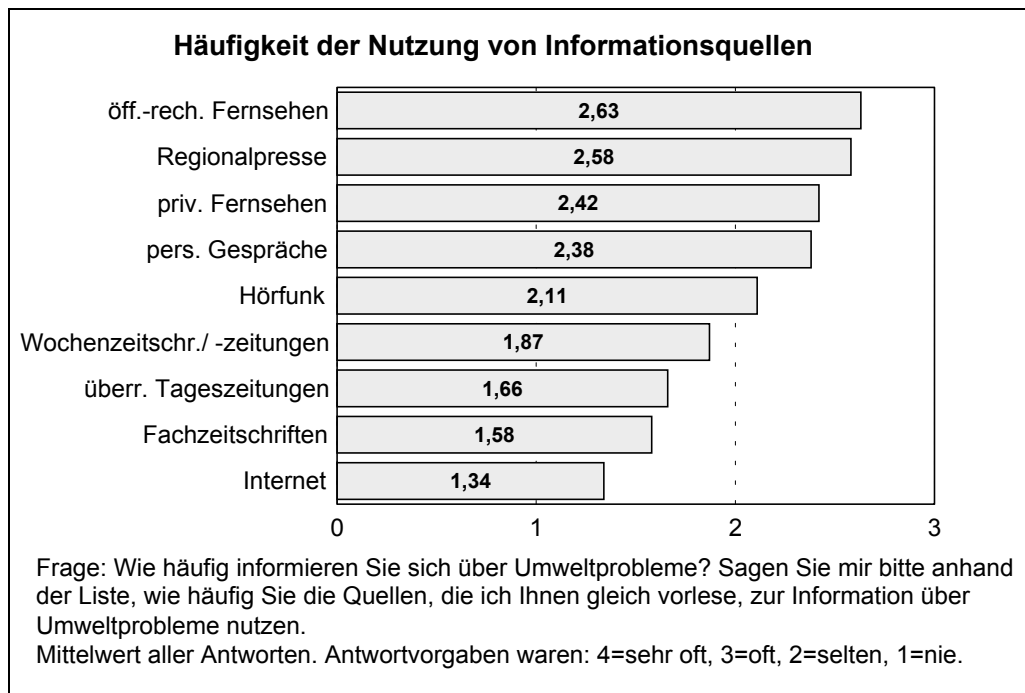
Andere Studien zeigen, dass die Rentenreform ein Thema ist, das sehr viele Bürger interessiert und bei vielen ein Nachdenken über eine eigene, private Altersvorsorge hervorruft. Angesichts der Bedeutung, die eine Altersversorgung für jeden Einzelnen hat, ist der Wunsch nach Transparenz der Geldanlage nur allzu verständlich. Teil dieses Wunsches ist der Wunsch nach Transparenz in Bezug auf das Umwelthandeln der Unternehmen: Halten sie die bestehenden Umweltgesetze auch wirklich ein? Tun sie etwas für den Umweltschutz? Produzieren sie ökologisch unbedenkliche Produkte? Hier besteht offenbar ein starkes Bedürfnis der Bevölkerung einerseits nach Information, andererseits nach entsprechenden staatlichen Auflagen. Umweltschutz und Geldanlage sind heute für die Bevölkerung nichts Getrenntes mehr. Es ist nicht mehr so, dass man zwar den Müll trennt oder mit der Stofftasche

einkaufen geht, bei der Geldanlage aber nur auf die Rendite schaut. Für die Umweltpolitik ist dieser Prozess der Ökologisierung von Geldanlagen ein sehr bedeutsamer Vorgang. Noch ist der Markt zwar klein und das Informationsdefizit beträchtlich, doch liegt in dem billionenschweren Geldvermögen der Deutschen noch erhebliches Potenzial, das entsprechend lenkungswirksam eingesetzt werden könnte.

8 Informationsverhalten im Umweltschutz

8.1 Häufigkeit der Nutzung verschiedener Informationsquellen

Für Umweltbewusstsein gilt, dass es in starkem Maße medial vermittelt ist. Es sind die Medien, die heute eine entscheidende Rolle in der Umweltkommunikation spielen. Dort kann man etwas über das Ozonloch lesen und findet Dossiers über den Klimawandel. Der eigene Erfahrungsbereich gibt hierzu nur wenig her. In welchem Maße nutzt die Bevölkerung die Medien zur Information über Umweltprobleme? Wie häufig informiert sie sich überhaupt? Welche Informationskanäle nutzt sie, und wie oft nutzt sie die verschiedenen Kanäle jeweils? Findet sie die Umweltinformationen insgesamt ausreichend und fühlt sie sich gut informiert?



Von allen Medien wird das öffentlich-rechtliche Fernsehen am häufigsten zur Information über Umweltprobleme genutzt, direkt gefolgt von der Regionalpresse, d.h. Tageszeitungen und Stadtzeitungen. Auch die privaten TV-Sender spielen heute eine große Rolle. Fachzeitschriften und überregionale Tageszeitungen sowie das erstmals in die abgefragte Liste aufgenommene Internet rangieren am Ende der Häufigkeitsrangfolge. Diese Medien sind nur für eine Minderheit eine „oft“ oder „sehr oft“ genutzte Informationsquelle, nämlich 6% im Falle des Internets und 12% bei den Fachzeitschriften. Anders steht es um den Hörfunk, der immerhin von 29% der Bürger „oft“ oder „sehr oft“ zur Umweltinforma-

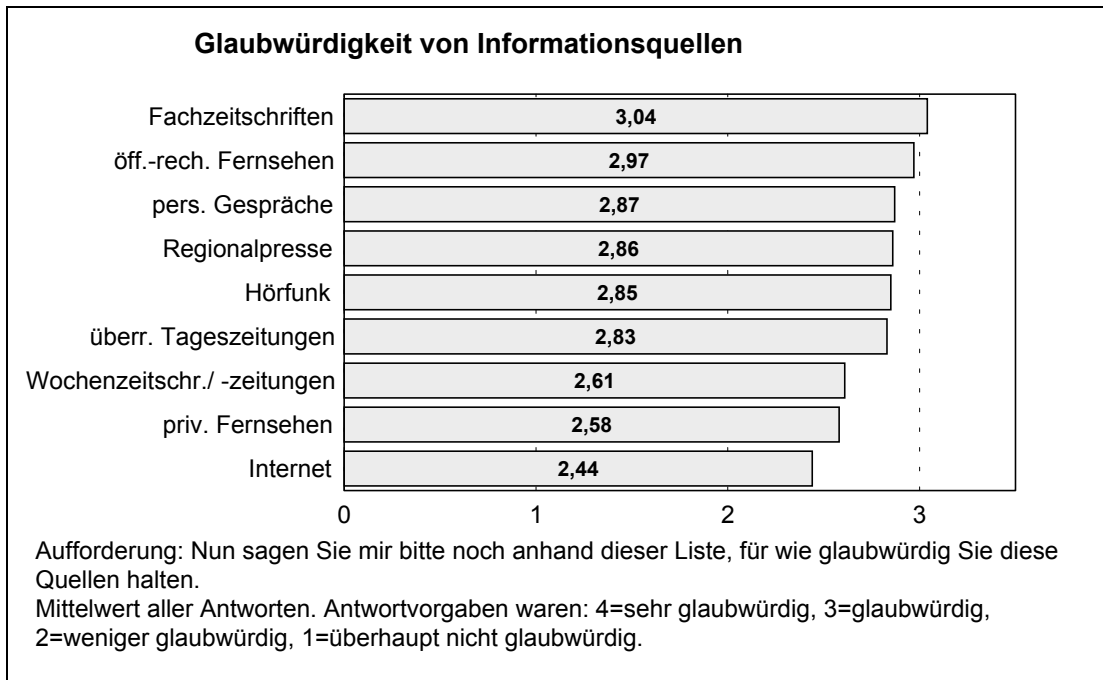
tion genutzt wird. Auch persönliche Gespräche mit Freunden und Bekannten werden von 43% als oft genutzte Informationsquelle in Sachen Umweltschutz genannt.

Gegenüber der Studie „Umweltbewusstsein 2000“ ergeben sich einige bemerkenswerte Veränderungen: Das Fernsehen hat jetzt die Regionalpresse – wenn auch nur knapp – vom ersten Platz verdrängt. Die Zahlen für das Privatfernsehen sind in den letzten zwei Jahren angestiegen, Hörfunk und überregionale Zeitungen weisen hingegen sinkende Zahlen auf. In diesen Ergebnissen scheinen sich allgemeine Trends der Mediennutzung in Deutschland wider zu spiegeln, wie beispielsweise die steigenden Zuschauerquoten der Privatsender und die sinkende Bedeutung des Radios als Medium ausführlicher Information bzw. Hintergrundinformation.

8.2 Glaubwürdigkeit und Qualität der Berichterstattung

Die Medien, die besonders häufig genutzt werden, sind aber nicht unbedingt auch die glaubwürdigsten. Die nur von relativ wenigen Personen gelesenen Fachzeitschriften, auf dem vorletzten Platz in der Häufigkeitsrangliste, führen das Ranking der glaubwürdigsten Medien an. Sie gelten 83% der Befragten als besonders glaubwürdig (25% „sehr glaubwürdig“, 58% „glaubwürdig“). Den zweiten Platz im Glaubwürdigkeitsranking nimmt das öffentlich-rechtliche Fernsehen ein (15% „sehr glaubwürdig“, 69% „glaubwürdig“), gefolgt von den Gesprächen mit Freunden und Bekannten und dem Hörfunk.

Trotz des nicht immer einheitlichen Votums gelten die Medien insgesamt eher als glaubwürdig. Die Rangliste der für „weniger glaubwürdig“ oder „überhaupt nicht glaubwürdig“ gehaltenen Medien reicht von 17% für das öffentlich-rechtliche Fernsehen bis zu 42% für das Privatfernsehen und 48% für das Internet. Aber auch bei diesen beiden Schlusslichtern in punkto Glaubwürdigkeit entscheidet sich die Mehrheit noch zugunsten von Vertrauen. Keine der abgefragten Informationsquellen gilt als ausgesprochen unglaubwürdig. Für die Antwortalternative „überhaupt nicht glaubwürdig“ entschieden sich maximal 6% der Befragten (bei den Wochenzeitschriften/Wochenzeitungen), nur das Internet erreicht mit 12% einen negativeren Wert. Hier ist allerdings zu berücksichtigen, dass das Internet bislang nur von einer relativ kleinen Gruppe zur Information über Umweltprobleme genutzt wird und für diese Gruppe der häufigen Nutzer ist das Internet keineswegs weniger glaubwürdig als die traditionellen Medien.



In Bezug auf den angemessenen Umfang der Umweltberichterstattung in den Medien gehen die Meinungen auseinander. Zwar sind es nur relativ wenige, nämlich 8%, die meinen es würde eher zuviel berichtet, aber 38% finden den derzeitigen Umfang genau richtig, während 46% zu dem Urteil kommen, dass die Medien eigentlich eher zu wenig über Umweltprobleme berichten. Bei dieser Frage hat eine Veränderung im Vergleich zu 2000 stattgefunden: Die Gruppe derjenigen, denen die Umweltberichterstattung in den Medien zu kurz kommt, ist angewachsen.

Tabelle 52: Bewertung des Umfangs der Umweltberichterstattung

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
eher zuviel	8	7	12
genau richtig	38	39	37
eher zu wenig	46	47	43
weiß nicht	8	8	8

Frage: Finden Sie, dass die Medien eher zu viel, genau in der richtigen Menge oder eher zu wenig über Umweltprobleme berichten?

Nicht verändert hat sich im Vergleich zu 2000 das Urteil über die Qualität der Umweltberichterstattung durch die Medien. Diese wird weiterhin als einigermaßen „befriedigend“ eingeschätzt, insgesamt wird auf der vorgegebenen Schulnotenskala genau ein Durchschnitt von 3,0 erreicht. Nur 2% fühlen sich allerdings durch die Medien „sehr gut“ über Umweltprobleme informiert. Immerhin 28% urteilen mit „gut“.

Tabelle 53: Bewertung der Qualität der Umweltberichterstattung

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
sehr gut	2	2	2
gut	28	27	30
befriedigend	37	38	34
ausreichend	21	21	19
mangelhaft	11	11	13
ungenügend	1	1	2

Frage: Wie fühlen Sie sich durch die Medien über Umweltprobleme informiert? Bitte benutzen Sie für Ihre Bewertung Schulnoten von 1 für „sehr gut“ bis 6 für „ungenügend“.

8.3 Das Internet als Informationsquelle

Die Interneteuphorie der letzten Jahre ist zwar beendet, dennoch hat das Internet in den letzten Jahren als Informationsmedium deutlich an Bedeutung gewonnen. Das spiegelt sich auch in den wachsenden Zahlen der Internetnutzer wieder.

Tabelle 54: Internetzugang

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
ja, nur beruflich	3	3	3
ja, nur privat	16	17	12
ja, sowohl beruflich und privat	15	16	12
nein, nutze das Internet nicht	66	64	73

Frage: Nutzen Sie persönlich aus privaten und/oder aus beruflichen Gründen das Internet?

Jeder dritte der Befragten nutzt heute das Internet, vor zwei Jahren war es nur jeder Vierte. Wir haben nachgefragt, wozu das Internet vorrangig genutzt wird und ob es bereits eine Rolle als Informationsquelle in Umweltfragen spielt. Schließlich haben in den letzten Jahren viele Umwelt- und Naturschutzverbände in das Internet investiert, gewiss in der Hoffnung, dass ihr Angebot oft und intensiv genutzt wird und viele Interessierte erreicht.

Es zeigt sich, dass der *Austausch mit Anderen* die häufigste Nutzungsart der Befragten ist. Dabei handelt es sich wohl vorrangig um E-Mail und Chat-Kommunikation. Vielen ist das Netz aber auch ein Mittel zur Informationsbeschaffung. Die Mehrheit derjenigen, die einen Zugang zum Internet haben, nutzt das Netz dabei nicht nur allgemein als Informationsmedium, sondern auch zur Information über

Umweltthemen. Bei vielen geschieht dies allerdings nur „selten“ oder „manchmal“. Immerhin sind es doch 12%, die sich „häufig“ oder „sehr häufig“ in Sachen Umwelt über das Internet informieren. Dabei ist ein deutliches Altersgefälle zu beobachten. 37% der sehr häufig das Netz nutzenden Personen sind zwischen 18 und 30 Jahren alt.

Tabelle 55: Nutzung des Internet

Antworten in % derer, die angeben, das Internet zu nutzen	Erhebung 2002				
	trifft völlig zu	trifft eher zu	teils/teils	trifft eher nicht zu	trifft überhaupt nicht zu
Tausche mich mit anderen aus	18	22	17	19	24
Informiere mich im Internet	5	11	21	27	36
Kaufe umweltfreundliche Produkte	1	3	7	21	68

Frage: Inwieweit treffen folgende Aussagen auf Ihre Internetnutzung zu?

In Anbetracht der Altersverteilung der Nutzer und der weiter wachsenden Verbreitung des Netzes wird man wohl prognostizieren können, dass die Zahl der Personen, die Umweltinformationen aus dem Internet beziehen, in den nächsten Jahren weiter anwachsen wird.

Tabelle 56: Häufigkeit Internetnutzung zur Information über Umweltthemen

Antworten in % derer, die angeben, das Internet zu nutzen	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
sehr häufig	4	4	4
häufig	8	8	7
manchmal	18	18	16
selten	23	23	24
nie	47	47	47

Frage: Wie häufig nutzen Sie das Internet, um sich über Umweltthemen zu informieren?

Ist das Internet nur das schnelle Medium, in dem man sich mal eben informiert, aber schon nach wenigen Sekunden wieder mit dem nächsten Mausklick zur nächsten Information wechselt? Dieser Verdacht liegt zwar nahe und kommt auch in der Metaphorik des „Surfens“ zum Ausdruck. Im Netz wird offenbar nicht tief getaucht. Dennoch sind die Zahlen nicht so eindeutig: Etwa ein Drittel betreibt in der Tat vor allem die schnelle Informationsbeschaffung. Die Mehrheit will hingegen schon ausführlicher informiert werden und ist auch durchaus an Hintergrundinformationen interessiert, wohlgerne die Mehrheit der Personen, die überhaupt das Internet für Umweltinformationen nutzt.

Tabelle 57: Internetinfos zu Umweltthemen: schnelle Information oder Hintergrund

Antworten in % derer, die sich im Internet auch über Umweltthemen informieren	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
Nur an schneller Informationssuche interessiert	11	13	3
Eher an schneller Informationssuche interessiert	21	21	19
An beidem in gleichem Maße interessiert	40	40	40
Eher an Hintergrundinformationen interessiert	23	21	33
Nur an Hintergrundinformationen interessiert	5	5	5

Frage: Wenn Sie sich über das Internet über Umweltthemen informieren, sind Sie dann an schneller Informationssuche über Umweltthemen interessiert oder interessieren Sie sich vor allem für Hintergrundinformationen über Umweltthemen?

Wie gehen die Öko-Surfer vor, wenn Sie im Netz sind? Vermutlich nicht wesentlich anders als andere Surfer auch. Nur 29% suchen direkt und gezielt nach Umweltinformationen, für die anderen 71% gilt, dass sie eher nebenbei auf Umweltinformationen stoßen, die sie dann natürlich auch interessieren. Im Schleppnetz des Netzfischers verfängt sich so manches, und der an Umweltthemen Interessierte kann hier vieles entdecken, schließlich sind mittlerweile alle Bundes- und Landesministerien, Nichtregierungsorganisationen und Forschungszentren wie auch alle Zeitungen und Zeitschriften im Internet präsent.

Wie geht der Öko-Surfer und die Öko-Surferin vor, wenn er oder sie gezielt etwas sucht? Oben in der Rangliste stehen die üblichen Suchmaschinen, gefolgt von den Webseiten der Umwelt- und Naturschutzverbände. Auch die Seiten der Umweltministerien werden angesteuert, etwa gleich häufig lokale Angebote. Ausgesprochene Umweltportale landen (noch) nicht auf den ersten Rangplätzen. Insgesamt ist sicher in Bezug auf die Internetangebote noch vieles im Fluss. Die Zahl der Nutzer ist kleiner als man zu Zeiten des großen New Economy Booms angenommen hat. Andererseits steht hier aber auch ein globales Kommunikationsmedium zur Verfügung, das gerade für Umweltinformationen eine hervorragende Plattform bietet und – wie die Vergleichsdaten zu 2000 zeigen – auch weiterhin mit großen Zuwachsraten wächst. Es ist vor allem die jüngere Generation, die dieses neue Medium mit gewisser Selbstverständlichkeit zu nutzen weiß.

9 Die Umweltengagierten

9.1 Auswahlkriterien

Das Umweltbewusstsein weist auch in einem als umweltbewusst geltenden Land wie Deutschland sehr unterschiedliche Ausprägungen und Ausrichtungen auf. Dies wurde bereits im zweiten Kapitel dieses Berichtes deutlich, und zwar sowohl bei den Resultaten zum allgemeinen Umweltbewusstsein als auch bei den Umweltmentalitäten. Gerade mit den Umweltmentalitäten wird ja thematisiert, wie das eigene Verhalten im Umweltbereich in Relation zu dem Verhalten der Anderen gesehen wird. Will man vorangehen? Will man eher Vorbild sein? Vertraut man primär auf den Staat und die Institutionen und sieht sich selbst nicht in der Pflicht zu handeln? Versteht man Umweltschutz eher als eine von außen an den Einzelnen herangetragene Verpflichtung (Motto: „Bürgerpflicht“) oder ist einem die Umwelt relativ egal, Hauptsache im eigenen Leben ist Spaß garantiert? In diesem Kapitel wollen wir die Gruppe der *engagierten Umweltschützer* etwas genauer betrachten. Wie beurteilen die Umweltengagierten aktuelle Fragen der Umweltpolitik? Wie stehen sie zu Dosenpfand und ökologischer Steuerreform? Sind sie mit der Regierung zufriedener als Nicht-Umweltengagierte? Bei der Identifikation der Gruppe der Umweltengagierten wollen wir weniger die Einstellungen zum Maßstab machen, sondern stärker auf Verhaltensindikatoren und persönliches Engagement abstellen.

Peter Preisendörfer (1999) hat bei seiner Auswertung der Umweltstudien von 1996 und 1998 vier Umwelttypen unterschieden: *Umweltignoranten* (Anteil 10%) sind Personen, die sich nur wenig umweltgerecht verhalten und unterdurchschnittliche Pro-Umwelteinstellungen aufweisen. *Umweltrhetoriker* (Anteil 32%) zeichnen sich durch mittlere Werte beim Umweltbewusstsein und klar unterdurchschnittliche Werte auf Verhaltensebene aus. *Einstellungsungebundene Umweltschützer* (Anteil 28%) weisen überdurchschnittliche Werte beim Umweltverhalten und unterdurchschnittliche bei den Einstellungen auf, d.h. sie verhalten sich umweltgerecht, besitzen aber nicht das dazu passende Bewusstsein. *Konsequente Umweltschützer* (Anteil 30%) weisen sowohl hinsichtlich ihrer Einstellungen als auch ihrer Verhaltensweisen Spitzenwerte auf.

Die eigentliche Kerngruppe der konsequenten Umweltschützer bewegt sich, so Preisendörfer, in einer Größenordnung von 15-20% der Bevölkerung (Preisendörfer 1999: 100). Anders als Preisendörfer, der seine Typologie im Spannungsfeld von Einstellungen und Verhalten aufspannt, wollen wir uns für die folgenden Analysen stärker auf Indikatoren stützen, die ein *persönliches Engagement* bzw. eine *Bereitschaft zum Engagement* zum Ausdruck bringen. Die sattsam bekannte Differenz von Einstellun-

gen und Verhalten, zwischen positiven Umwelteinstellungen und diesen nicht immer folgenden Verhaltensweisen ist in der Vergangenheit immer wieder Gegenstand von moralisch aufgeladenen Diskussionen gewesen. Dies spiegelt sich auch in solchen Bezeichnungen wie „Umweltrhetoriker“ wieder, gewissermaßen eine Gruppe von Personen, die sich eigentlich schämen sollten, denn sie führen das Gute im Munde, handeln aber nicht entsprechend. Solch fundamentalistische Sprachregelung und Typenbildung scheint einer differenzierten Gesellschaft, in der überwiegend das Sowohl-als-auch praktiziert wird, nicht mehr angemessen. Deshalb wird im Folgenden lediglich eine Gruppe identifiziert, die in Sachen Umweltschutz engagierter ist als Andere, die Umweltprobleme ernster nimmt und sich aktiv engagiert. Von ihr wird nicht verlangt, dass sie sich dabei nur mit Bio-Lebensmitteln ernährt, das Auto verkauft und mit dem Fahrrad in Urlaub fährt. Zur Bestimmung dieser Gruppe werden folgende Indikatoren berücksichtigt:

1. Mitgliedschaft in einer Naturschutz- oder Umweltschutzgruppe
2. Geldspende für eine Umwelt- oder Naturschutzgruppe im letzten Jahr
3. Kenntnis des Begriffs Nachhaltige Entwicklung
4. Hohe Zahlungsbereitschaft für einen besseren Umweltschutz
5. Häufige Information über Umweltprobleme aus Fachzeitschriften
6. Umweltmentalität Typ 1 (Motto: Vorbild sein in Sachen Umweltschutz)
7. Erklärte Ko-Verantwortlichkeit für Umweltschutz (Statement: „Es ist nicht schwierig für den Einzelnen etwas für die Umwelt zu tun“)

Die Daten zeigen auf, dass es sich bei der Vorstellung einer allseits ökologisierten Persönlichkeit wohl um eine Schimäre handelt, denn nur wenige Personen weisen positive Werte bei fünf, sechs oder gar allen sieben Indikatoren auf. Die Vorstellung, ein für den Umweltschutz engagierter Mensch müsse bei allen genannten Verhaltensweisen und Einstellungen *konsequent* sein, geht an der Realität vorbei. Offenbar ist eher Partikularismus vorherrschend und dieses Phänomen geht ja auch durchaus konform mit den Resultaten der einschlägigen Lebensstil- und Trendforschung (vgl. de Haan u.a. (Hrsg.) 2001).

Wenn wir die Grenze bei drei positiven Indikatoren ziehen, so wird damit eine Gruppe von besonders engagierten Personen gebildet, die 20,1% der Stichprobe (= 474 Personen) umfasst. Diese Gruppe bezeichnen wir in diesem Bericht als *Umweltengagierte* oder *Umweltaktive*.

9.2 Merkmale der Umweltengagierten

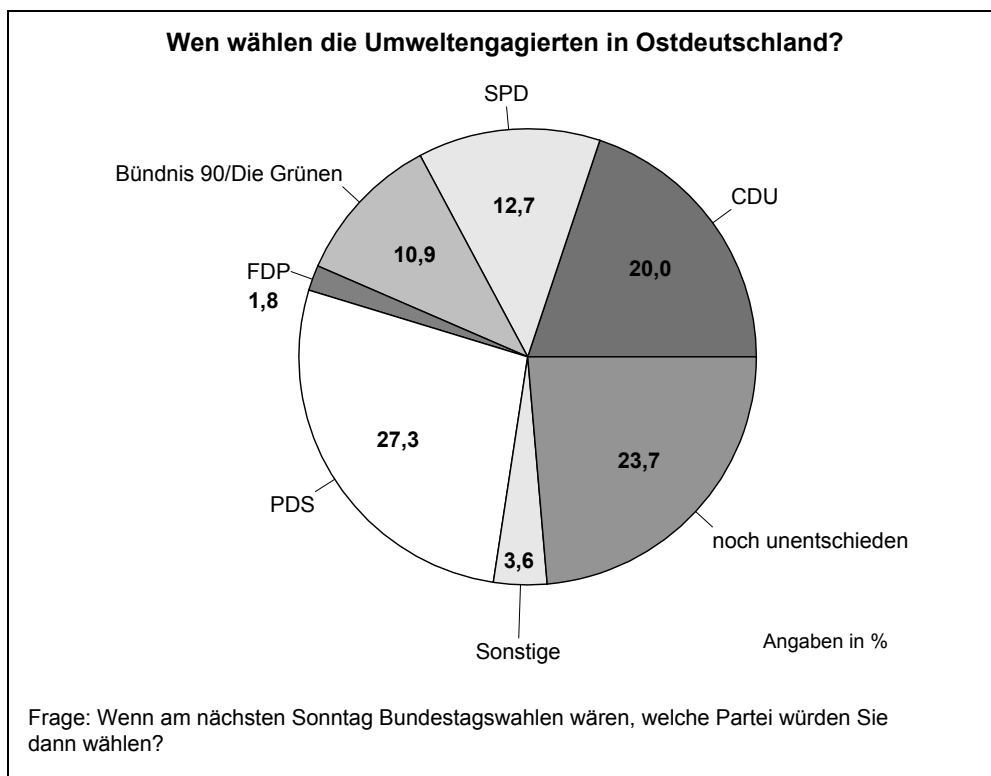
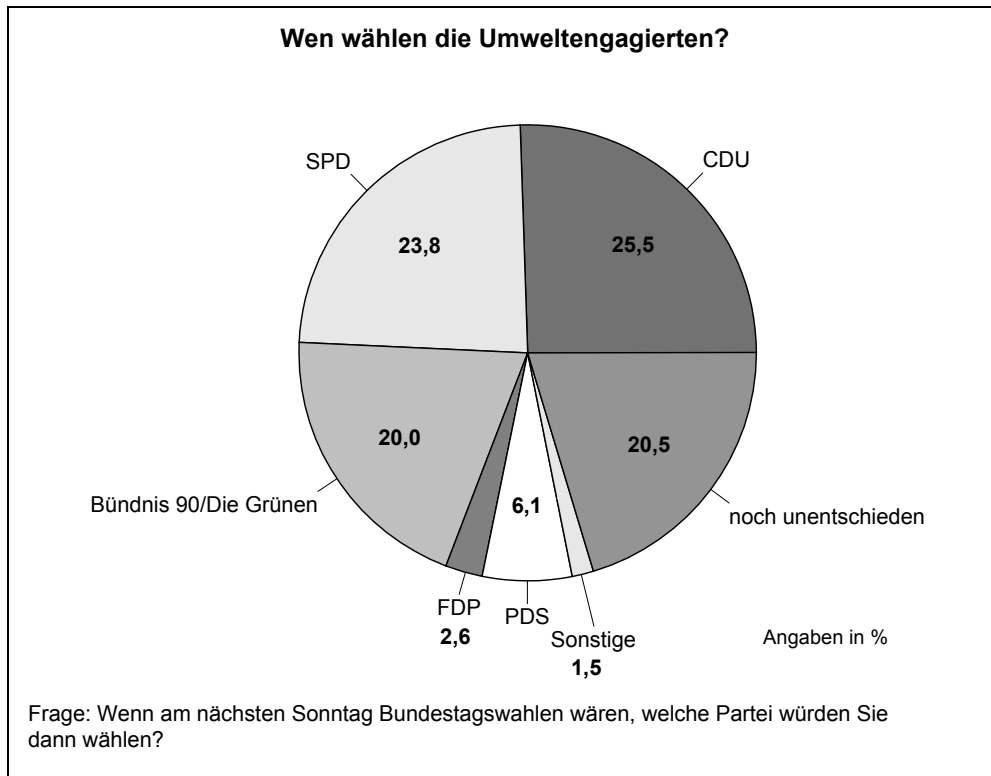
Wer sind die Umweltengagierten? Vergleichen wir zunächst die soziodemographischen Merkmale von Umweltengagierten und den anderen Befragten. Geschlechtsspezifische Unterschiede bestehen nicht, denn unter den Umweltengagierten findet man annähernd gleich viele Männer wie Frauen. Überwiegend handelt es sich um Personen aus den familialen Lebensphasen, während unter den Jungen Singles und den Alleinerziehenden vergleichsweise wenig Umweltengagierte gezählt werden. Große Differenzen zeigen sich hinsichtlich der Bildung: In der Gruppe Bildungsniveau 1 (Hauptschul-/Volksschulabschluss bzw. kein Schulabschluss) finden wir nur 12%, in der Gruppe 3 (Fachhochschulreife bis Hochschulabschluss) 31% Umweltengagierte.

Die Umweltaktiven leben eher in großen Städten oder in sehr kleinen Gemeinden, jedoch unterdurchschnittlich häufig in mittelgroßen Gemeinden zwischen 5000 und 100000 Einwohnern. Der Anteil der Umweltengagierten in den alten Bundesländern ist fast doppelt so hoch wie im Osten. Hamburg und Bremen sind ihre Hochburgen, in Sachsen-Anhalt und Thüringen ist ihr Anteil am geringsten.

Die Umweltengagierten sind alles andere als eine Gruppe von Benachteiligten: Sie verfügen sehr häufig über einen Hochschulabschluss, sind Freiberufler, leitende Angestellte oder im gehobenen oder höheren Dienst im öffentlichen Dienst beschäftigt. Sie wohnen seltener an befahrenen Hauptstraßen, häufiger in Ein- oder Zweifamilienhäusern. Sie gehören nicht den niedrigeren Einkommensklassen an, sondern verfügen überdurchschnittlich häufig über ein mittleres bis hohes Einkommen (jedoch nicht über ein sehr hohes). Man könnte fast vermuten, hier werde eine Beschreibung der so genannten Neuen Mitte vorgenommen.

Ihre Parteipräferenzen

Die Umweltaktiven interessieren sich signifikant häufiger für Politik. Unter den Anhängern von Bündnis 90/Die Grünen findet man überdurchschnittlich viele Umweltaktive. Das ist gewiss wenig überraschend, aber: Die Umweltengagierten sind keineswegs auch alle Anhänger der Grünen, dies gilt gerade einmal für jede(n) Vierte(n), sondern 80% der Umweltengagierten würden, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre, nicht Bündnis 90/Die Grünen, sondern eine andere Partei wählen, am häufigsten die CDU. In ihrer Wählergunst steht auch die SPD vor den Grünen, während sich nur sehr wenige Umweltengagierte für die FDP entscheiden würden. Interessant ist auch, dass die Hälfte der Wähler von Bündnis 90/Die Grünen nicht zur Gruppe der Umweltengagierten zu rechnen sind, d.h. sie erfüllen weniger als drei der oben definierten Kriterien.



Im Osten Deutschlands sind die Ergebnisse, wie zu vermuten war, gänzlich andere. Hier ist es die PDS, gefolgt von der CDU, die bei der Sonntagsfrage die Rangfolge anführt. Nur 10,9% der Umweltengagierten im Osten sind auch Wähler von Bündnis 90/Die Grünen, während 27,3% für die PDS stimmen würden.

Ihre Werte

Während Besitz und Eigentum Ihnen weniger wichtiger sind, stehen Solidarität und Eigeninitiative, Toleranz und Kreativität signifikant höher im Kurs. Sie sind, auch das ist eher eine Überraschung, weitaus häufiger religiöse Menschen als der Durchschnitt. Gefragt, was ihnen wichtiger wäre, „mehr Einkommen“ oder „mehr Freizeit“ antworten 55% „mehr Freizeit“. Zum Vergleich: Bei den Anderen sind es nur 31%, die sich für mehr Freizeit statt für mehr Geld entscheiden würden.

9.3 Einstellungen und umweltpolitische Positionen*Ihre Wahrnehmung der Umwelt*

Die Umweltaktiven beurteilen die Umweltqualität – gleichgültig ob es sich um die lokale, nationale oder globale handelt – signifikant schlechter als die anderen Befragten. Sie haben also eine weit kritischere Sicht auf die gegenwärtige Problemlage. Dies kommt auch deutlich zum Ausdruck, wenn nach den in den letzten Jahren erreichten Verbesserungen im Umweltschutz gefragt wird: Die Engagierten sehen weniger Fortschritte in der Umweltpolitik als die anderen Bürger, d.h. sie haben offensichtlich eine kritischere Sichtweise und sind stärker der Überzeugung, dass die Umweltprobleme fortbestehen.

Dabei handelt es sich nicht nur um eine allgemeine Einstellung. Sie fühlen sich auch persönlich weitaus stärker durch Umweltprobleme belastet und gefährdet, das gilt in besonderem Maße für die Gefährdung durch Atomkraftwerke. In diesem Punkt ist der Unterschied zu den restlichen 80% der Population am größten.

Auch in Bezug auf den Klimawandel sind sie stärker sensibilisiert. Vom Eintreten der Klimakatastrophe sind sie weitaus stärker überzeugt und daraus folgt, dass sie in der Umweltpolitik ein Vorangehen Deutschlands befürworten. Man soll nicht auf Europa warten, sondern es soll bewusst eine Avantgarderolle angenommen werden. Trotz der ansonsten durchwegs überdurchschnittlich kritischen Sichtweise ist die Gruppe der Umweltaktiven interessanterweise mit dem Auftritt Deutschlands bei den Klimakonferenzen zufriedener als die Anderen. Die führende Rolle, die Deutschland dort übernommen hat, schlägt sich offensichtlich in einem besseren Urteil nieder.

Ihre Einstellungen und ihre Haltung zur Ökosteuer

Die Pro-Umwelteinrichtungen der Umweltengagierten heben sich durchweg positiv von der Mehrheit ab. Sie sind insgesamt besser informiert, kennen beispielsweise das neue Naturschutzgesetz häufiger und halten dieses auch für sinnvoller als der Durchschnitt. Erhebliche Differenzen zeigen sich auch bei den Haltungen zur aktuellen Umweltpolitik, z.B. zur Ökosteuer, zum Dosenpfand und zu verkehrspolitischen Maßnahmen.

Die Umweltengagierten befürworten mehrheitlich (54%) die Ökosteuer. Unter den Anderen finden sich hingegen nur 22% Befürworter. In Bezug auf die Einschätzung des umweltpolitischen Handelns der Regierung sind die Umweltengagierten kritischer: Drei von vier Engagierten meinen die Bundesregierung solle mehr für den Umweltschutz tun und nur 19% meinen es sei so richtig, wie es derzeit ist. Bei den Anderen ist der Anteil der mit dem Status quo Zufriedenen größer, hier äußern sich 36% positiv. Und wohlgermerkt: Es handelt sich hier nicht nur um die Anhänger der Grünen, die möglicherweise frustriert über den geringen Einfluss in der Regierung sind, sondern 80% der Umweltengagierten würden, wie oben beschrieben, derzeit nicht die Grünen sondern eine andere Partei wählen.

Wie die Ergebnisse zu den vorgelegten Statements zur Ökosteuer zeigen, ist die Haltung der Umweltengagierten zur Ökosteuer auch in den Detailfragen insgesamt signifikant positiver bzw. genauer formuliert: Ihre Haltung ist *weniger negativ*. Die Überzeugung, durch die Ökosteuer würde Energie eingespart, ist bei ihnen viel stärker ausgeprägt. Im Vergleich zu den 73% der Gesamtstichprobe, die urteilen, die Ökosteuer sei sozial ungerecht, sind es bei den Umweltengagierten nur 50% und auch in Bezug auf die Arbeitsmarkteffekte der Ökosteuer sind sie nicht gar so pessimistisch: Während nur 27% der Anderen der Meinung sind, durch die Steuer würden neue Arbeitsplätze geschaffen, sind es bei ihnen 40%. Annähernd die Hälfte der Aktiven (48%) sieht einen positiven Effekt der Steuer auf den Umweltschutz im Vergleich zu 32% der Nicht-Engagierten. Besonders auffällig sind die Differenzen bzgl. des Ressourcen sparenden Effekts der Ökosteuer, 72% der Umweltaktiven sehen diese positive Wirkung, nur 48% sind es bei den Anderen.

Die derzeitige Verwendungsweise der Ökosteuer wird von den Umweltaktiven eher kritisch gesehen. Sie würden es lieber sehen, wenn die Einnahmen der Ökosteuer auch für den Umweltschutz ausgegeben würden und in dieser Haltung sind sie sogar noch dezidierter als die übrigen Befragten. Wenn die Umweltaktiven zu entscheiden hätten, würden sie die zusätzlichen Einnahmen bevorzugt für zukunftssträchtige innovative Projekte ausgeben und nicht etwa für die Behebung von Umweltschäden oder für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Nur bei einem kleinen Anteil findet die Verwen-

derung der Einnahmen für den Abbau der Staatsverschuldung oder für die Senkung der Rentenbeiträge Anklang. Das Resümee lautet also: Eine Ökosteuer wird an sich in der Gruppe der Umweltengagierten durchaus befürwortet, vor allem deshalb, weil man der Ökosteuer zutraut, Ressourcen einzusparen. Die jetzige Konstruktion der Steuer wird aber mehrheitlich kritisch hinterfragt, vor allem die Verwendung für die Senkung der Rentenbeiträge findet nur bei 16% der Umweltaktiven Anklang, das ist weitaus weniger als bei den Nicht-Umweltengagierten. Damit erweisen sich die Aktiven als die härteren Kritiker der derzeitigen Verwendungsweise der Steuer und dies dürfte wohl auch den Ausschlag dafür geben, dass diese gegenüber der Ökosteuer an sich positiv eingestellte Gruppe dann doch mehrheitlich zu einem ablehnenden Urteil über die Steuer kommt.

Tabelle 58: Bevorzugte Verwendung der Ökosteuer

Angaben in %	Erhebung 2002						
	Umwelt-schutzprojekte	Erneuerbare Energien	Klimaschutz	Behebung von Umweltschäden	ÖPNV	Rente	Abbau Staatsverschuldung
Umwelt-Engagierte	45	43	30	26	24	16	6
Anderere	36	35	26	29	23	28	10

Frage: Wofür sollten die Mehreinnahmen des Staates durch die Ökosteuer Ihrer Meinung nach verwendet werden? Ich nenne Ihnen einige Möglichkeiten und Sie sagen mir bitte, wofür die Mehreinnahmen vor allem verwendet werden sollen.

Ihre Haltung zu Dosenpfand und Umweltgesetzen

Unter den Umweltengagierten ist die Zahl der Befürworter einer Einführung des Dosenpfands mit 88% signifikant höher als bei den Nicht-Engagierten (Anteil: 69%). Der von ihnen genannte Hauptgrund ist der hierdurch bewirkte sparsamere Umgang mit Rohstoffen. Damit unterscheiden sie sich wesentlich von den übrigen Befragten, bei denen das Argument „Sauberkeit“ obenan steht.

Auch in Bezug auf die Einschätzung der Umweltgesetze (reichen sie aus oder nicht?) erweisen sich die Engagierten als weitaus entschiedener als die Anderen. Während sich bei diesen die Zahl derjenigen, die die Gesetze für ausreichend halten (40%) bzw. nicht für ausreichend halten (43%) annähernd die Waage halten, bewertet die Mehrheit der Umweltaktiven (59%) die Gesetze für nicht ausreichend und nur 33% glauben, die bestehenden Gesetze würden genügen. Insgesamt sind die Aktiven weit entschiedener, nur 8% antworten mit „weiß nicht“ gegenüber 17% der Nicht-Umweltaktiven.

Wem die Umweltaktiven vertrauen

Welchen Akteuren vertrauen die Umweltengagierten, wenn es um die Lösung von Umweltproblemen geht? In noch stärkerem Maß als die Gesamtpopulation vertraut man den Umweltschutzorganisationen und -verbänden. Das Vertrauen in Industrie und Gewerkschaften ist gering, hier unterscheidet man sich nicht von den anderen Befragten. Wie zu erwarten, ist das Vertrauen in die Partei der Grünen bei den Umweltaktiven ausgeprägter, obwohl wie beschrieben nicht einmal jede fünfte Person dieser Gruppe die Grünen auch wählen würde, wenn am nächsten Sonntag Wahl wäre. Umgekehrt verhält es sich mit der CDU: Die CDU wird zwar von dieser Gruppe am häufigsten gewählt, aber man vertraut ihr in Umweltangelegenheiten noch weniger als der Durchschnitt. Insgesamt lässt sich also feststellen, dass die Grünen bei den Umweltengagierten einen Vertrauensvorschluss besitzen, es der Partei aber im Augenblick nicht gelingt, diesen Vertrauensvorschluss auch in Wählerstimmen umzusetzen.

Persönliche Bedrohungsgefühle und Belastungen

Die Umweltengagierten fühlen sich stärker durch Umweltprobleme gesundheitlich belastet als der Durchschnitt (vgl. auch Kap. 4). Das gilt insbesondere für die Belastung durch Schadstoffe in Lebensmitteln aber auch für die empfundene Belastung durch Handy-Abstrahlung. Auch Lärm und Abgase werden von ihnen stärker als Belästigung empfunden und dies, obwohl sie ja eher in besseren Wohnlagen leben und nur vergleichsweise selten an viel befahrenen Hauptstraßen. Insgesamt scheint die Gruppe der Umweltengagierten weitaus stärker für gesundheitliche Beeinträchtigungen und Belastungen sensibilisiert zu sein. Interessant ist aber, dass sie auf die direkte Frage, ob sie sich im Vergleich zum Durchschnitt eher weniger oder mehr belastet fühlen, antworten, sie seien gleich stark oder sogar weniger belastet. Zwar ist ihre Sensibilität eindeutig höher, aber sie scheinen sich dessen nicht recht bewusst zu sein und nehmen an, dass die anderen doch eher noch mehr belastet wären. Dafür spräche auch Einiges, denn diese leben ja, wie beschrieben, auch unter eher schlechteren äußeren Bedingungen. Deren Wahrnehmung sieht aber anders aus und so halten sich die Nicht-Umweltengagierten keineswegs für belasteter als die Umweltengagierten, im Gegenteil, sie fühlen sich weniger betroffen.

In dieses Bild passt auch, dass die Umweltengagierten weitaus stärker von Allergien betroffen sind, und zwar sowohl die Befragten selbst als auch andere Personen ihres Haushalts. Von den Umweltengagierten sind es nur 30%, die angeben, ihnen sei persönlich niemand mit einer Allergie bekannt, von den anderen Befragten sind es 45%. Dieses sind schon recht bemerkenswerte Unterschiede.

Fazit

Zusammenfassend erscheinen die Umweltengagierten als eine in vielfacher Hinsicht für Umweltprobleme stark sensibilisierte Gruppe. Sie stufen Umweltprobleme als weitaus ernster ein als die übrige Bevölkerung und insistieren auf einem engagierten staatlichen Handeln. Sie fühlen sich auch persönlich stärker durch Umweltprobleme belastet und zeigen sich auch im Hinblick auf noch ungeklärte Risiken wie Handy-Abstrahlung empfindlich.

Die Umweltzustände, seien es lokale, nationale oder globale, beurteilen sie kritischer als die übrige Bevölkerung. Folgerichtig sind sie auch stärker von der Notwendigkeit des Handelns überzeugt und hieraus entspringt eine eher kritische Einschätzung der derzeitigen Umweltpolitik, die ihrer Meinung nach weiter gehen müsste als sie es tut. Insofern ist es nur konsequent, dass die Umweltpolitik bei den Umweltengagierten dort stärker auf Resonanz stößt, wo sie wie im Falle der Klimaschutzpolitik voran geht und eine vorwärts treibende Kraft in der EU darstellt. Eine solche Profilierung wird dann auch durchaus durch entsprechend größere Zustimmung honoriert.

Die Umweltengagierten sind quasi die Pressure Group jeder engagierten Umweltpolitik. Es wäre verfehlt, sie mit den Anhängern der Grünen gleichzusetzen, denn nur etwa jede fünfte Person dieser Gruppe würde Bündnis 90/Die Grünen wählen. Den höchsten Stimmenanteil in dieser Gruppe weist die CDU auf. Mit 20% Anteil an der Bevölkerung – in den östlichen Bundesländern weniger – stellen die Umweltengagierten ein durchaus beachtliches Wählerpotential dar, das für alle Parteien interessant sein dürfte. Es handelt sich in gewisser Weise um die Neue Mitte bzw. einen Teil derselben. Das Ausbildungsniveau ist hoch, man findet in dieser Gruppe viele Freiberufler und qualifizierte Angestellte und der Anteil von Personen in familialen Lebensphasen mit Kindern unter 18 Jahren ist überdurchschnittlich.

10 Risikowahrnehmung, Zukunftsszenarien, Fortschritt

10.1 Zukunftsszenarien

Wie sieht die Zukunft der Umwelt aus? Werden sich die Umweltprobleme eher verschärfen oder „geht alles wie von selbst“, wenn man nur den rechten Optimismus an den Tag legt? „Friedlich in die Katastrophe“ hieß ein Bestseller in den Anfängen der Öko- bzw. Anti-Atombewegung. Umweltbewusstsein geht traditionell eher mit einer negativen Zukunftssicht einher. Die dominierende Denkfigur lautet in etwa: „Wenn nicht bald etwas geschieht, dann werden die Ressourcen knapp werden oder uns sogar ausgehen und dann wird es zu einer Umweltkatastrophe kommen“. Auch im Jahr 2002 herrscht eine negative Zukunftssicht vor. Die folgende Tabelle zeigt, welche Meinungen die Bevölkerung zu möglichen Zukunftsszenarien hat.

Tabelle 59: Erwartetes Eintreffen von Zukunftsszenarien

Angaben in %	Erhebung 2002				Mittelwert
	wird bestimmt eintreffen	wird wahrscheinlich eintreffen	wird eher nicht eintreffen	wird nicht eintreffen	
Es wird eine spürbare Erwärmung des Klimas eintreten.	31	54	14	1	1,86
Die globale Umweltverschmutzung wird zunehmen.	28	55	16	1	1,89
Öl und Benzin werden so knapp, dass die Autos mit anderen Antriebsformen fahren werden.	26	52	19	3	1,99
Das 3-Liter-Auto, das maximal 3 Liter Kraftstoff auf 100km verbraucht, wird zum Regelfall.	25	51	21	3	2,03
Gutes Trinkwasser wird knapp und sehr teuer werden.	23	50	23	4	2,08
Die Landwirtschaft wird sich immer mehr auf biologischen Anbau umstellen.	20	54	23	3	2,10
Flugreisen zu fernen Reisezielen werden immer mehr zunehmen.	23	47	26	4	2,11
Es kommt zu einem Ausstieg aus der Kernenergie.	17	43	34	6	2,30
Es wird kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven geben.	15	42	34	9	2,37
Es wird geklonte Menschen geben.	12	33	34	21	2,65

In der Spalte „Mittelwert“ ist der Durchschnitt der jeweiligen Bewertungen angegeben. Die Skala reicht von 1=wird bestimmt eintreffen bis 4=wird nicht eintreffen. Je kleiner der Mittelwert, desto wahrscheinlicher das Szenario.

Mit Ausnahme des neu in den Fragebogen aufgenommenen Statements „Es wird geklonte Menschen geben“ wurden die gleichen Fragen wie in der 2000er Studie gestellt. An der Reihenfolge der für

besonders wahrscheinlich gehaltenen Ereignisse hat sich wenig verändert. An der Spitze steht das Szenario „Klimaerwärmung“. Hier sind 85% der Meinung, dass es wahrscheinlich oder sicher sei, dass eine spürbare Erwärmung eintreten wird. Auch das zweitwahrscheinlichste Szenario, nämlich die Zunahme globaler Umweltverschmutzung, weiß mit 83% eine große Mehrheit der Befragten hinter sich. Bei der 2000er Erhebung befand sich das Szenario „Flugreisen zu fernen Reisezielen werden immer mehr zunehmen“ noch mit 82% Zustimmung auf dem dritten Platz. Unter dem Eindruck des 11. September ist es hier zu einer deutlichen Verschiebung gekommen, doch halten immerhin noch 70% dieses Szenario für wahrscheinlich.

Insgesamt lässt sich feststellen, dass weiterhin alle präsentierten Szenarien von einer Mehrheit für wahrscheinlich gehalten werden, einzige Ausnahme sind die „geklonten Menschen“. Auch dies ist allerdings für 45% ein durchaus wahrscheinliches Szenario, nur 21% sind der Meinung, dies werde gewiss nicht eintreffen. Auffallend ist, dass nicht nur Katastrophen und Negativentwicklungen für realistisch gehalten werden, sondern auch durchaus positive Entwicklungen wie eine Umstellung der Landwirtschaft auf biologischen Anbau oder das Drei-Liter-Auto. Im Vergleich zur letzten Studie sind eine Reihe von interessanten Veränderungen eingetreten:

- In Bezug auf die Szenarien „Klimaerwärmung“ und „zunehmende Umweltverschmutzung“ sind Verschiebungen von der Antwortalternative „wird bestimmt eintreffen“ zu „wird wahrscheinlich eintreffen“ eingetreten, d.h. ein gewisser Prozentsatz von Personen (ca. 10%) ist sich heute nicht mehr ganz so sicher, dass diese Katastrophenszenarien eintreffen werden, sie halten es nun lediglich für „wahrscheinlich“. Hier zeigt sich die gleiche Tendenz zur Entdramatisierung, wie sie bereits an anderer Stelle dieses Berichtes festgestellt wurde.
- Mehr Personen sind heute davon überzeugt, dass Autos zukünftig mittels anderer Antriebsformen fahren werden. Benzinpreiserhöhungen, immer wieder aufflackernde Diskussionen über den Ölpreis sowie Berichte über erfolgreiche Pilotprojekte mit wasserstoffbetriebenen Fahrzeugen dürften hier zu dem Anstieg beigetragen haben.
- Weniger Personen sind von einem Ausstieg aus der Kernenergie überzeugt. Das mag daran liegen, dass der Kanzlerkandidat der Opposition explizit den Wiedereinstieg für den Fall seines Wahlsiegs angekündigt hat.
- Mehr Personen sind heute überzeugt, dass die Landwirtschaft sich auf biologischen Anbau umstellen wird. Mit 6% ist die Steigerungsrate aber nicht sonderlich groß. Angesichts der BSE-Krise und der Politik der Agrarwende hätte man eigentlich eine größere Veränderung erwarten können.

Trotz der in den letzten Jahren zahlreichen internationalen Konflikte und trotz der Ereignisse des 11. Septembers sind es heute nicht mehr Personen als im Jahr 2000, die „kriegerische Auseinandersetzungen um Rohstoffe und Wasserreserven“ für wahrscheinlich halten.

10.2 Gefahren und Risiken

Frühere internationale Studien hatten gezeigt, dass die Bürger in Deutschland stärkere Umweltängste besitzen als dies in den europäischen Nachbarländern der Fall ist. Die Mehrheit der deutschen Bevölkerung stuft viele durch Umweltprobleme verursachte Gefährdungen auch als für sich gefährlich ein. Für fünf Risiken fragten wir nach dem persönlich empfundenen Risiko:

- Atomkraftwerke und radioaktiver Müll
- Klimaveränderung durch Treibhauseffekt
- Gentechnisch veränderte Lebensmittel
- Luftverschmutzung durch Autos
- Verschmutzung der Gewässer

Für besonders brisant gehalten werden die Risiken, die von Atomkraftwerken und radioaktivem Müll ausgehen. Angesichts der Ergebnisse der 2000er Studie verwundert es nicht, dass die Risiken der Atomtechnologie an vorderster Stelle genannt werden. Im Jahr 2000 war der Ausstieg aus der Atomenergie noch ein viel diskutiertes Thema, das auch im Fragebogen ausführlich präsent war. 85% der Bevölkerung hatten sie als eine gefährliche Technik eingestuft und 75% auf die Frage, ob sie den Ausstieg befürworten würden, mit „eher ja“ oder „ja“ geantwortet.

Auf dem nächsten Rangplatz (gemessen an den Durchschnittswerten) folgen die Risiken eines globalen Klimawandels, den nur 21% der Befragten als „kaum gefährlich“ oder „überhaupt nicht gefährlich“ für sich persönlich einstufen.

Auf den ersten Blick mag es verwundern, dass die lokalen Risiken, d.h. Luftverschmutzung durch Autos und verschmutzte Gewässer am Ende der Risikoskala auftauchen. Dabei ist es doch gerade der Straßenverkehr, der auf dem ersten Rangplatz der größten Umweltprobleme in der eigenen Wohnge-
meinde genannt wird. Zwar werden auch diese lokalen Risiken von vielen Bürgern für „sehr gefährlich“ oder „etwas gefährlich“ gehalten, doch ist unübersehbar, dass die Großrisiken (Atom und globaler Klimawandel) als gefährlicher empfunden werden. Es scheint, als käme hier die bereits beschriebene charakteristische Nah-Fern-Differenz der Wahrnehmung von Umweltproblemen erneut zum Tragen: Die Qualität der nahen Umwelt gilt als vergleichsweise gut, während die globale Umwelt stark gefährdet ist und ihre Probleme große persönliche Gefährdungen nach sich ziehen können.

Tabelle 60: Empfundene Gefährdung der Familie

Angaben in %	Erhebung 2002					Mittelwert
	äußerst gefährlich für mich und meine Familie	sehr gefährlich für mich und meine Familie	etwas gefährlich für mich und meine Familie	kaum gefährlich für mich und meine Familie	überhaupt nicht gefährlich für mich und meine Familie	
Wie gefährlich sind Atomkraftwerke und der entstehende radioaktive Müll Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	28	25	23	16	8	2,50
Wie gefährlich ist eine durch den „Treibhauseffekt“ verursachte weltweite Klimaveränderung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	17	29	33	16	5	2,65
Wie gefährlich ist die Verwendung von gentechnisch veränderten Organismen (wie gentechnisch veränderter Mais) in verschiedenen Lebensmitteln Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	17	27	29	20	7	2,72
Wie gefährlich ist die durch Autos verursachte Luftverschmutzung Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	7	23	43	22	5	2,97
Wie gefährlich ist das Verschmutzen der Bäche, Flüsse und Seen in Deutschland Ihrer Meinung nach für Sie und Ihre Familie?	6	22	37	28	7	3,08

Frage: Wenn Sie jetzt an Ihre Familie denken: Wie gefährlich sind die im Folgenden genannten Phänomene für Sie und Ihre Familie? Die Skala reicht von 1=äußerst gefährlich bis 5=überhaupt nicht gefährlich. Je kleiner der Mittelwert, desto gefährlicher wird ein Sachverhalt empfunden.

Wenig geändert im Vergleich zu 2000 hat sich auch an der Einstufung der Gentechnik als gefährlich. Nur 5% der Bevölkerung würden derzeit gentechnisch hergestellte Lebensmittel kaufen. Dies ist sogar noch 1% weniger als vor zwei Jahren.

Tabelle 61: Bereitschaft zum Kauf gentechnisch hergestellter Lebensmittel

Angaben in %	Erhebung 2002		
	Gesamt	West	Ost
ja	5	5	7
eventuell	21	22	17
eher nicht	35	35	35
überhaupt nicht	39	39	41

Frage: In jüngster Zeit wird viel über gentechnisch behandelte und gentechnisch hergestellte Lebensmittel und Lebensmittelzusätze diskutiert. Würden Sie solche Lebensmittel kaufen?

10.3 Der Fortschritt und die Zukunft des Umweltbewusstseins

Das Leitbild einer Nachhaltigen Entwicklung ist mit der Vorstellung einer konstruktiven Gestaltung unserer Umwelt verknüpft. Ein Umweltbewusstsein im Sinne des Nachhaltigkeitskonzepts ist also nicht bloß ein Bewusstsein drohender Katastrophen und der Kritik der (Groß-)Technologie, sondern eines, das Zukunft gestalten will. In diesem Kontext ist natürlich von großer Bedeutung, welche Visionen mit gesellschaftlichem Fortschritt einher gehen. Mit einer offenen Frage haben wir ermittelt, was die Befragten mit dem Begriff „Fortschritt“ assoziieren, d.h. sie konnten ihre Assoziationen frei äußern, welche dann von den Interviewern notiert wurden. Diese freien Nennungen wurden zu thematischen Kategorien gebündelt. Die Auswertung der Nennungshäufigkeiten ergibt ein recht erstaunliches Bild.

Tabelle 62: Begriff „Fortschritt“

Angaben in % (Top-Ten der häufigsten Nennungen)	Erhebung 2002
1. Verbesserung der Umweltsituation	25
2. Technische Weiterentwicklung	24
3. Verbesserung der persönlichen Lebensverhältnisse	15
4. Verbesserung der Lebensverhältnisse der Allgemeinheit	14
5. Forschung und Wissenschaft allgemein	12
6. Besseres soziales Miteinander	9
7. Medizinische Weiterentwicklungen	8
8. Wirtschaftliche Fortschritte	8
9. Gefährdungen (z.B. durch Gentechnik)	4
10. Bildung, Weiterbildung und Erziehung	2

Frage: Nun haben wir Fragen zum Thema Zukunft und Fortschritt zusammengestellt. Zunächst würde mich interessieren, was Sie persönlich mit dem Begriff „Fortschritt“ verbinden.

Zwar sind es nach wie vor technische Weiterentwicklungen sowie Forschung und Wissenschaft, die sehr häufig mit dem Begriff „Fortschritt“ assoziiert werden, doch noch häufiger wird die Verbesserung der Umweltsituation genannt. Dies ist gewiss als Beleg für die ökologische Sensibilisierung der Bevölkerung zu werten.

Im Vergleich zur 2000er Studie haben sich einige Verschiebungen des Umweltbewusstseins jenseits der normalen Konjunkturschwankungen ergeben. Bestätigt hat sich die seinerzeit gestellte Prognose, dass nicht mit stärkeren Einbrüchen des Umweltbewusstseins zu rechnen sei, weil es über zwei stetig sprudelnde Quellen verfüge: Die Sorge um die eigene Gesundheit und ein zunehmendes Bewusstsein von Globalität und globaler Gefährdung. Nun ist es in den letzten zwei Jahren nicht zu größeren Um-

weltkatastrophen mit entsprechender Medienberichterstattung gekommen. Insofern war es nicht unerwartet, dass bei einigen Fragestellungen ein leichter Trend zur Entdramatisierung festzustellen ist. Ferner muss nicht beunruhigen, dass in einigen Fällen die sehr kleine Zahl der erklärten Gegner des Umweltschutzes leicht angewachsen ist. Auch die Zivilgesellschaft bringt, so der englische Sozialwissenschaftler Anthony Giddens, unengagierte, an Natur- und Umweltschutz wenig interessierte Personen hervor, so dass es nicht verwunderlich ist, wenn ein gewisser Prozentsatz der Bevölkerung sich gegen den Umweltschutz ausspricht. Wenn die Zahl der Gegner leicht zunimmt, wie das in dieser Studie im Vergleich zu 2000 bei einigen Fragen der Fall ist, so ist dies eher ein Indikator dafür, dass der Konformitätsdruck, eine umweltschützende Haltung zum Ausdruck zu bringen, in den letzten Jahren nachgelassen hat. Festzustellen ist ferner ein Trend zu einer positiveren Bewertung der Technik im Hinblick auf den Umweltschutz. Dies geht durchaus mit der gewandelten Rolle der Technik im Leitbild der Nachhaltigen Entwicklung einher und ist politisch nicht unerwünscht.

Ein nach wie vor kritisch zu beurteilender Aspekt des Umweltbewusstseins ist, dass es stärker zukunftsbezogen als gegenwartsbezogen ist, d.h. Umweltprobleme werden von der Bevölkerung eher als Zukunftsprobleme wahrgenommen. Heute fühlt man sich recht wohl in Deutschland und sieht sich relativ wenig durch Umweltprobleme betroffen. Auch hier gibt es allerdings recht große Minderheiten, beispielsweise Personen, die unter umweltbedingten Allergien leiden oder unter Lärm und Abgasen, weil sie an viel befahrenen Hauptstraßen wohnen. Für die Zukunft ist aber auch die große Mehrheit der Meinung, dass die Belastungen zunehmen, sich die Ressourcen verknappen, wir einer Klimaveränderung entgegen gehen und sich auch gesundheitliche Folgen einstellen werden. Offenbar ist die Relevanz von Umweltproblemen in das allgemeine Bewusstsein vorgedrungen. Aber ist auch hinreichend klar geworden, dass hier und heute gehandelt werden muss?

Wenn eine auf Zukunftsgestaltung zielende Umweltpolitik tatsächlich etwas bewirkt und sich nicht auf Kassandrarufe beschränkt, kann sie nicht mehr auf ungeteilte Zustimmung rechnen, das wird auch an der Diskussion um die Ökologische Steuerreform deutlich. Wenn sich etwas real verändert, gibt es Gewinner und Verlierer und es rücken mehr oder weniger automatisch Fragen der *Akzeptanz* in den Vordergrund und diese sind mit dem Problem der (wahrgenommenen) Gerechtigkeit – sowohl sozialer, ökologischer wie ökonomischer – verknüpft. Dass Umweltveränderungen nicht ohne Auswirkungen auf die nun im globalen Dorf zusammengerückte Menschheit bleiben können, ist mittlerweile vielen Bürgerinnen und Bürgern hiezulande bewusst. Im Mittelpunkt der Umweltkommunikation der nächsten Jahre wird das Problem stehen, wie man die unweigerlich mit wirksamer Politik verbunde-

nen Lasten fair verteilt. Ein ermutigendes Ergebnis dieser Repräsentativbefragung ist, dass die Inhalte des Konzepts Nachhaltigkeit von einer sehr großen Mehrheit der Bevölkerung geteilt werden und durchaus auch eine prinzipielle Zahlungsbereitschaft vorhanden ist.

Literatur

- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hg.] (1996). Umweltbewußtsein in Deutschland 1996. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Bonn.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hg.] (1998). Umweltbewußtsein in Deutschland 1998. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Bonn.
- Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit [Hg.] (2000). Umweltbewusstsein in Deutschland 2000. Ergebnisse einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage, Berlin.
- Der Rat von Sachverständigen für Umweltfragen (2002). Umweltgutachten 2002. Für eine neue Vorreiterrolle.
- Dialoge 5 (1999). Trends, Werte, Ziele. Stern Bibliothek.
- Haan, G. de/Kuckartz, U. (1996). Umweltbewußtsein – Denken und Handeln in Umweltkrisen, Opladen.
- Haan, G. de/ Lantermann, E.-D. [Hg.] (2001). Typenbildung in der Sozialwissenschaftlichen Umweltforschung, Opladen.
- Kuckartz, U. (1997). Grünes Trikot für Deutschland? Das Umweltbewußtsein der Deutschen im internationalen Vergleich. Zeitschrift für Umweltpolitik und Umweltrecht, 20.Jg., Heft 4: 433-462.
- Poferl, A./Schilling, K./Brand, K.-W. (1997). Umweltbewusstsein und Alltagshandeln. Eine empirische Untersuchung soziokultureller Orientierungen, Opladen.
- Preisendörfer, P. (1999). Umwelteinstellungen und Umweltverhalten in Deutschland, Empirische Befunde und Analysen auf der Grundlage der Bevölkerungsumfragen „Umweltbewusstsein in Deutschland 1991-1998“, Opladen.
- Thompson, M./Ellis, R./Wildavsky, A. (1990). Cultural Theory, Colorado/Oxford.